



Landtag von Baden-Württemberg

58. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 18. Dezember 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Schluss: 15:48 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4083	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/2619	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Gaßmann . . .	4083	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/2718	4103
1. Aktuelle Debatte – Das Selbstverständnis des baden-württembergischen Parlaments – beantragt von der Fraktion GRÜNE	4083	Abg. Hillebrand CDU	4103
Abg. Kretschmann GRÜNE	4083, 4088	Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD	4104
Abg. Hauk CDU	4084, 4089	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	4105
Abg. Birzele SPD	4086, 4090	Abg. Boris Palmer GRÜNE	4106
Abg. Kleinmann FDP/DVP	4086, 4092	Minister Müller	4107
Abg. Drexler SPD (persönliche Erklärung)	4089	Beschluss	4109
2. Aktuelle Debatte – Aktuelle Reformentscheidungen im Vermittlungsausschuss und im Bundesrat: Entscheidende Weichenstellungen für Wachstum, Beschäftigung und öffentliche Haushalte in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU	4093	4. Fragestunde – Drucksache 13/2691	
Abg. Dr. Inge Gräble CDU	4093, 4099	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Caroli SPD – Abordnung des Leiters der Gewässerdirektion Lahr ins RP Karlsruhe . . .	4120
Abg. Junginger SPD	4094, 4099	Abg. Dr. Caroli SPD	4120, 4121
Abg. Hofer FDP/DVP	4095, 4101	Staatssekretär Mappus	4120, 4121
Abg. Kretschmann GRÜNE	4096, 4102	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Fördersätze nach dem GVFG . . .	4121
Minister Stratthaus	4097	Abg. Boris Palmer GRÜNE	4121
		Staatssekretär Mappus	4121

4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Neuanschaffung von Forstmaschinen durch das Land	4122	Abg. Scheuermann CDU (Erklärung zur Abstimmung)	4120
Abg. Teßmer SPD	4122	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP (Erklärung zur Abstimmung)	4120
Minister Stächele	4122, 4123		
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	4123		
Abg. Alfred Winkler SPD	4123		
4.4 Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Scheitern der Regierungskonferenz zum EU-Verfassungsentwurf	4123	6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Strukturpolitische Begleitung des Rückbaus des Kernkraftwerks Obrigheim – Drucksache 13/1647	4125
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	4123, 4125	Abg. Knapp SPD	4125, 4134
Minister Dr. Christoph Palmer	4123, 4124, 4125	Abg. Hauk CDU	4127
Abg. Wieser CDU	4124	Abg. Hofer FDP/DVP	4129
Abg. Boris Palmer GRÜNE	4124	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	4131
		Staatssekretär Dr. Mehrländer	4132
5. Antrag der Fraktion GRÜNE – Kahlschlag im Schienenverkehr in Baden-Württemberg verhindern – Drucksache 13/2694	4110	Beschluss	4134
– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO	4110	7. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe – Drucksache 13/1731	4134
Abg. Boris Palmer GRÜNE	4110, 4114	Abg. Dr. Schüle CDU	4134
Abg. Scheuermann CDU	4111	Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	4135
Abg. Kaufmann SPD	4112	Abg. Beate Fauser FDP/DVP	4137
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	4113	Abg. Walter GRÜNE	4138
Staatssekretär Mappus	4116	Minister Stächele	4139
Beschluss	4119	Beschluss	4142
		Nächste Sitzung	4142

Protokoll

über die 58. Sitzung vom 18. Dezember 2003

Beginn: 9:32 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 58. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet sind heute Frau Abg. Netzhammer und Herr Minister Dr. Döring.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle und heute Vormittag Herr Minister Dr. Frankenberg. – Mir wird soeben mitgeteilt, dass der Herr Ministerpräsident ebenfalls verhindert ist. Er ist auf der Ministerpräsidentenkonferenz.

Meine Damen und Herren, unser Kollege Gaßmann hat heute Geburtstag. Herr Kollege Gaßmann, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Das Selbstverständnis des baden-württembergischen Parlaments – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um die Stärkung des baden-württembergischen Landtags, denn ganz allgemein können wir auf allen Ebenen der Republik eine Schwächung der Parlamente gegenüber den Exekutiven feststellen. Dies ist ein schleichender, aber meiner Ansicht nach gefährlicher Vorgang, weil er die Legitimation der Demokratie schwächt. Denn schließlich sind in einer repräsentativen Demokratie Wahlen ja die Hauptmöglichkeit für die Bevölkerung, auf die Politik Einfluss zu nehmen, und wir können immer noch feststellen, dass das Parlament und wir Parlamentarier durchaus eine große Achtung in der Bevölkerung genießen. Umso wichtiger ist es, dass wir dem auch mit Selbstachtung begegnen und jede Missachtung vermeiden.

Das Parlament hat ja drei Kernkompetenzen: die Gesetzgebung im Sinne der Selbstregierung des Volkes,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wahl und Kontrolle der Regierung und das Haushaltsrecht. Dann hat es noch die grundlegende Aufgabe, Politik in Rede und Streit öffentlich zu machen – schließlich leben wir ja in einer Konkurrenzdemokratie – und sichtbar zu machen, dass sich die Mehrheit für das rechtfertigt, was sie tut, und die Minderheit, die Opposition, mit Kritik und Alternativen aufwartet.

Wie sieht es jetzt bei der Gesetzgebungskompetenz aus? Immer mehr Kompetenzen sind uns, zum Beispiel durch die europäische Integration, entzogen worden. Der Bund hat, indem er die konkurrierende Gesetzgebung fast ausschließlich an sich gezogen hat und aus der Rahmengesetzgebung eine Vollgesetzgebung gemacht hat, auch sehr substanziell in unsere Gesetzgebungsrechte eingegriffen. Es ist nun die Aufgabe der Föderalismuskommission, in der drei Delegierte aus Baden-Württemberg mitarbeiten – Ministerpräsident Teufel, Kollege Drexler und ich –, das zu ändern und Kernkompetenzen wieder an die Landesparlamente zurückzugeben. Darüber besteht hier großer Konsens.

Aber dort, wo wir noch eigenen Gestaltungsspielraum haben, müssen wir ihn auch wahrnehmen. Im Bundestag gilt der Satz: Kein Gesetz wird dort so verabschiedet, wie es eingebracht worden ist. Hier in Baden-Württemberg gilt genau das Umgekehrte: Jedes Gesetz wird im Landtag so verabschiedet, wie es eingebracht worden ist – von redaktionellen Änderungen abgesehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Diese Vorhaltung müssen, glaube ich, vor allem die Regierungsfractionen sehr ernst nehmen. Denn letztlich ist das Gestalten ja der Sinn der Gesetzgebung. Natürlich macht heute wegen der Komplexität der Materie zunehmend die Ministerialbürokratie Gesetze. Aber unsere Aufgabe als Parlamentarier ist es, gerade darauf zu achten, dass sie trotzdem einfach und verständlich bleiben, sich auf das Wesentliche konzentrieren und praxistauglich sind. Es ist unsere Aufgabe, die wir uns jede Woche unter den Menschen bewegen und hören, was für Sorgen und welche Kritik sie haben, genau das in Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Denn dass die Leute uns und nicht Ministerialbürokraten wählen, das ist ja der Sinn der Demokratie: die Herrschaft gewählter, nach einiger Zeit auch sachkundiger Laien über eine Expertokratie.

Zweitens: Bei der Verwaltungsreform haben sich die Mehrheitsfraktionen das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen. Das heißt, statt dass wir hier durch x Initiativen immer nur die Verwaltung kritisch begleiten – es steht aller-

(Kretschmann)

dings nicht in der Verfassung, dass wir die Verwaltung kontrollieren, sondern darin steht, dass wir die Regierung kontrollieren – und der Landtag sich sukzessive in einen riesigen Petitionsausschuss verwandelt,

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

wäre es vielmehr richtig gewesen, zu sagen, wie hier verwaltet werden soll. Sich damit zu befassen ist nämlich originäre Aufgabe des Parlaments und nicht der Exekutive.

(Beifall bei den Grünen)

Das haben Sie sich aus der Hand nehmen lassen.

Wenn man überlegt, was für leidenschaftliche Debatten hier in diesem Landtag stattgefunden haben, als es etwa um die Gemeinde- und Kreisreform ging, und sieht, was auf uns zukommt – dass nämlich dann, wenn die Gesetze hier in den Landtag kommen, alles schon in nichtöffentlichen Sitzungen ausgekaspert und geschwätzt ist –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Gekaspert“?
Denken Sie an die Würde des Parlaments! – Zuruf
des Abg. Rückert CDU)

dann weiß man, dass das zu einer starken Schwächung des Parlaments führen wird. Dem müssen wir, glaube ich, in Zukunft entgegentreten.

(Beifall bei den Grünen)

Beim Haushalt muss man noch fragen: Welches Volumen wird durch das Parlament hier eigentlich wirklich verschoben? Auch da ist in den 13 Jahren, in denen ich diesem Parlament angehöre, jeweils wenig zu bemerken gewesen.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräble CDU)

Über das Problem der Landesstiftung habe ich in diesem Zusammenhang gestern schon gesprochen.

Wir brauchen Rückenwind für die Arbeit in der Föderalismuskommission. Der kann nur daher kommen, dass dieses Parlament – da tragen die Mehrheitsfraktionen eine große Verantwortung – die Kompetenzen, die es hat, auch kraftvoll wahrnimmt und gestaltet, dass die Gesetze nie so verabschiedet werden, wie sie durch Regierung und Exekutive in das Parlament eingebracht werden, sondern dass wir sie gestalten. Das ist unser Grundauftrag.

Auch die Kontrolle der Regierung dürfen die Mehrheitsfraktionen nie völlig aufgeben. Wir haben natürlich faktisch ein gespaltenes Parlament, in dem hauptsächlich die Opposition die Kontrolle ausübt. Die Regierungsfractionen müssen die Koalition zusammenhalten und die Regierung stützen. Das ist völlig klar. Aber sie dürfen die Kontrolle trotzdem nie ganz aufgeben. Zuweilen haben wir jedoch den gegenteiligen Eindruck.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind als Minderheit, als Opposition davon abhängig, dass die Regierungsfractionen den Auftrag der Kontrolle, wie er in der Verfassung für das ganze Parlament formuliert ist, mit wahrnehmen. Was sich für unser Verhalten in der

Öffentlichkeit daraus ergibt, darauf möchte ich in der zweiten Runde eingehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Selbstverständnis des Landtags, Herr Kollege Kretschmann, haben Sie zweifelsohne einige richtige Dinge angesprochen, insbesondere was die Frage der Gesetzgebung angeht. Ich glaube, wir sind uns in der Zielsetzung einig, dass wir im Zuge der Föderalismusreform bei den Kompetenzen, die der Bund und zum Teil auch die Europäische Union an sich gezogen haben, wieder klar Schiff machen müssen, um die Kernkompetenzen, die das Land angehen, wieder auf das Land zurückzuverlagern. Auch dass wir dabei Mischfinanzierungen abbauen müssen, ist, glaube ich, unbestritten, damit die Verantwortung wieder bei denen liegt, die sie auch tragen, und damit Verantwortung klar zuordenbar bleibt oder zuordenbar wird.

Machen wir uns nichts vor: Wir haben diesen schleichenden Prozess in den letzten 40, 50 Jahren mehr oder minder mitgetragen –

(Abg. Capezzuto SPD: Sie!)

schleichend deshalb, weil es kein Prozess ist, der über Nacht gekommen ist. Wir haben ihn mitgetragen, meine Herren Kollegen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich denke etwa daran, wann das Hochschulrahmengesetz verabschiedet worden ist: Das war in den Siebzigerjahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist nur ein großer Sündenfall unter vielen Sündenfällen. Ich will ausdrücklich sagen, dass wir diesen schleichenden Prozess mitgetragen haben und dass wir jetzt zu einer Änderung kommen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist klar, dass wir hier im Landtag bei einer Verflechtung von Bundes- und Landespolitik auch immer wieder über bundespolitische Themen debattieren. Denn 50 % unseres Haushalts, nämlich die Einnahmeseite, sind mittlerweile fast ausschließlich von der Bundespolitik abhängig. Deshalb ist es logisch und nachvollziehbar, dass immer wieder auch relevante bundespolitische Themen – nehmen wir als Beispiel das Vermittlungsergebnis der vergangenen Tage und die Auswirkungen auf den Landeshaushalt – in die Landespolitik Eingang finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staatsphilosophen

(Abg. Teßmer SPD: Da gehören Sie nicht dazu!)

haben sich in den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten bislang noch nicht mit dem Phänomen der Mediendemokratie

(Hauk)

beschäftigt. Wenn Sie, Herr Kollege Kretschmann, das Thema „Regierungsfraktionen und Oppositionsfraktionen“ ansprechen und insbesondere im Bereich der Kontrolle der Regierung den Landtag stärken wollen, dann muss man sich, glaube ich, einmal mit der Rolle der Regierungsfraktionen und der Oppositionsfraktionen in einer Mediendemokratie auseinander setzen. Ich sage ausdrücklich dazu, dass ich keine abschließende Antwort darauf finde. Nur stellen sich die Dinge eben nicht mehr so einfach dar, wie es sich John Locke oder Montesquieu einmal gedacht haben.

(Abg. Teßmer SPD: Haben Sie nie gelesen!)

Die Dinge haben sich in den letzten Jahrzehnten eben ein Stück weit geändert. Solange die Oppositionsfraktionen in reflexartige Handlungen verfallen, wenn auch nur der Hauch einer Unstimmigkeit zwischen Regierungsfraktionen und Regierung auftaucht, und solange sie reflexartig von Streit, Auseinandersetzungen und Uneinigkeit in einem negativen Sinn sprechen, so lange wird und kann sich auch das Verhalten der Regierungsfraktionen nicht ändern. Das ist doch ganz klar.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, machen wir uns doch nichts vor. Streit gehört in einer Demokratie als belebendes Element dazu. Die Behauptung wäre gänzlich von der Hand zu weisen, dass es in einer Volkspartei wie der Christlich-Demokratischen Union

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Union kann ja gar nicht streiten!)

und einer deutlich kleineren Partei wie der FDP/DVP auch untereinander keinen Streit über die Wege gäbe. Aber Sie zwingen uns ja geradezu, unseren Streit und unsere Auseinandersetzungen hinter verschlossenen Türen auszutragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Lebhaftes Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich weiß gar nicht, was es da zu feixen gibt.

Präsident Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas?

Abg. Hauk CDU: Aber gern.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Kollege Hauk, gehen Sie davon aus, dass es sich bei CDU und FDP/DVP um eine Schicksalsgemeinschaft handelt?

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Haas, die einzige Schicksalsgemeinschaft, die es aus meiner Sicht gibt, ist die der Union. Bei der nächsten Wahl werden wir uns die zwei fehlenden Sitze auch noch holen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, unterhalten wir uns doch ernsthaft über die Thematik. Dann werden wir sehr schnell feststellen, dass Streit in einer Demokratie notwendig ist, dass er ein belebendes Element und sogar Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist.

Wir haben es aber mit der Situation zu tun, dass sowohl in den Medien als auch zum Teil in der Öffentlichkeit jeglicher Streit als etwas Negatives und Problematisches dargestellt wird.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das ist er aber nicht. Unser Bestreben ist also –

(Abg. Drexler SPD: Kein Streit! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Konstruktives Streiten!)

das ist die logische Konsequenz – – Nachdem die Bürger zumindest hier in Baden-Württemberg bei der Wahl ein eindeutiges Votum abgegeben haben,

(Abg. Capezzuto SPD: Na ja!)

erwarten sie zu Recht

(Abg. Drexler SPD: Keinen Streit!)

eine kraftvolle Regierung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Kraftvoll!)

Eine Regierung ist dann kraftvoll, wenn sie sich

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

auf ihre Mehrheitsfraktionen verlassen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Kraftvolle Regierungsbank!)

– Wenn sich eine Regierung ihrer Sache sicher sein will, wird sie natürlich alle ihre Gesetzentwürfe, Vorlagen etc. mit den sie tragenden Fraktionen vor der Einbringung abstimmen. Das ist das Normalste von der Welt.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Sie handeln in Berlin, Frau Kollegin Lösch, genauso.

(Zurufe von der CDU und der SPD, u. a. Abg. Drexler SPD: Wir sprechen doch hier über den Landtag!)

Dort ist es sogar noch um einiges schlimmer. Dort kommt es sogar noch insofern zu einer Vermischung der Staatsgewalten, als auch noch die Vorsitzenden der Regierungsfraktionen am Kabinetttisch sitzen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Da muss ich sagen: Das halte ich schon für eine Verwilderung demokratischer Sitten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und den Grünen – Gegenrufe von der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beitrag des Kollegen Hauk veranlasst mich, zunächst keine grundsätzlichen Ausführungen zu machen, sondern darauf einzugehen, dass er die Schuld für die Lähmung in den Regierungsfractionen den Oppositionsfractionen zugewiesen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Wenn wir gelähmt sind, sind Sie schon tot!)

Ich habe, jedenfalls was die CDU-Fraktion als Regierungsfraktion betrifft, eine viel einfachere Erklärung: Ein Drittel der CDU-Fraktion ist in der Regierung, ein Drittel will in die Regierung, und ein Drittel ist jenseits von gut und böse.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach diesem etwas heiteren und ironischen Auftakt will ich jetzt aber doch einige Bemerkungen zu dem durchaus richtigen Kern Ihrer Ausführungen, Herr Hauk, machen:

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wie weit müssen sich Regierungsfractionen, Koalitionsfractionen und Regierung im Vorfeld absprechen, und was ist im Parlament noch veränderbar? Da haben wir hier in Baden-Württemberg das Problem, dass im Parlament nichts mehr verändert wird.

(Abg. Drexler SPD: Gar nichts!)

Auf Bundesebene ist das entgegen Ihrer These nicht so – weder war es bei den Kohl-Regierungen so, noch ist es bei der jetzigen Regierung so. Im Bundestag werden Gesetze teilweise ganz wesentlich verändert, aus unterschiedlichen Gründen. Ich will als letztes Beispiel nur die Gemeindefinanzreform anführen. Die Koalitionsfractionen haben den Regierungsentwurf substantiell wesentlich verbessert.

(Abg. Drexler SPD: Mit Diskussion! – Abg. Herrmann CDU: Sie haben auch eine schlechte Regierung! Das ist doch klar!)

Leider haben Sie das schließlich im Bundesrat wieder rückgängig gemacht. Im Bundestag wurde hierzu eine ganz wesentliche, weiter gehende Regelung beschlossen; sie geht weit über das hinaus, was die Regierung vorgesehen hat.

Deshalb wird die Bedeutung des Landtags, was die Wahrnehmung seiner Rechte betrifft, selbstverständlich ganz wesentlich von der Bereitschaft der Regierungsfractionen abhängen, sich einem offenen Diskussionsprozess im Parlament und in den Ausschüssen wirklich zu stellen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

und nicht, wie Sie so schön sagten: „reflexartig“, alles abzulehnen, was seitens der Oppositionsfractionen beantragt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich halte das im Übrigen auch deshalb für kleinmütig, weil alles, was an Positivem bzw. Negativem kommt, zunächst einmal Regierungen zugerechnet wird, auch wenn Regierungen dies nur zu einem Teil selbst so bestimmen können. Das können Sie ja auf Bundesebene wie auf Landesebene feststellen.

Offene Diskussionsprozesse hier im Plenum, in den Ausschüssen, zwischen den Regierungsfractionen und den Oppositionsfractionen sind Voraussetzung dafür, dass die Bedeutung des Landtags auch in der Öffentlichkeit wieder wirklich wahrgenommen wird. Der Landtag entscheidet heute in vielen Fällen nur noch formal. Selbstverständlich entscheidet er, aber die Entscheidungen sind zuvor so festgelegt, dass leider nichts mehr zu verändern ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb kommt es natürlich auch darauf an, die Kompetenzen des Landtags zu stärken. Herr Kretschmann hat die Föderalismusreform angesprochen. Ein Auseinandernehmen der Kompetenzen, ein Zurückdrängen der Kompetenzen des Bundesrats, mehr Kompetenzen wieder in die Landtage hineinverlagern – über diese Begehren sind wir uns ja einig.

Wenn nun gesagt wurde, der Bund habe zu viel über die konkurrierende Gesetzgebung wahrgenommen, dann sollten wir das nicht ohne Selbstkritik betrachten. Erst kürzlich lag uns wieder ein Gesetz vor, zu dem es hieß, die Materie müsse bundeseinheitlich geregelt werden.

(Abg. Drexler SPD: Völliger Quatsch!)

Das widerspricht jedem vernünftigen Föderalismusgedanken. Wenn der Bund eine Regelung, die man auch einheitlich machen könnte, nicht vornimmt, wir aber eine für notwendig halten, warum treffen wir sie dann nicht hier im Land?

Genauso ist es im Verhältnis zu Europa. Es wird immer beklagt, dass sich Europa zu viel einmische, zu viel Detailregelungen bringe. Aber häufig erleben wir doch – nehmen Sie als Beispiel einmal den Bereich Pflanzenschutzmittel oder Ähnliches –, dass bei uns argumentiert wird: „Regelungen mögen ja vernünftig sein, aber wir können und wir wollen sie nicht treffen. Das soll Europa machen, das soll europaeinheitlich sein.“ Also kommt es auch darauf an, dass die Landesparlamente ihre Aufgaben, die sie nach der Fassung haben, wirklich wahrnehmen wollen und die Verantwortung nicht auf andere Ebenen verschieben.

Im zweiten Teil will ich dann noch einmal etwas näher auf das Verhalten der Koalitionsfractionen eingehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Landesparlamente – so der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in sei-

(Kleinmann)

ner Rede vor vier Jahren vor der Universität hier in Stuttgart – gehe ständig zurück. Dafür gebe es zwei Gründe: Erstens versuchten die EU und der Bund, immer mehr Kompetenzen an sich zu ziehen. Zweitens sei in Sachen Bundesratsinitiativen, also bei der Einwirkung auf den Bund, die Regierung gefragt, nicht das Parlament. Das Parlament könne allenfalls Initiativen starten oder Anträge stellen, der Regierung bleibe aber das letzte Wort.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Landtagsfraktion spricht sich natürlich eindeutig für das föderale System aus. Da sind wir uns hier sicherlich fraktionsübergreifend einig. Föderalismus bezieht sich auf den Grundsatz des Subsidiaritätsprinzips der Enzyklika *Rerum Novarum* von Leo XIII. von 1891.

(Abg. Teßmer SPD: Oi!)

Wir stehen dafür. Wir befürworten die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, das im Grunde nichts anderes besagt, als dass die kleinere Einheit, die eine Aufgabe wahrnehmen kann, dies auch tun soll. Die größere Einheit soll ihr dabei Hilfe leisten, sprich Subsidium.

Daher sind wir der Meinung, Herr Kollege Kretschmann: Man sollte den Landesparlamenten so viele Kompetenzen wie möglich belassen und so wenige wie möglich an Bund und EU abgeben.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Wir üben das schon aus, Herr Drexler. – Wenn der Bund versucht, in die Kulturhoheit der Länder einzugreifen – das versucht auch meine eigene Bundestagsfraktion –, müssen wir uns natürlich geharnischt dagegen wehren, dass man uns diese Kompetenz nehmen will.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Das ist aber heute nicht das Problem!)

Ich würde mir ein Parlament mit mehr Selbstbewusstsein wünschen, meine Damen und Herren, ein Parlament mit mehr Kompetenzen.

(Zurufe von der SPD – Lachen bei der SPD)

– Jetzt lassen Sie mich doch einmal reden. Wenn Sie etwas verändern wollen,

(Abg. Drexler SPD: Sie verändern doch gar nichts!)

dann hören Sie einmal zu. Aber Sie sind ja unfähig zuzuhören. Dann können Sie auch niemals etwas verändern.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie verändern doch gar nichts! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Ich wünsche mir ein Parlament mit mehr Souveränität.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Carla Bregenzer:
Das fängt bei den Fraktionen an, Herr Kleinmann!)

Ob dabei bundespolitische Themen, die auch die Menschen im Land betreffen, diskutiert werden, stellt für mich, Herr Kollege Kretschmann, kein Problem dar. Was die Men-

schen bewegt, ob das nun ein bundespolitisches oder ein landespolitisches Thema ist, muss auch uns Parlamentarier in Baden-Württemberg ein Stück weit bewegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht müsste eine Parlamentsreform Folgendes beachten:

Wir sollten erstens strikt dagegen sein, rituell vorgesehene Aktuelle Debatten zu führen. Man sucht krampfhaft nach Themen,

(Zuruf von der CDU: Jawohl, genau!)

quasselt darüber, und jeder ärgert sich eigentlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Warum geben wir dies nicht auf?

Zweitens müsste man – auch ich bemühe mich, dies in meinen Reden zu tun – mehr auf seine Vorrednerinnen und Vorredner eingehen.

(Zurufe von der SPD)

Man müsste Debatten führen und sollte nicht nur Geschriebenes einfach vortragen.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Dann machen Sie es doch!)

– Herr Drexler, ich habe doch gerade gesagt, ich mache das.

(Abg. Drexler SPD: Nein, Sie haben gerade abgelesen!)

– Ich habe einen handgeschriebenen Text. Ihr Vorwurf ist lächerlich.

Wir sollten mehr Bereitschaft zeigen, in den Ausschüssen aufeinander zuzugehen. Der Haushaltsausschuss des Bundestags behält sich vor, selbstständig Änderungen vorzunehmen. Eigentlich würde ich mir das auch von unserem Finanzausschuss bei den Haushaltsberatungen dann und wann wünschen,

(Abg. Fischer SPD: Das darf nicht wahr sein! Herr Kleinmann, wissen Sie, worüber Sie reden?)

um als Parlament gegenüber der Regierung klar zu zeigen, wer das Sagen hat, wer der Souverän ist, nämlich die vom Volk gewählten Abgeordneten.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Kompetenzen nicht unter den Scheffel zu stellen, das föderale System hervorzuheben, gemeinsam gegen die Bevormundung durch EU und Bund zu kämpfen und somit die Landesparlamente, auch den Landtag von Baden-Württemberg, zu stärken bleibt mein und unserer Fraktion innigster Wunsch. Stärken wir das Parlament, indem wir uns fraktionsübergreifend einig, als

(Kleinmann)

Abgeordnete vor Ort hier in Stuttgart dabei zu helfen, die Probleme der Menschen in unserem Land zu lösen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Das kann nicht wahr sein, was Sie hier erzählt haben! – Abg. Drexler SPD: Eine Steilvorlage, Ihre Rede!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident! Herr Kollege Hauk, niemand erwartet von der CDU, dass sie sich in eine Oppositionsfraktion verwandelt.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber zwischen diesem Ansinnen und dem Verhalten, bei jeder Enzyklika, die aus Spaichingen kommt, nur eine Kniebeuge zu machen, besteht noch ein großer Spielraum.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Kommen Sie nicht auch aus Spaichingen?)

Man muss sich dabei auch nicht in der Mitte ansiedeln, sondern es geht darum, dass Sie als Parlamentarier Ihre originäre Gestaltungshoheit auch sichtbar wahrnehmen.

Jetzt zum Thema Mediendemokratie. In der Öffentlichkeit wird derzeit überall das Universitätsgesetz diskutiert.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wer hat den Entwurf nicht? Die Opposition. Das heißt also, in der Öffentlichkeit, bei den Journalisten, in den Gremien der Hochschulen wird dieses Gesetz schon diskutiert. Wer hat den Entwurf nicht? Die Opposition.

(Abg. Drexler SPD: Genau! Und der „Frankenstein“ ist heute nicht da! – Abg. Fleischer CDU: Herr Präsident, da muss man aber eingreifen! Den Minister als „Frankenstein“ zu bezeichnen, das ist eine Beleidigung! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Das stand im Landtagshandbuch! – Unruhe)

Das heißt – das muss man sich einmal vorstellen –, wir müssen uns dieses Gesetz jetzt irgendwo besorgen. Logischerweise bekommen wir das auch irgendwo her. Es ist, Herr Kollege Hauk, nun ein ganz typisches Beispiel dafür, wie sich das Parlament gegenüber der Mediendemokratie selbst entmachtet, wenn ihm die Vorlagen, die es selbst besprechen muss, gar nicht zur Verfügung stehen, sondern es sie sich woanders besorgen muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

So verlagert man alle Debatten, die eigentlich hier stattfinden sollten, ins mediale Vorfeld.

Zweitens zu der Frage, dass die Opposition Sie durch ihre reflexartige Kritik immer in die Nöte bringt, zusammenzuhalten und alles abzulehnen: Ich glaube, auch das liegt doch weitgehend an Ihnen. Wo wäre eigentlich der Ort, an dem

man sich unterhalb der großen politischen Linien sachkundig auseinander setzt? Das wären eigentlich die Ausschüsse.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Darum tagen sie ja nach Ihrem Willen nach wie vor nichtöffentlich, damit das stattfinden kann. Findet das dort statt? Davon kann – von wenigen Ausnahmen abgesehen – wirklich ernsthaft keine Rede sein. Wir erzählen den Besuchern ja immer, die wirkliche Sacharbeit finde in den Ausschüssen statt. Die wirkliche Sacharbeit findet vielleicht in den Arbeitskreisen der CDU statt,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Vielleicht!)

aber doch nicht in den Ausschüssen. Ich sage Ihnen: Das hat sich verschlechtert.

(Abg. Drexler SPD: Zunehmend!)

Das war nicht immer so. Als ich hier neu ins Parlament gekommen bin, war das noch eine ganz andere Ebene, und es war überhaupt kein Problem, auf einer sachlichen Ebene dort etwas zu bewegen. Natürlich ging das nicht gegen die großen Linien der Regierungskoalition – das wäre ja auch höchst verwunderlich –, aber unterhalb davon gibt es einen weiten Bereich von Sachauseinandersetzung, der mit den großen politischen Linien gar nichts zu tun hat, sondern in dem sich jeder persönlich als Parlamentarier mit seiner Erfahrung einbringen kann und sich dort an der Beschlussfassung beteiligen kann.

Das muss man allerdings auch wahrnehmen. Der Einzige, der das in dem Ausschuss, in dem ich bin – im Finanzausschuss –, wahrnimmt, ist Kollege Winckler. Aber es ist doch eigentlich Aufgabe aller Parlamentarier, sich im Ausschuss sachkundig auseinander zu setzen und nicht nur in den Akten herumzustochern und nur deshalb da zu sein, dass man bei der Abstimmung am Schluss die Mehrheit hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Birzele SPD: Jetzt könnte Herr Winckler einmal freundlich sein! – Abg. Fleischer CDU: Reden Sie jetzt von der Opposition oder von den Regierungsfraktionen?)

Ich glaube, da wäre wirklich sehr viel zu bewegen. Das Selbstbewusstsein des Parlaments könnte, glaube ich, in erster Linie einmal deutlich gemacht werden, indem man sich nicht alles bieten lässt, was die Regierung beantwortet und oft leider auch nicht beantwortet. Wenn ich sehe, wie oft Anfragen einfach nur formal beantwortet werden,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

wie das elementare Recht des Parlaments, wirklich Auskünfte zu bekommen, umgangen wird, dann, meine ich, wäre es doch eine Aufgabe aller – da bricht doch auch von den Regierungsfraktionen niemandem ein Zacken aus der Krone –, hinzustehen und zu sagen: Das geht nicht.

Ich finde, der ganze Bereich der Ausschüsse ist die Ebene, auf der das Parlament seine Gesamtkontrolle der Regierung wahrnehmen kann. Dass Sie in der öffentlichen Arena Ihre Regierung nicht frontal angreifen, ist klar. Wer wird denn das schon erwarten?

(Kretschmann)

Also, ich glaube, es geht einfach darum – jetzt findet die Föderalismusreform statt –: Wenn das Ergebnis vorliegt, müssen wir uns hier neu aufstellen und neu sortieren. Das gilt natürlich auch für die öffentliche Darstellung. Allein die Tatsache, dass wir bei so gut wie jeder Besuchergruppe völliges Unverständnis über das Verhalten, das wir hier in der Regel zeigen, erfahren, müsste doch Grund genug sein, irgendwann einmal zu sagen: So können wir nicht mehr weitermachen.

Es gab ja einmal etwas sarkastische Kommentare Ihres Vorgängers, Herr Präsident, der gesagt hat, man sollte eigentlich gar keine Schulklassen mehr einladen, weil das, was wir hier betrieben, eine Negativwerbung für das Parlament sei. Nein! Wir müssen immer im Auge haben, dass wir hier unter dem Blick der Öffentlichkeit argumentieren. Natürlich kann dieses Parlament nicht immer so voll besetzt sein wie heute. Aber diejenigen Kollegen, die etwas anderes zu tun haben, sollen doch bitte den Plenarsaal verlassen, und diejenigen, die im Saal bleiben, sollen wirklich zuhören, miteinander reden und aufeinander eingehen. Ich möchte noch einmal verstärken, was Herr Kollege Kleinmann gesagt hat: weniger Lesestunden halten, mehr aufeinander eingehen, mehr zweite Runden durchführen! Dann wird es schon lebendiger. Man sollte aber nicht dann den Saal verlassen, wenn jemand von einer anderen Fraktion redet – was ich bei Ihnen leider oft beobachte. Bei Reden von Herrn Oettinger sitzt ihr alle brav da. Kommt Herr Drexler, verschwinden schon zwei Drittel.

(Widerspruch bei der CDU – Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Jetzt reden Sie doch mal von sich und Ihrer Fraktion!)

– Das ist so. Lasst euch das doch einfach einmal sagen.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

– Wenn ihr euch schon bei so sanften Vorwürfen aufregt, seid ihr heute Morgen nicht gerade gut sortiert.

(Abg. Fleischer CDU: Weil das Heuchelei ist! Weil ihr das einseitig macht!)

– Das hat mit Heuchelei gar nichts zu tun, sondern das ist einfach eine Beobachtung, die hier jeder machen kann. Ich finde, jeder von uns ist aufgerufen – das gilt für alle; das gilt selbstverständlich auch für meine Fraktion –, bei den Debatten Präsenz zu zeigen und aufeinander einzugehen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Uns würde es genügen, wenn Sie von Ihrer Fraktion sprechen! Das andere ist ziemlich anmaßend!)

Noch einmal – damit darf ich auch schließen –: Bei Fragen des Parlaments und der Frage, wie es darin zugehen soll, sollten wir kollegial bleiben. Da sollten Regierung und Opposition jetzt nicht die erste Rolle spielen.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Das ist auch in weiten Bereichen der Fall. Wir haben auch wesentliche Fortschritte bei den Redezeiten gemacht. Ich

glaube aber, dass noch einiges verbesserungsfähig ist, was unsere Darstellung in der Öffentlichkeit betrifft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort zu einer persönlichen Erklärung erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist vorhin aus Versehen etwas herausgerutscht. Ich meinte Herrn Wissenschaftsminister Frankenberg. Aus Impulsivität ist mir das Wort „Frankenstein“ ent schlüpft. Ich entschuldige mich ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU zu Präsident Straub: Siehst du! Da hättest du eingreifen müssen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was Sie, Herr Kollege Birzele, vorhin losgelassen haben, war wirklich die „unterste Schublade“ einer Diskussion in diesem Zusammenhang. Ich muss sagen: Das ist Ihrer im Grunde nicht würdig. Das ist das eine.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Dort drüben sitzt er! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Warum trauen Sie sich nicht, ihn anzuschauen?)

Das Zweite: Was Sie von Ihrer Seite begehen, ist die größte Heuchelei der letzten Jahrzehnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich erinnere daran, dass Sie während der großen Koalition Innenminister waren.

(Abg. Drexler SPD: Gott sei Dank! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Er traut sich nicht mal, ihn anzuschauen!)

Sie waren einer der Drahtzieher, die genau das Verhalten, das Sie vorhin kritisiert haben, par excellence ausgetüftelt haben. Ich kann mich noch gut an die Koalitionsrunden in dieser Zeit – an denen ich nicht persönlich teilgenommen habe – erinnern.

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: Aha! – Abg. Drexler SPD: Er kann sich daran erinnern! Er hat mit teilgenommen!)

Ich erinnere mich an die entsprechenden Reaktionen, wenn die Herren der Koalitionsspitzen, Maurer, Teufel, Oettinger und Spöri, zusammengetreten waren: welche geringe Spielräume da selbst innerhalb der Regierungsfaktionen der großen Koalition nur noch blieben. Da muss ich ganz offen sagen, sehr geehrter Kollege Birzele: Im Vergleich zu damals haben wir heute paradiesische Zustände.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Oettinger CDU – Lachen bei der SPD)

(Hauk)

Deshalb: Kritisieren Sie doch nicht ein Verhalten, für das Sie selbst in der Vergangenheit in großen Teilen maßgeblich mit Verantwortung getragen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu, wie Sie es jetzt darstellen, Herr Kollege Kretschmann, muss ich schon sagen: Das ist ein Stück weit Anmaßung,

(Abg. Dr. Inge Gräble CDU: Sehr gut!)

wie Sie versuchen, die Vorgänge darzustellen. Klar ist doch, dass über Sachthemen Sachauseinandersetzungen erfolgen. Sie mögen ja Recht haben, dass die eine oder andere Sachauseinandersetzung zwischen Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen oder zwischen den Regierungsfractionen auch im Landtag stattfinden könnte. Das würde den Unterhaltungswert auf Ihrer Seite zweifelsohne steigern. Das will ich gar nicht bestreiten. Aber lassen Sie uns den Unterhaltungswert dort suchen, wo wir ihn finden wollen. Ich sage Ihnen ganz offen: Ihr Verhalten – auch heute Morgen wieder – bestärkt mich nur darin, dass wir unsere Sachauseinandersetzungen dort führen, wo sie hingehören, nämlich in der Fraktion, im Zweifelsfall auch hinter verschlossenen Türen, und dann nach außen einheitlich auftreten.

(Abg. Teßmer SPD: Was haben Sie denn für ein Verständnis? – Abg. Fischer SPD: Das glauben Sie aber selbst nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Kollege Kretschmann beklagt, dass zu wenig Kontrolle der Regierung stattfinde, dann wirft das ein Schlaglicht auf die Schwäche der Opposition. Denn eines ist doch klar: Wir haben in diesem Land kein Problem der Regierung und einer kraftvollen Regierungsfractionsmannschaft, sondern wir haben ein Problem der schwachen Opposition. Das ist das grundsätzliche Thema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wacker CDU: Das ist das Kernproblem!)

Sie haben ja einige Themen genannt. Wann haben Sie denn im letzten Monat beispielsweise die Verwaltungsreform thematisiert?

(Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Monatslang! – Zuruf von der SPD: Jetzt geht's los! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wann war denn das hier an dieser Stelle, wenn Sie es denn schon zum Thema machen?

(Abg. Fischer SPD: Wir werden es ab Januar wieder problematisieren!)

Wann haben Sie denn in den letzten Monaten beispielsweise ein Zukunftsthema wie das der Krankenhäuser in unserem Land hier thematisiert?

(Abg. Alfred Haas CDU: Eine ein Jahr alte Debatte!)

Sie führen, wie gestern erneut, Debatten über Initiativen, die ein Jahr alt sind. Sie führen Aktuelle Debatten und bringen Dringliche Anträge ein zum Thema „Führerschein mit 17“.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ist das vielleicht der Beitrag zu einer kraftvollen Landtagsarbeit?

(Abg. Drexler SPD: Wieso?)

Da müssen Sie sich schon sehr an die eigene Brust klopfen.

(Abg. Drexler SPD: Zur Verwaltungsreform!)

Denken Sie an den gestrigen Tag. Sie erwähnen zu Recht, eines der wesentlichen Rechte des Parlaments sei das Etatrecht. Zum Haushaltsplan gehören der Haushaltsvollzug und die Haushaltskontrolle. Jetzt muss ich einmal eines festhalten: Wie Sie die Haushaltskontrolle betreiben, das ist einer Oppositionsfraction unwürdig.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sprechen zu Ihren Kollegen! – Abg. Drexler SPD: Sie sprechen dauernd mit denen!)

Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich diese Themen anders in den Mittelpunkt stellen, als Sie das gestern wieder getan haben.

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie es doch!)

– Herr Kollege Drexler, wie wir die Regierung kontrollieren – und dieser Auftrag gilt für alle Parlamentarier, sowohl für die der Opposition als auch für die der Regierungsfractionen –, wie wir unseren Beitrag hierzu leisten, das überlassen Sie bitte uns.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, warum machen Sie es denn nicht? Tun Sie es doch!)

Ich habe allerdings den Eindruck, dass unsere Arbeit effektiver ist als die Ihre.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Schwacher Ausblick!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hauk, es wird Sie überraschen: Ich will jetzt zuerst etwas aufgreifen, was Sie vorhin zu Recht erwähnt haben,

(Abg. Alfred Haas CDU: Etwas ganz Neues!)

nämlich dass Streit in einer parlamentarischen Demokratie notwendig ist und insbesondere auch durch die mediale Darstellung nicht diffamiert werden sollte als etwas außerordentlich Unerfreuliches, weil die Bevölkerung zu einem großen Teil harmoniebedürftig wäre. Es ist selbstverständlich klar, dass sich Koalitionsfractionen über Eckpunkte der Politik einigen können müssen und diese durchhalten können müssen. Das wird doch überhaupt nicht bestritten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das fällt Ihnen aber schwer!)

Wenn Sie aber die große Koalition ansprechen und mich als „Oberkugler“ darstellen, dann aber einräumen müssen, dass Sie bei den Koalitionsrunden gar nie dabei gewesen sind,

(Birzele)

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD
– Abg. Junginger SPD: Das ist der Witz!)

dann will ich Ihnen eines sagen: Ich habe im Innenausschuss bei manchen Vorschlägen der FDP/DVP oder der Grünen gesagt – das können die Kollegen bezeugen –: Das ist eine vernünftige Regelung und wäre mit mir zu machen. Ich kann Ihnen auch die Themenfelder nennen. Was war die Folge? Die CDU-Fraktion hat gesagt: „Mit uns aber nicht“, und damit war das Thema leider erledigt. Das ist doch das Problem.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist das halt im Leben!)

– Herr Pfister hat gerade aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. – Dass Sie in der CDU heute schönere Zeiten haben, ist schlicht darauf zurückzuführen, dass Sie mit Ihrem jetzigen Koalitionspartner leichter umgehen können, als es mit uns damals der Fall war.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie doch gerade einmal die Verwaltungsreform.

(Abg. Drexler SPD: Das war der letzte Hammer!)

Dazu will ich zunächst einmal ein paar formale Anmerkungen machen. Wenn, wie im November geschehen, während einer Plenarsitzung Koalitionsverhandlungen geführt werden, um die größte Justizreform aller Zeiten zu verabschieden,

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

dann ist dies eine deutliche Missachtung des Parlaments. Es hatte zur Folge, dass sich die Journalisten von der Pressetribüne da oben vor den Sitzungsraum begeben hatten und die Debatten hier im Landtag unter Ausschluss der medialen Öffentlichkeit stattgefunden haben.

Zweite Bemerkung, weil Sie sagen, wir hätten das Thema nicht aufgegriffen: Wir waren die Ersten, die zu Beginn des Jahres überhaupt das Thema Verwaltungsreform hier auf den Tisch gebracht haben.

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Unisono von rechts bis zur Mitte im Parlament:

(Abg. Drexler SPD: Ablehnung!)

Unsere Verwaltung ist hervorragend, wir brauchen überhaupt keine Änderungen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dritte Bemerkung: Nehmen Sie doch einmal all die Anträge, die wir und die die Grünen zur Verwaltungsreform gestellt haben. Kürzlich wollten wir zum Thema Gewerbeaufsicht im zuständigen Ausschuss eine öffentliche Anhörung. Antwort Ihrerseits: „Das können wir noch nicht machen; wir wissen noch nicht genau, was als Ergebnis herauskommt.“

Das ist doch das Entscheidende. Wenn ein solches Gesetzesprojekt wie die Verwaltungsreform in zwei bis drei Stunden in den Regierungsfractionen festgeklopft wird, wenn der Ministerpräsident erklärt, es dürfe kein Stein he-

rausgebrochen werden, ohne dass das ganze Gebäude fällt – wobei man sich fragen muss, wie solide fundiert ein solches Gebäude ist –, wenn so vorgegangen wird, dann ist doch von vornherein ein offener parlamentarischer Gestaltungsprozess ausgeschlossen,

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des
Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Drexler SPD: NSI!
Wo ist da die parlamentarische Kontrolle?)

weil dann leider alle Einzelfragen zu Machtfragen werden.

Und nach dem Ergebnis, das der Ministerpräsident bei Ihrem letzten Parteitag der CDU als Landesvorsitzender bekommen hat, wird doch das Problem noch verschärft. Jede Kritik ist gleichzeitig eine Aufforderung, endlich abzutreten. So kann die Verwaltungsreform nicht sinnvoll im Parlament beraten und entschieden werden. Richtigerweise müsste hier ein offener Diskussionsprozess über die einzelnen Bereiche durchgeführt werden können, und zwar unter Einbeziehung des Sachverständs aller Beteiligten. Leider ist das durch diese Art und Weise des Vorgehens ausgeschlossen.

Lassen Sie mich noch zu ein paar Parlamentsfragen kommen. Natürlich weiß ich, dass es auch in der großen Koalition nicht gelungen ist, Parlamentsfragen außerhalb des Koalitionszwangs zu stellen. Aber genau das wäre notwendig.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Na also!)

Wir haben hier im Parlament Mehrheiten von 60, 70 % – das geht bis in die CDU-Fraktion hinein – für Umgestaltungen, um das Parlament attraktiver zu machen, öffentliche Ausschusssitzungen durchzuführen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das haben wir kürzlich gemacht, und da war keiner da!)

Aber wenn die Mehrheit einer Koalitionsfraktion anderer Auffassung ist, dann bestimmt damit eine Minderheit über die Mehrheit des Parlaments. Das ist die entscheidende Frage, und da muss mehr Offenheit her, Offenheit, auch über parlamentarische Gestaltungsfragen zu reden, zum Beispiel über die Frage öffentlicher Ausschusssitzungen, über die Frage, ob ein eigenständiger Europaausschuss gebildet werden sollte, oder über die Frage, wie wir Aktuelle Debatten etc. attraktiver gestalten können. Wobei ich auch darauf aufmerksam machen will: Der Eindruck ist falsch, mit dem Instrument Aktueller Debatten würde immer krampfhaft ein Thema gesucht. Denn wir können ja Initiativen vorziehen. Dass die Initiativen zum Zeitpunkt der Beratung im Plenum immer so alt sind, hängt damit zusammen, dass wir zu wenig öffentliche Sitzungen haben.

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Also, lassen Sie uns doch einmal über Parlamentsfragen mehrheitlich und offen diskutieren und entscheiden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Abg. Teßmer SPD: Du gehst einen schweren Gang!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich greife gleich das Votum von Ihnen, Herr Birzele, auf: Lassen Sie uns über Parlamentsfragen, und damit auch über entsprechende Änderungen und Reformen des Parlaments, gemeinsam miteinander diskutieren. Warum nicht? Wir Liberale sind dazu jederzeit bereit und die CDU sicherlich auch. Denn es geht um das Parlament und damit um den Souverän, um diejenigen, die vom Volk gewählt sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es hier jemanden gibt, der hier Einwendungen haben könnte. Punkt 1.

Punkt 2: Es ist nicht richtig, dass vom Parlament aus gar nichts laufen würde, was die Gesetzgebung betrifft. Die Novellierung des Privatschulgesetzes steht an, wie Sie wissen.

(Abg. Fleischer CDU: Ja!)

Ich habe zusammen mit meinem Kollegen Wacker dem Ausschuss für Schule, Jugend und Sport angeboten, demnächst einmal über den derzeitigen Stand der Verhandlungen zu referieren. „Verhandlungen“ heißt: Es waren Verhandlungen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe mit den Trägern der Freien Schulen und je einem Vertreter des Kultusministeriums und des Finanzministeriums. Es ist einmalig – zumindest seit ich im Parlament bin, seit 1996 –, dass aus dem Parlament heraus eine solche Initiative ergriffen worden ist, und wir hatten, meine Damen und Herren, lange Debatten nur darüber, ob das überhaupt geht oder ob man dem Ministerium die Federführung überlassen sollte.

Wir haben sie in diesem Fall bei uns behalten; wir sind zu einem Ergebnis gekommen, und, wie gesagt, der Schulausschuss wird rechtzeitig davon unterrichtet. Es ist also nicht richtig, dass von unten nach oben nichts laufen würde, dass alles von oben nach unten käme und wir hier nur absegnen würden.

(Abg. Schmid SPD hebt eine Hand.)

– Herr Kollege, wollten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Zuruf des Abg. Schmid SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Nein, von Ihnen will jetzt keiner etwas wissen!)

Punkt 3: Die Verwaltungsreform wurde von Ihnen, Herr Birzele, angesprochen. Ich möchte doch einmal darauf aufmerksam machen, dass die FDP/DVP-Fraktion bereits vor einem Jahr einen Landeshauptausschuss zu diesem Thema abgehalten und dort entsprechende Beschlüsse gefasst hat, dies in die Bahnen zu bringen. Die Verwaltungsreform ist keine Erfindung der SPD, sondern war von uns vorgedacht. Aber wenn wir uns querbeet einig sind, dass wir so etwas brauchen, sollten wir das jetzt nicht zerreden, sondern positiv aufgreifen, damit die Verwaltungsreform insgesamt kommt. Ich halte sie auch für gut.

Letztens: Verhalten des Parlaments. Herr Kollege Kretschmann, Sie haben Recht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kleinmann, jetzt ist die Zwischenfrage gekommen. Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gerne.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Kollege Kleinmann, ist Ihnen, der Sie sich ja ständig als Urheber der Verwaltungsreform bezeichnen, eigentlich bewusst, dass Sie durch den Verlust der Einflussnahme des Landtags auf den Verwaltungsvollzug des Landes das Parlament total schwächen und dass das genau das Gegenteil dessen ist, was Sie vorhin gesagt haben, dass es nämlich gestärkt werden sollte?

(Abg. Herrmann CDU: Was? – Abg. Schneider CDU: Keine Ahnung!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist mir überhaupt nicht bewusst, Frau Kipfer. Vielen Dank für die Zwischenfrage; damit kann ich gleich darauf eingehen. Ich weiß nur eines – ich habe es vorhin schon zum Subsidiaritätsprinzip ausgeführt –: Was von unten erledigt werden kann, muss nicht oben gemacht werden. Damit wird keiner Ebene irgendeine Kompetenz weggenommen, sondern jede Ebene ist für ihre Bereiche zuständig. Da bin ich auch als Abgeordneter ganz entschieden dafür. Ich rede keinem Bürgermeister und keinem Gemeinderat hinein. Das ist deren Ebene, und meine Ebene ist eine andere. Wenn wir die Ebenen nicht auseinander halten, leisten wir unserer Demokratie mit Sicherheit überhaupt keinen Dienst.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich komme auf Herrn Kollegen Kretschmann zurück. Verehrter Herr Kollege Kretschmann, Sie haben Recht mit Ihren Aussagen zu unserem Verhalten. Es ist immer schwierig, wenn man Besuchergruppen hier hat und anschließend Gespräche mit ihnen führt, ihnen zu verdeutlichen, warum die einen von uns Zeitung lesen und die anderen gar nicht anwesend sind. Ich erlaube mir dann allerdings, den Besuchern gegenüber zu sagen: „Sie sehen ja, wir sind jetzt bei Ihnen anwesend. Wir können also nicht im Parlament sitzen und gleichzeitig Gespräche mit Ihnen führen. Das geht nun einmal nicht.“ Das kapieren sie dann auch.

Wenn wir unser Verhalten da ändern sollten, sollten wir auch versuchen, uns, was die Parlamentsdebatten angeht, auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ich muss noch einmal sagen: Wir sollten nicht Aktuelle Debatten führen oder irgendwelche Initiativen ergreifen zu Themen, die im Grunde genommen hier kaum jemanden groß interessieren, sondern wir sollten uns wirklich auf das Wesentliche konzentrieren, was unser Parlament und die Menschen vor Ort bewegt. Ich glaube, dass wir dann tatsächlich zu einer entsprechenden Parlamentsreform kommen und dass wir auf diese Art und Weise wieder mehr Attraktivität in die Debatten und Auseinandersetzungen vor Ort hineinbringen. Dann ist es auch für die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne interessanter zuzuhören.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Aktuelle Reformentscheidungen im Vermittlungsausschuss und im Bundesrat: Entscheidungen der Weichenstellungen für Wachstum, Beschäftigung und öffentliche Haushalte in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute keine Dementis von gestern zu machen, was ja nicht jeder sagen kann, der im Vermittlungsausschuss beteiligt war. Wir haben wichtige Ergänzungen abzugeben, die darauf hinweisen, dass das Vermittlungsergebnis wirklich ein großer Erfolg für das Land Baden-Württemberg ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt kann man ja Zeitung lesen!)

Das Vermittlungsergebnis bringt uns für das Land selber 57 Millionen €.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es ist ja gut, dass ihr es gemerkt habt!)

Die großen Gewinner sind die Kommunen. Es bringt den Kommunen im Land Baden-Württemberg im nächsten Jahr 387 Millionen €, im übernächsten Jahr 641 Millionen €. 2006 sind es dann bereits 721 Millionen € und 2007 788 Millionen €. Baden-Württemberg hat – die Zahlen zeigen es, sie liegen seit heute Nacht vor – gut verhandelt, und wir sind froh, dass wir einige der großen Probleme über den Vermittlungsausschuss lösen konnten.

(Beifall bei der CDU)

Leider hat sich gezeigt, dass die heiße Nadel das bevorzugte Arbeitsinstrument der rot-grünen Koalition in Berlin ist.

(Lachen des Abg. Birzele SPD)

Wir werden darauf achten, dass bei der Umsetzung der Vermittlungsergebnisse das, was die Union erreicht hat, nicht durch die Hintertüre verschwindet und durch neue und bürokratische Regelungen wieder kassiert wird.

Wir haben beim Thema Arbeitsmarkt einen großen Erfolg zu verzeichnen, weil mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe soziale Leistungen aus einer Hand kommen und bei diesem Punkt Träume wahr werden, Träume einer Zusammenfassung und einer Entbürokratisierung. Uns und unseren Kommunen bleibt die Megabehörde einer Bundesanstalt für Sozialhilfe und Wohngeld erspart. Die Kommunen können bis zum 31. August 2004 eine Option ausüben, wie sie mit dieser Frage der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe umgehen wollen.

Nicht mit 10 000 neuen Stellen, sondern vor Ort praxistauglich und praxisnah sollen die Dinge erledigt werden. Die CDU hat hier ihre Handschrift hinterlassen. Sie hat gezeigt, was für uns von der CDU Sozialpolitik und auch praxisnahe Arbeitsmarktpolitik ist.

(Beifall bei der CDU)

In Baden-Württemberg bezogen 2002 nicht einmal 10 % der Sozialhilfeempfänger Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Weniger als 10 % der Sozialhilfeempfänger waren erwerbstätig. Das heißt, dass wir daran arbeiten müssen und dass die Bundesregierung daran arbeiten muss, einen größeren Prozentsatz der Sozialhilfeempfänger arbeitsfähig zu machen. Hier kommt unser Interesse zum Tragen: Wenn es uns nicht gelingt, entlang von mehr Wachstum und Beschäftigung für mehr Arbeitsplätze zu sorgen, wird jeder Druck sowohl auf Sozialhilfeempfänger als auch auf Arbeitslosengeldempfänger ins Leere gehen, weil diese Leute dann einfach keine Arbeit finden. Das heißt, das Paket, das jetzt vorgelegt wurde, kann nur ein Einstieg sein.

Es kann auch ein Einstieg in Strukturreformen des Arbeitsmarkts sein. Es ist ein Anfang. Wir freuen uns schon jetzt auf die nächsten Ergebnisse im Vermittlungsausschuss. Wir gehen davon aus, dass diese Arbeit entlang von mehr Beschäftigung auch zum Wohle Baden-Württembergs weitergeführt werden muss.

Wir sind froh über die Regelungen zur Zumutbarkeit von Arbeit. Der Satz „Die Aktiven suchen Arbeit, die Passiven suchen Nichtzumutbarkeitsgründe“ gehört der Vergangenheit an, weil jetzt klar ist, dass die Zumutbarkeit entlang der Kriterien, die auch für Sozialhilfeempfänger gelten, geregelt werden kann. Das ist angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen und angesichts vieler nach wie vor unbesetzter Stellen ein erster, ein wichtiger Schritt. Die beste Sozialpolitik aber – da sind wir uns sicher einig – ist nach wie vor die Vollbeschäftigung.

Wir sehen in den Maßnahmen zum Abbau des Kündigungsschutzes einen Meilenstein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Aber hier ist auch klar, dass die Bundesregierung von der CDU gezwungen wurde, auf das Ergebnis zurückzukommen, das wir bereits 1996 hatten.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Das stimmt doch gar nicht!)

Die rot-grüne Bundesregierung hat seit ihrem Amtsantritt 1998 drei Punkte zurückgenommen: den demographischen Faktor, die Zuzahlung in der gesetzlichen Krankenversicherung und den Kündigungsschutz in Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern. Der Kündigungsschutz war jetzt der letzte Schritt. Willkommen in der rauen Wirklichkeit, willkommen in der Realität! Wir freuen uns, dass wir Sie jetzt endlich so weit haben. Aber wir haben inzwischen leider sechs Jahre verloren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

(Dr. Inge Gräßle)

Der Wirtschaft reichen die Reformen nicht. Das Echo aus der Wirtschaft ist eindeutig. Uns reichen sie auch nicht.

(Abg. Walter GRÜNE: Warum habt ihr das 1998 nicht gemacht?)

Deshalb ist uns klar und ist auch der Wirtschaft klar, dass dies nur ein erster Schritt sein kann. Weitere werden folgen.

Danke.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Gräßle musste sogar ihre Freude von einem Manuskript ablesen, obwohl diese Aktuelle Debatte doch von den Erwägungen und Gedanken im Meinungsaustausch darüber geprägt sein sollte, was der Vermittlungsausschuss zuwege gebracht hat.

(Beifall des Abg. Fischer SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU, ein einzelnes Blatt Papier hoch haltend: Das war mein Manuskript! – Abg. Dr. Birk CDU: Sie führen sich auf wie ein Erbsenzähler!)

Seite um Seite haben Sie vorgetragen, Frau Kollegin.

(Abg. Fleischer CDU: Das stimmt nicht und geht Sie auch nichts an! Oberlehrerhaft! – Abg. Alfred Haas CDU: Das war eine Lüge!)

– Wir haben eine gute Perspektive von unserer Seite aus.

Was ist nun also zu rühmen? Wer hat denn ein Vermittlungsausschussergebnis vorzuweisen, das den Bedürfnissen der Gemeinschaft der Gemeinden, der Wirtschaft und der Steuerzahler entspricht? Ich glaube, dass das, was die Opposition im Bund zuwege gebracht hat, in keinem Punkt den Notwendigkeiten und Bedürfnissen dieser Gesellschaft und dieses Staates entspricht.

(Beifall des Abg. Kaufmann SPD)

Lassen Sie mich bei der Gemeindefinanzreform anfangen. Das ist ein Thema, denn die Gemeindefinanzreform hat nicht stattgefunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Petra Roth, Oberbürgermeisterin in Frankfurt, hat gerade gestern noch einmal darauf hingewiesen: Die Reform muss jetzt im Jahr 2004 versucht werden. Was herausgekommen ist, ist eine Nulllösung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Damit ist den finanziellen Problemen der Gemeinden in keiner Weise abgeholfen. Wenn Frau Kollegin Gräßle das als einen Fortschritt begrüßt, dann frage ich: Mit welchen Gemeinden steht sie in Verbindung? Ich kenne keine einzige.

(Abg. Fleischer CDU: Was sagt denn der Herr Schily dazu?)

Ich zitiere Herrn Doll, der auch nicht unserer Partei angehört, der sagt: „Das ist ein jammervolles Ergebnis. So haben wir uns das nicht vorgestellt.“

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hat er ausnahmsweise Recht!)

Woran liegt es, dass man nicht den Mut hatte, auch die Selbstständigen und Freiberufler zur Verstetigung der Gewerbesteuererhebungen, die wir von ihrer Bedeutung her als Gemeindefinanzierungsquelle einordnen können, einzubeziehen?

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Fleischer CDU: Wissen Sie, was Sie mit Ihrer Regierung in Berlin machen? – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Die Gegenrechnung mit Einkommen- und Körperschaftsteuer war vorzunehmen. Deswegen entsteht objektiv keine Belastung, mit Ausnahme einiger Großstädte, in denen die Gewerbesteuerhebesätze so hoch sind, dass sie über den Anrechnungssatz von 380 Prozentpunkten hinausgehen.

Das zweite Thema war: Wer darauf verzichtet, einige ertragsunabhängige Elemente aufzunehmen, wie es von Städtetag, Gemeindetag und erst zu nehmenden Finanzwissenschaftlern verlangt wurde, wer dies verhindert, hat den Gemeinden nicht geholfen und wird sich im Jahr 2004 fragen lassen müssen, wann endlich die Bereitschaft da ist, die notwendige Gemeindefinanzreform vorzunehmen. Warum hat die Regierung ihr Modell in diesem Kompromiss verwässern lassen?

(Abg. Fleischer CDU: Merken Sie eigentlich nicht, dass Sie Ihre eigene Regierung beschimpfen? – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Weil sie wegen der von 2005 auf 2004 vorgezogenen Steuerreform ein Ergebnis im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, im Interesse der Steuerzahler vorweisen wollte. Dass man dabei faule Kompromisse mitmacht, ist ja wohl selbstverständlich.

(Abg. Fleischer CDU: Ach so!)

Denn nichts wäre so schlimm – Herr Kollege Fleischer, ich bitte das wahrzunehmen – wie ein Nullergebnis, nachdem man sich monatelang in der Öffentlichkeit wechselseitig blockiert und Vorwürfe erhoben hat, dass keine Bereitschaft zum Kompromiss bestehe.

(Abg. Fleischer CDU: Sie sagen ja gerade, es wäre ein Minusergebnis!)

Wenn das als ein Ergebnis für Baden-Württemberg benannt wird, dann sage ich wieder: Für die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg ist es kein angemessenes Ergebnis. Wir haben das gestern in der Allgemeinen Aussprache zum Haushalt thematisiert: 7 Milliarden € Steuerentlastung sind zur Seite geschoben worden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Gott sei Dank!)

Ich möchte Ihnen einmal eine Aussage von Frau Merkel vor Augen führen, die gesagt hat:

(Junginger)

Wenn wir die Bundestagswahl gewinnen, dann werden wir innerhalb von hundert Tagen dafür sorgen, dass die Steuerreform 2005 auf 2003 vorgezogen wird.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dafür sind wir bereit, Schulden aufzunehmen. Denn der Wachstumsimpuls kann nur durch entsprechende Steuerentlastungen herbeigeführt werden.

(Zurufe der Abg. Zimmermann und Wieser CDU)

Das, was jetzt passiert, lässt große Zweifel aufkommen, ob ein Wachstumseffekt erzielt werden wird, ob die Wirtschaft angekurbelt wird. Das ist das, was auch die Unternehmer und die Wirtschaftsverbände mit Sorge anmerken: dass die notwendige Steuerentlastung ausbleibt, die mit dem Stichwort „Ökonomie ist Psychologie“ den Eindruck vermitteln soll, der Bürger habe mehr Geld zur Verfügung und brauche nicht mehr zu befürchten, dass er zusätzlich geschröpft wird. Dass das mit dem Ergebnis, auf das man wirklich nicht stolz sein kann, erreicht wird, daran haben wir erhebliche Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Die weiteren Punkte werde ich in der zweiten Runde ansprechen. So jedenfalls, dass wir stolz sein könnten, kann man dieses Ergebnis nicht sehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema schon gestern in der Haushaltsdebatte ziemlich breit behandelt. Ich will versuchen, Wiederholungen zu vermeiden. Ganz wird es nicht gelingen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich will in erster Linie die wirtschaftspolitische Seite darstellen.

Ich habe schon etwas den Eindruck, dass dieser Antrag formuliert worden ist, bevor das Ergebnis bekannt geworden ist. Denn von entscheidenden Weichenstellungen für Wachstum und Beschäftigung geht im Moment niemand aus. Niemand spricht davon, dass das die entscheidende Weichenstellung sei. Ich will das Ergebnis nicht kleinreden; das darf auch nicht kleingeredet werden. Das Entscheidende ist, dass es überhaupt einen Kompromiss gegeben hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Alles andere wäre nicht verstanden worden. Alles andere wäre Rückschritt gewesen. Darüber besteht übrigens eine völlige Übereinstimmung aller Wirtschaftsinstitute und aller Repräsentanten der Wirtschaft. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung schreibt:

Ein Scheitern der Verhandlungen hätte bei in- und ausländischen Investoren einen extremen Verlust des Vertrauens in die Reformfreudigkeit Deutschlands gegeben.

Professor Rürup – er ist ja wohl unverdächtig – fügt hinzu: „Das hätte zweifellos auf die Konjunktur niedergeschlagen.“ Das ist der entscheidende Punkt. Da ist der Konjunkturanalyse. Die Botschaft heißt: Die Richtung stimmt. Die Reformdebatte zeigt: Es bewegt sich immerhin noch etwas. Ich würde sagen: Wenn man hinhört, merkt man: Die Reform atmet noch deutlich.

Für Konjunktur und Beschäftigung ergibt sich darüber hinaus aber – da sind sich bis auf Wirtschaftsminister Clement alle einig – kein zusätzliches Wachstum und schon gar keine Beschäftigung. Übrigens hätte die volle Steuerentlastung auch nur 0,2 Prozentpunkte gebracht. Darin sind sich alle einig; ich brauche sie nicht alle zu zitieren.

Es gibt sogar Institute, die sagen: Die Hälfte der jetzigen Entlastung führt dazu, dass man die Prognose nach unten anpassen muss. Das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle etwa sagt: „Die Prognose muss wegen der etwas geringeren Entlastung etwas reduziert werden.“ Ich finde, man muss da mit Realitätssinn an die Dinge herangehen. Das macht sich immer besser.

Wichtig ist meines Erachtens – das kommt mir etwas zu kurz –, dass die Steuerreform, diese Steuerentlastung, mit Strukturelementen auf dem Arbeitsmarkt verbunden worden ist – das ist eigentlich erstmals der Fall – und nicht einfach nur über Schulden finanziert wird. Das ist zu einem Gutteil gelungen – das ist ein ganz wichtiger Punkt –, ob das nun der Kündigungsschutz ist – in dieser Hinsicht hat man im Grunde auch nicht mehr gemacht, als das wiederherzustellen, was Rot-Grün unter großem Kampfgeschrei eingerissen hatte –, ob das die Regelung in Bezug auf die Langzeitarbeitslosen ist oder ob es die Verbindung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist, von der ich meine: Die Option für die Kommunen ist noch nicht das Gelbe vom Ei.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Viele Vorschläge aus den letzten Monaten sind im Vermittlungsausschuss ja unter den Tisch gefallen. Eigentlich tun mir diejenigen Leid, die da monatelang „gehirnt“ haben und ihr Sitzfleisch strapaziert haben. Denn das Ergebnis, das herausgekommen ist, hätte man meines Erachtens auch etwas schneller erzielen können, ohne monatelang daran arbeiten zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wichtig ist für uns, dass der Mittelstand bei den Reformverbesserungen, die durch den Kompromiss erreicht worden sind, im Vordergrund steht. Wir sind sehr froh – Sie nicht –, dass die Gewerbesteuer eben nicht in eine Gemeindewirtschaftssteuer umgewandelt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sind sehr froh darüber, dass nicht weitere Mittelständler wie Angehörige freier Berufe mit dem Vorwand der Erhaltung, der Modernisierung, der Vitalisierung des Gesetzes – schon diese Begriffe machen einen ja sehr stutzig –

(Heiterkeit des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

einfach abkassiert werden,

(Hofer)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

und dies mit hohem bürokratischem Aufwand. Es ist mittelstandsfreundlich, dass der Ansatz der Verlustvorträge ab 1 Million € beschränkt wird. Ich will den kleinen Mittelständler sehen, der das erreicht. Auch ich bin der Meinung, dass die Großen zahlen müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die Großen, ja!)

Im Übrigen ist die Abschaffung der Mindeststeuer bei Verlustrückträgen ebenfalls mittelstandsfreundlich. Das freut uns alle sehr.

Ein Nebenpunkt: Dass die Ausbildungsleistung des Handwerks bei der Meisterpflicht im Handwerk Berücksichtigung gefunden hat, freut uns sehr. Weiter so!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Gesamtbeurteilung – ich komme zum Schluss –: Die Politiker sind mit sich weitestgehend zufrieden, wie man hören kann. Aber ich denke, die Kommentatoren und die Wirtschaftler äußerten sich weniger zufrieden. Ob das Glas halb voll oder halb leer ist, ob es ein größerer Schritt oder ein Trippelschritt ist, ob Ruck oder Rucklerle, ob runde oder halbrunde Sache, ob Reform oder Reförmchen, ob Bescherung oder schöne Bescherung:

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt langt's!)

Der Blick muss nach vorne gerichtet sein. In der zweiten Runde, die noch kommt, darf bei der dritten Stufe der Steuerreform nicht nur die Entlastung um 7,8 Milliarden € nachgelegt werden. Es ist über Nacht ja übrigens 1 Milliarde € weniger geworden. Da kann man sich nur wundern. Die Milliarde ist ja wie Manna vom Himmel gefallen, oder das Christkind hat sie gebracht. Berliner würden sagen: „Det ham Se wohl verjessen in der Eile.“ Herr Koch hat gesagt, er würde mit Rot-Grün nie mehr in Eile diskutieren.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir haben die Hoffnung, dass das Ganze tatsächlich mit weiteren Strukturmaßnahmen verbunden wird.

Ich darf zum Abschluss noch zwei Zitate bringen. Die spannende Frage ist ja die, ob die Hoffnung berechtigt ist, dass das, was aussteht, tatsächlich noch kommt. Wenn es nach dem Kommentator der „Welt“ geht, können wir alle Hoffnung aufgeben.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Denn die „Welt“ schreibt unter der Überschrift „Kläglicher Kompromiss“: keine Hoffnung. Sie endet:

Ein Gutes allerdings hat der klägliche Kompromiss. Er macht auch dem letzten Träumer klar, dass eine große Koalition ein Albtraum wäre.

Das schreibt die „Welt“.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich bin begreiflicherweise zwar nicht für große Koalitionen und könnte mir manches Problem auch fortdenken, wenn man sich Rot-Grün gleich mit fortdenken könnte.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber ich halte es doch mehr mit dem Verfasser des Leitartikels der „Stuttgarter Nachrichten“, der unter der Überschrift „Das Steuer-Strohfeuer“ schreibt:

Alle Parteien haben bewiesen, dass sie willens und fähig sind, eigene Interessen hintanzustellen und gemeinsam nach tragfähigen Lösungen zu suchen. Auch wenn ihnen der ganz große Reformwurf misslungen ist: Der Anfang ist gemacht. Weitere Schritte werden folgen. Zwangsläufig. Deutschland im Winter: Und es bewegt sich doch.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

In vorweihnachtlicher Zeit möchte ich gerne daran glauben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was ist nun der Sinn dieser Debatte?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sagen Sie es uns, Herr Fraktionsvorsitzender! Sagen Sie es uns!)

Gestern ist schon im Rahmen der Haushaltsdebatte von Ihnen allen, außer von mir, über dieses Thema geredet worden. Wir reden jetzt über ein Thema, für das wir in keiner Weise zuständig sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So viel zum Thema „Aktuelle Debatten“!)

Wir haben auf diese Vorgänge keinen Einfluss. Im Übrigen sind sie vorbei.

Natürlich muss man in der Politik auch Vorgänge bewerten. Aber das muss doch der Bundestag machen. Der ist doch das richtige Organ dafür. Wir als Landesparslament haben auf diesen Vorgang faktisch keinen Einfluss.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da hat er ja Recht!)

Die Exekutive kann das im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss völlig eigenständig behandeln.

Wenn die Debatte einen Sinn haben soll, dann muss man sich allerdings für die Föderalismuskommission überlegen, ob dieses Verfahren sinnvoll ist. Ich möchte nicht so weit gehen wie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Papier, der dieses Exekutivmodell des Föderalismus überhaupt infrage gestellt und ein Senatsmodell vorgeschlagen hat, bei dem gewählte Vertreter der Länder die zweite Kammer bilden.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Wir könnten aber auch sagen: Wir wählen wenigstens die Regierungsmitglieder in den Bundesrat. Dann haben sie ir-

(Kretschmann)

gendwie eine Legitimation durch uns. Dann machen solche Debatten vielleicht auch mehr Sinn.

Was folgt aus dieser Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen? Nichts!

(Beifall bei den Grünen)

Solche Debatten hier zu führen ist uns nicht dienlich.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Überflüssig! – Abg. Fischer SPD: Das passt zu vorhin! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Warum? Das hat einen ganz einfachen Grund: Wenn wir als Parlament über Dinge reden, für die wir gar nicht zuständig sind, dadurch aber in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als seien wir dafür zuständig, dann trifft uns doch anschließend die Kritik, dass wir Dinge nicht geändert und nicht bewegt haben, die wir gar nicht ändern und bewegen können. So etwas zu tun ist nicht sinnvoll. Das heißt: Man muss hier über das reden, wofür man zuständig ist. Das andere kann in Reden einfließen – das ist ja völlig klar –, aber darüber extra Debatten zu führen ist nicht sinnvoll.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Schmiedel und Abg. Capezzuto SPD: Sehr gut! – Abg. Capezzuto SPD: Wo er Recht hat, hat er Recht! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Jetzt gehe ich zur Sache auf einen Punkt ein, der noch nicht angesprochen wurde. Die Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück enthielten Kürzungen im Bereich des Schienenverkehrs in Höhe von jährlich rund 1,9 Milliarden €, wirksam ab 2006. Nach den Plänen dieser beiden Ministerpräsidenten sollte jeder vierte Euro des Subventionsabbaus beim öffentlichen Verkehr eingespart werden, Straßenverkehr und Luftfahrt ausgeklammert. Als Begründung wurde ein höchst fragwürdiger Subventionsbegriff angeführt: Zuwendungen an die DB AG gälten als Subventionen, dagegen gälten Straßenbau und Luftfahrt als eigenständige staatliche Aufgabe.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Dieser absolut fragwürdige Subventionsbegriff hat nun dazu geführt, dass massiv in den öffentlichen Schienenverkehr eingegriffen wird, während der Straßen- und der Luftverkehr weitgehend geschont werden. Wir konnten noch das Schlimmste verhindern. Wir konnten erreichen, dass die Kürzungen, was Regionalisierungsmittel, GVFG-Zuschüsse und Aufwendungen für das Bundeseisenbahnvermögen betrifft, heruntergefahren werden. Die Mittel für diese Bereiche sollten ja pauschal um 4 % gekürzt werden. Wir konnten erreichen, dass lediglich eine einmalige Kürzung um 2 % vorgenommen wird.

Leider sind aber noch acht Vorschläge im Raum, die dazu führen, dass weitere massive Kürzungen bei den Investitionsmitteln im öffentlichen Schienenverkehr bevorstehen.

Das sind, wenn man das summiert, jetzt rund 550 Millionen € ab 2006. Davon sind ca. 250 Millionen € beschlossen und 300 Millionen € strittig. Es stehen also massive Eingriffe bevor. Das kommt dabei heraus, wenn man das Prinzip des Rasenmähers verfolgt. Es kommt wirklich nichts

Gescheites dabei heraus. Das zeigt auch – mein Vorredner hat es schon gesagt –, was von großen Koalitionen zu erwarten ist.

Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen im Bundestag haben sich in einer Protokollnotiz verpflichtet, die globale Minderausgabe im Verkehrsbereich abweichend von den Vorschlägen der Herren Koch und Steinbrück nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Schiene und Straße in die Haushaltsberatungen einzubringen. Wir versuchen also, die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses über die globalen Minderausgaben zu kompensieren.

Den Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück ist es gelungen, durch einen völlig irreführenden Begriff der Subvention dem Schienenverkehr massiv zu schaden. Wir versuchen nun, dies durch Auswege noch zu korrigieren. Ob das gelingt, weiß ich nicht.

Man muss sich einmal vorstellen, was das bei dem hohen Verkehrsaufkommen auf den Straßen bedeutet. Man muss sich nur einmal beim mittleren Neckarraum anschauen, welche wirtschaftlichen Schäden diese Staus verursachen, was das für ein Hemmnis für den Standort Baden-Württemberg ist. Vor diesem Hintergrund in den Schienennahverkehr einzugreifen und diese Mittel zu streichen ist absolut kontraproduktiv und völlig unbegreiflich.

Es zeigt, dass eine Föderalismusreform mit einer klaren Kompetenzordnung notwendig ist, da wir solche fernab der Öffentlichkeit ausgekugelten Ideen auf den Tisch bekommen, bei denen wir größte Schwierigkeiten haben, alles richtig auf die Reihe zu bringen. Mit solchen Verfahren hat sich der Parlamentarismus wirklich keinen Dienst erwiesen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestern ist in der Tat lange und ausführlich gesprochen worden. Deswegen jetzt nur ganz wenige Sätze von mir.

Zunächst muss ich auch heute Herrn Kretschmann Recht geben. Mir ist richtig klar geworden: Die wichtigste aller Reformen – sozusagen die Mutter aller Reformen – wäre wirklich die Föderalismusreform.

(Abg. Wieser CDU: Oi!)

Ich sehe deren tatsächliche Notwendigkeit.

Jetzt aber zur Sache selbst. Wir sollten einen Fehler nicht machen. Wir haben einen Kompromiss geschlossen. Diesen Kompromiss müssen wir jetzt auch tragen. Natürlich kann man sagen, man hätte das eine oder andere gerne anders gehabt. Wenn aber vier Gruppen einen Kompromiss geschlossen haben, dann müssen sie auch dahinter stehen. Wenn sie ihn im Prinzip ablehnen würden, dann hätten sie gleich gar nicht zustimmen dürfen. So kann es eigentlich nicht sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Richtig!)

(Minister Stratthaus)

Trotz allem glaube ich, dass dieser Kompromiss doch ein Fortschritt für Deutschland ist. Es ist kein so großer, wie wir es vielleicht erhofft hätten, aber es ist ein Fortschritt.

Meine Damen und Herren, warum? Ich war wochenlang in Berlin und habe erlebt, dass wir allmählich Gefangene unserer eigenen Verlautbarungen werden. Über ganz bestimmte Themen ist gestritten worden, weil diese Themen umstritten waren. Andere wichtige Dinge sind ohne große Diskussion gelaufen und deshalb in der öffentlichen Diskussion nicht mehr wahrgenommen worden.

Zum Beispiel wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes – das ist im Sozialgesetzbuch III geregelt – ganz beachtlich beschränkt. Natürlich kann man jetzt sagen, wir wollten das aus sozialpolitischen Gründen nicht. Aber für den Arbeitsmarkt ist das eine gute Entwicklung. Das ist überhaupt keine Frage. Darüber hat niemand mehr diskutiert, weil das im Regierungsentwurf stand und unbestritten übernommen worden ist.

Meines Erachtens ist das viel wichtiger als viele andere Dinge, über die diskutiert worden ist. So gibt es eine ganze Reihe von Bestimmungen, von Beschlüssen, die durchaus gut sind aber eigentlich gar nicht mehr richtig zur Kenntnis genommen worden sind.

Lassen Sie mich noch etwas zur Gemeindefinanzreform sagen: In der Tat sind die Gemeinden die Einzigen, die deutlich mit einem Plus aus dem Vermittlungsverfahren herauskommen. Am schlechtesten schneidet der Bund ab, für die Länder in ihrer Gesamtheit läuft es ungefähr auf plus/minus null hinaus, während die Gemeinden gewonnen haben. Der Grund ist ganz einfach: Der Bund stellt von den Privatisierungserlösen in Höhe von 5,3 Milliarden € die Hälfte den Ländern und den Gemeinden zur Verfügung. Darüber hinaus bekommen die Gemeinden vom Bund und den Ländern jeweils noch 4 Prozentpunkte der Gewerbesteuerumlage. Das ist der Grund dafür, dass die Gemeinden in der Tat die Gewinner sind.

(Abg. Göschel SPD: Aber nur im statistischen Mittel! Es gibt auch große Verlierer! – Zuruf des Abg. Junginger SPD)

– Das ist immer so. – Sie können ganz grob davon ausgehen – jede Gemeinde kann sich das ausrechnen –: Pro Kopf ihrer Bevölkerung werden die Gemeinden ungefähr 35 € mehr haben. Das kann sich nun jeder selbst ausrechnen. Bei einer Gemeinde mit 20 000 Einwohnern macht das etwa 700 000 € aus.

Die Gemeinden haben nicht damit gerechnet; denn ein volles Vorziehen der Steuerreform hätte die Gemeinden natürlich sehr negativ betroffen.

Ich möchte noch einmal sagen: Die Gemeinden sind die Einzigen, die unter dem Strich besser dastehen, als es sich vorher abzeichnete.

Jetzt gibt es immer wieder die Diskussion, ob wir eine, wie Sie sagen, weitgehende Gewerbesteuerreform hätten machen sollen oder nicht. Eines ist ganz klar, Herr Junginger: Das, was Sie vorgeschlagen haben, war eine Steuererhöhung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Zurufe von der SPD)

– Natürlich!

(Abg. Junginger SPD: Haben Sie es durchgerechnet?)

– Ich lege großen Wert darauf, dass ich hier nichts sage, was ich nicht auch beweisen kann.

(Abg. Junginger SPD: Ich habe es aus dem Finanzministerium anders gehört!)

– Herr Junginger, es wäre eine Steuererhöhung gewesen.

(Abg. Schmiedel SPD: Für wen?)

– Für wen? Für den kleinen Mittelständler. Ich will es Ihnen doch sagen. Man wollte die ertragsunabhängigen Bestandteile in die Steuerbemessungsgrundlage einbeziehen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

und dadurch wäre in der Tat die Gewerbesteuer für den kleinen Selbstständigen gestiegen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wir haben zwei weitere Bestimmungen getroffen – ich habe gestern schon einmal davon gesprochen –: Beim „Korb II“ wird auch die Gewerbesteuer steigen, und zwar deswegen, weil bei der Verlustverrechnungsbegrenzung und bei einer anderen Sache in Zukunft auch mehr Gewerbesteuer eingeht, allerdings, wie es richtig gesagt worden ist, nur von Unternehmen, die mehr als 1 Million € verdienen.

(Abg. Junginger SPD: Also!)

Da sind also die Größeren und nicht die Kleineren betroffen. Wir haben also an drei Stellen an der Gewerbesteuer etwas verändert, haben aber den kleinen Mittelstand nicht getroffen. Er wäre hingegen getroffen worden, wenn wir die Bemessungsgrundlage durch die Einbeziehung der ertragsunabhängigen Bestandteile vergrößert hätten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Junginger SPD: Sagen Sie das doch nicht uns, sondern Herrn Doll!)

– Ich weiß nicht, was Herr Doll gesagt hat. Herr Doll ist normalerweise ein gut informierter Mann.

(Abg. Junginger SPD: Soll ich Ihnen das vorlesen?)

Aber Sie können sicher sein, dass ich mit Herrn Doll sehr bald wieder spreche. Dann werden wir die Sache klären. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Als Nächstes wird immer wieder die Geschichte mit den Freiberuflern genannt. Auch da hat Herr Junginger zunächst einmal das Richtige gesagt. Die Freiberufler wären in den großen Städten zusätzlich belastet worden. In den kleineren Orten hingegen – überall dort, wo der Hebesatz unter 380 oder bei 380 % liegt – wäre das lediglich ein Bürokratieförderungsprogramm gewesen.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Linke Tasche, rechte Tasche!)

Man hätte nämlich 800 000 Freiberufler gezwungen, eine Gewerbesteuererklärung abzugeben. Das Ergebnis hätte dazu gedient, anschließend die Einkommensteuer in gleichem Maße zurückzuführen.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Alles in allem: Ich möchte noch einmal dafür werben. Wir haben gemeinsam diesen Kompromiss geschlossen. Der Kompromiss ist meines Erachtens auf der Arbeitsmarktseite wichtiger als auf der Steuerseite. Auf der Arbeitsmarktseite hat es eine Reihe von Verbesserungen gegeben, die im Augenblick gar nicht mehr diskutiert werden, weil sie unumstritten waren. Wir sollten uns – auch weil Weihnachten ist – hier nicht unnötig zerstreiten, sondern wir sollten anerkennen: Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Manche haben sich einen größeren Schritt vorgestellt, aber der Schritt war schon richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräble.

Abg. Dr. Inge Gräble CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten schon gestern den Eindruck, dass die Opposition nicht wirklich versteht, worum es geht. Heute haben wir die Gelegenheit zu kostenlosem Nachhilfeunterricht genutzt. Wir hoffen, dass das nicht ganz umsonst war.

Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zeigt, was eine Opposition alles zuwege bringen kann, wenn sie es denn zuwege bringen will. Von daher ist das Ganze sicherlich zur guten Nachahmung empfohlen, zumal Sie hier auch so großen Wert auf einen bestimmten Umgang mit Ihnen als Opposition legen. Wir wären froh, wenn Sie auch etwas einbringen würden. Im Übrigen ist es nicht verboten, sich auf Debatten vorzubereiten, Herr Junginger. Ihrem Redebeitrag heute Morgen hätte das überhaupt nicht geschadet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Laut Geschäftsordnung soll man aber auch nicht ablesen!)

Ich bin ein bisschen enttäuscht darüber, dass Sie das, was seit gestern passiert ist – nämlich 20 neue Beschlüsse, eine Präzisierung der Ergebnisse im Vermittlungsausschuss auf dieses Land Baden-Württemberg hin –, offensichtlich überhaupt noch nicht zur Kenntnis genommen haben. Aber der Tag ist noch lang. Kurz vor Weihnachten wollen wir die Hoffnung doch nicht aufgeben.

Sie sollten sich einmal überlegen, was eigentlich das Landesinteresse und was das kommunale Interesse ist. Der Finanzminister hat zum Thema Gemeindefinanzreform hinlänglich Ausführungen gemacht. Herr Junginger, 2,5 Milliarden € sind ein reales Ergebnis aus dem Vermittlungsausschuss, mit dem die Kommunen etwas anfangen können. Für uns ist es eine großartige Sache.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war die Leistung der Regierung, nicht Ihre!)

Im Übrigen sehen wir die originäre Leistung nicht so sehr im Hin- und Herschieben von Geld oder neuen Einnahmen. Wir sehen die eigentliche Leistung dort, wo Strukturen in diesem Land aufgebrochen werden. Strukturen wurden beim Thema Arbeitsmarktreform aufgebrochen. Sie wurden beim Thema Zumutbarkeit und beim Thema „Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe“ aufgebrochen. Hier sind die eigentlichen Fortschritte zu verzeichnen, und das ist originäre CDU-Handschrift.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Als jemand, der im Ehrenamt eine Organisation mit 200 hauptamtlichen Mitarbeitern leitet, muss ich Ihnen auch sagen: Was im Vermittlungspaket zum Thema Kündigungsschutz enthalten ist, ist eine wirklich gute und wichtige Sache. Die Änderung der Sozialauswahl, die Frage der Abfindung wird allen Betrieben, gerade auch den mittelständischen Betrieben in Baden-Württemberg, mehr Rechtssicherheit bringen. Die Arbeitsgerichte werden in ihrer Spruchfindung berechenbarer für die Betriebe. Das allein ist schon ein sehr großer Fortschritt. Dass das Arbeitszeitgesetz jetzt mehr Flexibilität für die Betriebe erlaubt, ohne dass vorher ein riesiger betrieblicher Akt in Gang gesetzt werden muss, ist für uns ebenfalls ein ganz wichtiges Ergebnis für Wachstum und Beschäftigung in Baden-Württemberg. Nehmen Sie das zur Kenntnis, und setzen Sie sich damit auseinander.

Wir sind auch beim Thema Handwerk zufrieden. Die Berufe und Branchen, die in der Handwerksrolle enthalten bleiben, decken 90 % der baden-württembergischen Handwerksbetriebe ab. Damit sind wir sehr zufrieden, und auch das trägt originäre CDU-Handschrift.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Beifall des Abg. Fleischer CDU)

Vielleicht sollten Sie über Weihnachten die Gelegenheit nutzen, sich mit dem gesamten Paket auseinander zu setzen.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Das würde Ihnen auch nicht schaden!)

Dann wird sich Ihnen auch erschließen, weshalb wir diese Aktuelle Debatte beantragt haben: Um nämlich genau darüber zu reden, was die Beschlüsse des vergangenen Wochenendes für Baden-Württemberg bedeuten. Für uns bedeuten sie, dass der Zug in Richtung mehr Wachstum und Beschäftigung endlich angeschoben werden kann.

Danke.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt hat er auch Text dabei! Jetzt wird es besser! – Gegenruf des Abg. Reichardt CDU: Das wird dadurch auch nicht besser!)

Abg. Junginger SPD: Auch wenn die Kollegin Gräble mir zugehört hat, hat sie es offenbar unterlassen, Herrn Hofer zuzuhören; denn er hat tatsächlich gewürdigt, was das Ergebnis für die Wirtschaft, die Unternehmen und den Wirt-

(Junginger)

schaftsaufschwung bedeutet. Es bleibt nämlich außerordentliche Skepsis, weil die 7 Milliarden €, die im Ausgangsentwurf noch zur Steuerentlastung eingesetzt werden sollten, eher die Hoffnung auf Aufschwung und Belebung des Wirtschaftsmarkts gebracht hätten.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Dies ist verhindert worden, ursprünglich noch mit der Vorstellung: keinen Cent mehr als 25 % Neuverschuldung. Auf einmal sind es 30 %,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das lag aber am Rechenfehler!)

die wir nebenher mitnehmen. Da müssen wir hinsichtlich der Glaubwürdigkeit fragen: Warum haben wir vorher eine Hürde aufgebaut, die wir hinterher im Interesse eines vernünftigen Kompromisses dann nicht mehr wahrhaben wollten?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hatte aber andere Gründe! Das wissen Sie, Herr Junginger!)

Wenn es denn so wäre, dass jetzt ein Aufschwung und wirtschaftliche Belebung einträten, dann wäre das alles ja gerechtfertigt. Es ist aber zu befürchten, dass das Hin und Her und das Sich-über-längere-Zeit-wechelseitig-Blockieren eben nicht dazu führen, dass jetzt mit der Steuerentlastung von insgesamt 15 Milliarden € die Wirtschaft tatsächlich auch den Zuwachs, die Belebung erfährt, die notwendig sind.

Wenn ich dann höre, dass eine Lockerung des Arbeitsmarkts dazu führen werde, dass auf einmal Tausende neuer Stellen entstehen sollen, bleibt nur zu sagen, dass alle ernst zu nehmenden Institute nicht davon ausgehen. Wir haben ja in der Vergangenheit schon einmal erlebt, dass die Lockerung des Kündigungsschutzes überhaupt nicht zu neuen Arbeitsplätzen geführt hat. Im Übrigen nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass in den Zwischenjahren schon vielfältige Lockerungen eingetreten sind. Führen Sie sich nur einmal das Teilzeitbeschäftigungsgesetz vor Augen, durch das über Jahre hinweg befristete Arbeitsverhältnisse abgeschlossen werden können, ohne dass das dazu geführt hätte, dass die Zahl der Arbeitslosen deutlich zurückgegangen wäre.

Wir sagen, Zumutbarkeit jeder beliebigen Beschäftigung ist etwas, was wirklich unter sozialen Gesichtspunkten eine massive Verlagerung im Sinne von sozialer Armut nach sich ziehen könnte. Das ist etwas, wo wirklich erst einmal von unserer Seite Kröten geschluckt worden sind. Die Ergebnisse werden beweisen müssen, ob das, was Sie angekündigt haben, tatsächlich eintritt. Ob auf diese Weise in der Wirtschaft endlich die Zahl der Arbeitslosen wieder zurückgeht, für neue Beschäftigung gesorgt wird und wir alle das, was an Aufschwung kommt, kaum fassen können – all das werden wir abwarten müssen. Wenn Sie in diesem Punkt Recht hätten, dann wäre das Ergebnis wirklich uneingeschränkt gut. So ist es im Wesentlichen die Bekräftigung und Bestätigung der ersten Schritte der Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

der erreicht hat, dass mit der Steuerentlastung ein Signal gesetzt worden ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Richtig!)

Wer dann für sich in Anspruch nimmt, dass er beispielsweise Hartz IV noch in irgendeiner Weise offen gehalten hat, der mag zur Kenntnis nehmen, dass ein Optionsmodell vereinbart worden ist und dass es, soweit ersichtlich, relativ wenige Gemeinden und kommunale Einrichtungen geben wird,

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt irren Sie sich aber!)

die von diesem Optionsmodell mit einer Fallpauschale Gebrauch machen werden.

(Abg. Scheuermann CDU: Sie sind völlig für Bürokratie!)

Denn das ist eindeutig zunächst einmal eine staatliche Aufgabe, die dann gemeinsam wahrgenommen werden kann.

Insofern sage ich noch einmal: Wir sind froh, dass überhaupt ein Ergebnis zustande gekommen ist. Wir sehen in allen Feldern nicht das, was eigentlich notwendig oder erforderlich gewesen wäre, aber die Blockade ist aufgelöst, und es mag sich, wer da will, als Sieger fühlen. Wichtig ist, dass der Schritt der vorgezogenen Steuerreform möglich geworden ist und dass es jedenfalls bei den Gemeinden, Herr Finanzminister, mehr oder minder plus/minus null aufgeht und dass das Signal gegeben worden ist, dass die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage eine höhere Verfügungsmasse mit sich bringt. Denn die Erhöhung bei der Neuverschuldung um 5 Prozentpunkte trifft, wenn wir das richtig sehen, auch die Gemeinden.

Wenn Sie das gegenrechnen, dann ergibt das beispielsweise bei der Stadt Frankfurt am Main eine Entlastung um 36 Millionen € bei zusätzlichen Belastungen von 30 Millionen €. So hatte man sich dort die Lösung der Frage, wie die Gemeinden in ihrer Finanzsituation unterstützt werden sollen, nicht vorgestellt. So lautet die Meinung von Doll und Roth und Rommel und wen auch immer ich aus dem Lager der CDU benennen mag: Die Gemeindefinanzreform steht immer noch vor der Tür. Sie muss noch vorgenommen werden. Das, was bisher war, ist ein momentaner Entlastungseffekt, der einige Millionen gebracht, aber die Strukturproblematik der kommunalen Finanzen nicht gelöst hat.

Deswegen sage ich: Nach dem, was wir gestern besprochen haben, ist diese Debatte hier nicht mit neuen Erkenntnissen verbunden. Ich bitte darum, nicht schon Tage vorher Ergebnisse im Sinne von Siegesverkündigungen für eine Aktuelle Debatte vorzusehen, von denen dann hinterher nichts übrig bleibt.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Schritt in die richtige Richtung ist gemacht worden. Das ist unzweifelhaft und auch hier sehr deutlich geworden. Ich möchte nur darauf hinweisen: Mir geht es viel weniger um das Thema Steuerentlastung als um das, was damit an strukturellen Verbesserungen verbunden ist. Alle Fachleute waren sich darüber einig, dass sich auch eine volle Steuerentlastung nur marginal auf die Konjunkturentwicklung ausgewirkt hätte:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

nicht 0,6 Prozentpunkte, wie Clement sagt, sondern höchstens 0,2 Prozentpunkte. Wir wissen bei dem Ergebnis, das jetzt erzielt wurde, noch nicht, wie die Netto- und Bruttoentlastung der einzelnen Haushalte aussehen wird. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler sagt: Das wird so wenig sein, dass es sich wahrscheinlich gar nicht zum Sparen lohnt, sondern dass es in den Konsum geht. Da hat er wahrscheinlich Recht.

(Abg. Wieser CDU: Mehr als eine Pizza kommt nicht dabei heraus!)

Das ist vielleicht auch Galgenhumor; ich weiß es nicht. Wichtig sind die Ansätze einer strukturellen Veränderung.

Ganz schlimm fände ich es, wenn man sich jetzt zufrieden zurücklehnen und sagen würde – ich habe das von der Regierungskoalition auch nicht gehört –: „Jetzt haben wir doch alles gemacht.“ Das ist keineswegs der Fall.

Ich hoffe auch, dass sich die Tarifparteien bei den Öffnungsklauseln, bei den Flächentarifverträgen bewegen. Es gibt den Protokollvermerk, dass sie das im nächsten Jahr tun müssen. Ansonsten, sagt der Gesetzgeber, wird er es selbst machen. Schauen wir einmal.

Es gibt das ganze Thema Steuervereinfachung und alles, was damit verbunden ist. Da kann man doch nicht sagen: „Jetzt haben wir das vor Weihnachten hingekriegt.“ Meine Sorge ist, dass das einschläft. Das darf aber nicht einschlafen,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr richtig!)

wenn wirkliche Weichenstellungen vorgenommen werden sollen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch etwas zu den Gemeindefinanzen sagen; das habe ich vorhin nicht getan. Natürlich ist es für die Gemeinden ein guter Schluck aus der Pulle, wenn sie jetzt im Durchschnitt 35 € pro Einwohner bekommen. Aber es ist nun einmal bei den Kommunen so: Es ist keine einheitliche Landschaft. Es gibt gewerbesteuerstarke und gewerbesteuerschwache Kommunen; das wird es auch immer geben. Und die Auswirkungen sind auch gering. Aber man muss auch sehen, dass nicht der Eindruck entstehen darf, jetzt sei gar keine Gemeindefinanzreform mehr notwendig. Sie ist und bleibt notwendig; sie ist nach wie vor dringend notwendig.

Ich freue mich als Abgeordneter, dass das Land plus/minus null herauskommt, nachdem die Dinge vorher ja gewisser-

maßen sehr viel negativer prognostiziert worden sind. Als einer, der aus der Kommunalpolitik kommt, kann ich Ihnen nur sagen: Das, was jetzt mit der Reduzierung der Gewerbesteuerumlage gemacht worden ist, ist nichts anderes als die Wiederherstellung des früheren Zustands; denn sie wurde unter völlig falschen Erwartungen angehoben,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kübler CDU: Jawohl!)

nämlich unter der Erwartung, dass die Unternehmensbesteuerung mehr Einnahmen bringt. Das ist nicht eingetreten. Also, das wird zurückgenommen. Darauf haben die Kommunen aber eigentlich einen Anspruch; das ist eigentlich das Mindeste, was sie verlangen können. Dass sie jetzt noch 2,5 Milliarden € gewissermaßen über die Privatisierungsmittel hinzubekommen, das muss man begrüßen.

Aber eine Gemeindesteuerreform wird notwendig sein. Wir sagen: mit einem Hebesatz bei Einkommen- und Körperschaftsteuer und einer Umsatzsteuerbeteiligung. Ich kenne eine ganze Reihe von Gemeinden, die sagen: Wenn das kommt, wären wir zufrieden. Ich kenne auch eine Reihe von Gemeinden, die sagen: Nein, uns ist die Gewerbesteuer lieber, denn wir sind gewerbesteuerstark. Da muss man die Gemengelage einfach sehen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal darum bitten, mit den Kräften nicht zu erlahmen. Wer jetzt meint, es sei geschafft, dem sei gesagt: Das nächste Jahr wird in Bezug auf Reformen in dieser Hinsicht noch sehr viel stürmischer werden.

Zum Schluss möchte ich noch einmal sagen: Herr Kretschmann, natürlich sind wir uns einig, was das Thema „große Koalition“ anbelangt. Wir sind möglicherweise auch nicht ganz so weit voneinander entfernt, was Aktuelle Debatten anbelangt. Denn natürlich gehört das Thema in den Haushalt immanent mit hinein. Es ist ein wichtiges Thema; es ist sogar eines der wichtigsten Themen für diese Haushaltsdebatte. Aber ob man da nun einen Tag später noch einmal eine Sonderdebatte führen muss, darüber kann man von mir aus streiten. Nun haben wir es gemacht, und vielleicht hat es auch etwas gebracht.

Ich möchte abschließend noch einmal sagen: Wenn man jetzt sieht, wer als Sieger und wer als Verlierer hervorgegangen ist, dann ist es schon ein starkes Stück, mit dem Betrag von 2,5 Milliarden € für die Kommunen zu argumentieren und zu sagen, die ganze kommunale Landschaft in Deutschland solle froh sein – sie wird es wohl zum Teil auch sein –, und zu meinen, bei tausend Milliönchen, um die man sich da verrechnet hat, könne man zur Tagesordnung übergehen. Da gibt es keinen Verantwortlichen. Da gibt es nichts. Das ist nun einmal so, und das wird einfach mit untergebuttert.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Genau!)

Das trägt nicht zur Glaubwürdigkeit solcher Runden bei. Das möchte ich an dieser Stelle gesagt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist auch wahr!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident! Wir haben hier im Landtag seit Herbst 2002 vier Aktuelle Debatten über die Kommunalfinanzen geführt. Eine dieser vier Aktuellen Debatten hat die FDP/DVP beantragt, drei die CDU. Die letzte vom 26. März 2003 hatte den Titel „Gemeindefinanzreform rasch zum Abschluss bringen – Wege zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen“. Damals haben Sie Ihr BDI-Modell verkündet, mit einem eigenen Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

(Abg. Fleischer CDU: Damit die abgesenkt wird!)

In dieser ganzen Debatte haben Sie nie darlegen können, wie Sie das Stadt-Umland-Problem lösen wollen, das das stärkste Argument gegen Ihr Modell war, das nicht nur von uns angeführt wurde, sondern zum Beispiel auch von der CSU.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Beteiligung an der Umsatzsteuer, die sozialversicherungspflichtig ist!)

– Ja. – Die Union hat dazu auch nie einen Gesetzentwurf vorgelegt. Sie haben nicht einmal in Ihren eigenen Reihen über Ihr eigenes Modell Klarheit geschaffen. Ihre eigene kommunale Basis war dagegen, aber auch ein Teil der Ministerpräsidenten hat dieses Modell nicht akzeptiert.

Wir, die Koalitionsfraktionen in Berlin, hatten nun ein anderes Modell, und die ganze kommunale Basis stand im Prinzip geschlossen hinter diesem Modell. Ich kritisiere die Blockadehaltung, die Sie an den Tag legen. Selber kriegt man für das eigene Modell noch nicht einmal in den eigenen Reihen eine Mehrheit. Anstatt dass man sich dann auf das andere Modell einlässt und dort vielleicht Korrekturen fordert, bleibt man stur und nimmt lieber in Kauf, dass gar keine Reform kommt, so, wie wir es jetzt haargenau haben, statt dass es eine Reform gibt, auf die die Kommunen bauen können und die ihnen Planungssicherheit gibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Genau das erzeugt den Politikverdruss: Man kann sich nicht mit dem eigenen Modell durchsetzen, noch nicht einmal in den eigenen Reihen, aber man kann natürlich blockieren. Das macht man; aber so geht es jedenfalls nicht weiter, wenn wir Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter voranbringen wollen. Das ist unsere Kritik.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das geht nur mit einer neuen Regierung!)

Herr Finanzminister, das Zweite war ja, dass Sie das Vorziehen der Steuerreform deswegen verhindert haben, weil Sie gesagt haben, sie wäre zu stark schuldenfinanziert. Aber an die großen Subventionsblöcke – Pendlerpauschale und Eigenheimzulage – wollten Sie nicht heran. Da gibt es jetzt aber immerhin einen Einstieg und einen Erfolg dieser Arbeit im Vermittlungsausschuss, bei der Eigenheimzulage sogar einen erheblichen, sodass sich da etwas bewegt hat.

Natürlich ist das insgesamt ein akzeptabler Kompromiss, und wir werden dem auch im Bundestag zustimmen. Aber auch da sind Sie doch auf die Argumente gar nicht eingegangen, etwa bei der Pendlerpauschale.

Die Zersiedelung der Landschaft, die durch die Eigenheimzulage und Pendlerpauschale gefördert wird, führt zu hohen Anschlusskosten

(Abg. Alfred Haas CDU: Quatsch!)

bei Wasser- und Energieversorgung und beim Anschluss an den öffentlichen Personenverkehr. Sie führt zu hohen Kosten durch das dadurch zu bauende und zu erhaltende Straßennetz und durch lange Entfernungen zu Schulen, Geschäften oder medizinischer Versorgung.

(Abg. Alfred Haas CDU: So kann nur ein Großstädter reden!)

Das schreibt der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der „Süddeutschen Zeitung“

(Abg. Alfred Haas CDU: Er hat trotzdem nicht Recht!)

zum Abbau dieser ökologisch schädlichen Subventionen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Keine Ahnung!)

Darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen, sondern Sie haben immer nur den kleinen Mann beschworen, der dadurch zur Kasse gebeten wird. Aber auch das ist ein Mythos. Das Wirtschaftsforschungsinstitut DIW hat nachgewiesen, dass die Entfernungspauschale den Besserverdienenden nutzt. Das liegt zum einen an der Progression bei der Einkommensteuer und zum anderen daran, dass es nun einmal die Siemens-Abteilungsleiter sind und nicht die Verkäuferinnen bei Aldi, die zwischen dem Arbeitsplatz in München und dem Starnberger See hin- und herpendeln. Gerade die Ersteren bekommen riesige Rückführungen über die Pendlerpauschale.

Auf diese Debatten haben Sie sich nicht eingelassen. Darum haben die Reformen nicht das Ausmaß, etwa das Vorziehen der Steuerreform, wie wir uns das gewünscht hätten, und zwar gegenfinanziert durch einen Abbau ökologisch schädlicher Subventionen. Dann hätte man einen stärkeren Impuls für den Aufschwung erreichen können.

(Glocke des Präsidenten)

Ich will das aber jetzt auch nicht alles zerreden. Es ist ein akzeptabler Kompromiss. Die Richtung bei den meisten Gebieten, ausgenommen beim Schienenverkehr, stimmt. Wir können dem deshalb zustimmen. Ich hoffe, dass es in Deutschland jetzt wenigstens etwas „ruckelt“.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

(Abg. Sakellariou SPD: Nein! – Abg. Nagel SPD: Das hat ihm der Kollege Stratthaus eingeflüstert!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja, weil er diesmal keinen Zwischenruf gemacht hat, gestatte ich sie.

(Heiterkeit)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Haas.

Abg. Alfred Haas CDU: Doch, ich habe Zwischenrufe gemacht, Herr Kretschmann.

Herr Kretschmann, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es die Grünen waren, die die Pendlerpauschale eingeführt haben, nachdem eine Erhöhung der Kilometerpauschale von den Grünen abgelehnt wurde?

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Völlig falsch! Quatsch!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Diese Frage war vergiftet. Sie wissen natürlich, dass wir da von der Sozialdemokratie geknechtet wurden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Blenke CDU: Das war eine ehrliche Aussage!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 2 ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/2619

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt und Verkehr – Drucksache 13/2718

Berichterstatte: **Abg. Dr. Caroli**

Für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hillebrand.

Abg. Hillebrand CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben den Gesetzentwurf zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften bereits am 27. November in Erster Beratung hier im Plenum vorberaten. In der vergangenen Woche haben wir uns im Ausschuss für Umwelt und Verkehr parteiübergreifend sehr intensiv mit den Details auseinandergesetzt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es liegt in der Natur der Sache, dass sich hierbei die Opposition – speziell die Grünen, Herr Palmer – mit den von ihr geforderten Verschärfungen nicht durchgesetzt hat,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das liegt nicht in der Natur der Sache! Das liegt in Ihnen begründet!)

etwa bei der Frage, Herr Palmer, der Ausweitung des Umbruchverbots von den Überschwemmungskernbereichen auf alle Überschwemmungsgebiete oder bei der Frage der Einführung eines generellen Verbots mit Erlaubnisvorbehalt statt eines einfachen Genehmigungsverfahrens in Überschwemmungsgebieten.

Im Ergebnis aber – das ist entscheidend – war man sich ja auch schon anlässlich der Ersten Beratung hier in diesem hohen Hause darüber einig, dass Umweltminister Ulrich Müller einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der nicht nur die EU-Wasserrahmenrichtlinie umfassend und rechtzeitig umsetzt, sondern darüber hinaus wegweisend im Hochwasserschutz ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Darüber war man sich nicht einig, naturgemäß!)

– Mehr oder weniger war man sich einig, Herr Kollege. Das ist immerhin auch schon etwas.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wir waren uns nur einig, dass es in die richtige Richtung ging! Das ist aber noch nicht „umfassend einig“! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Gut. Das können Sie ja nachher noch sagen, Frau Schmidt-Kühner. – Dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, fangen wir in Baden-Württemberg beim Grundwasserschutz, beim Schutz der Oberflächengewässer und im Bereich der Reinigung unserer Abwässer nicht bei null an, im Gegenteil. Wir haben Startvorteile gegenüber allen anderen Bundesländern. Wir sind schon Spitze, etwa bei der Abwasserreinigung oder bei der Wasserqualität unserer Oberflächengewässer.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Genau!)

Aus diesem Grund werden wir dieses Gesetz auch mit einem überschaubaren Kostenaufwand umsetzen können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Es wäre schön, wenn es so wäre!)

Noch eines, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Selten erhält man im Rahmen einer Verbandsanhörung von der kommunalen Seite bis hin zu den Naturschutzverbänden einen so hohen Zustimmungsgrad seitens der Verbandsvertreter, wie es bei diesem Gesetzentwurf der Fall war.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Johanna Lichy CDU – Abg. Sakellariou SPD: Begeisterte Zustimmung!)

Deshalb, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wäre es schön, wenn wir dieses wichtige Gesetz parteiübergreifend und einvernehmlich verabschieden könnten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann müssen Sie auch etwas dafür tun!)

Hierum bitte ich Sie – auch Sie, Herr Palmer. Stellen Sie doch bitte, sofern noch geringfügige Bedenken vorhanden sein sollten, Herr Palmer, diese Bedenken zurück. Das sind

(Hillebrand)

ja nur Bedenken, die Details betreffen. Aus diesem Grund darf ich Sie herzlich darum bitten, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Dr. Schüle
CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hillebrand, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Boris Palmer? – Bitte schön, Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Hillebrand, könnten Sie, um mir die Zustimmung zu erleichtern, erläutern, wozu es gut sein soll, dass in definierten Überschwemmungsgebieten, in denen Hochwasserkatastrophen zu erwarten sind, bestehende Wiesen umgepflügt werden können, obwohl dann die Bodenkurve dort vom Hochwasser erfasst und weggeschwemmt wird? Wenn Sie mir erläutern könnten, wozu das gut ist, kann auch ich zustimmen.

Abg. Hillebrand CDU: Herr Palmer, Sie verkennen die Situation. Es geht in diesem Fall nach Ihrer Vorstellung darum, dass Sie sämtliche Überschwemmungsbereiche umpflügen können wollen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Eben nicht!)

– Nicht umpflügen, andersherum ist es richtig. Wir wollen die strengen Verbote auf den Kernbereich konzentriert haben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Sie hingegen wollen die ganzen Flächen mit einbezogen haben. Das hemmt die Entwicklung nachdrücklich.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Welche Entwicklung?)

Aus diesem Grund beschränken wir uns auf Überschwemmungskernbereiche. – Jede Entwicklung, Herr Palmer, hemmt das.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jede Entwicklung?)

Es liegt bei Ihnen aber in der Natur der Sache, dass Sie Entwicklungen hemmen wollen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schmidt-Kühner.

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wesentlich dafür, dass wir uns heute mit der Änderung des Wassergesetzes befassen, ist die notwendig gewordene Anpassung an die EU-Wasserrahmenrichtlinie und das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes. Die Wasserrahmenrichtlinie muss bekanntlich bis zum 22. Dezember 2003 umgesetzt werden. Deswegen ist es gut, dass wir heute noch über dieses Gesetz entscheiden werden.

Wichtig ist in diesem Gesetz – das habe ich schon bei der ersten Lesung gesagt – das Umdenken, dass man jetzt die Flüsse als Gesamtes, als Flussgebiete betrachtet und dass das umfassender gesehen wird, als es in der Vergangenheit der Fall war. Diese Betrachtung ist ein Wert sowohl im europäischen Raum als auch im Wasserhaushaltsgesetz, und wir werden sie künftig durchgängig auf allen Ebenen haben. Das ist auf jeden Fall gut so. Wir sind uns ja auch darüber einig, dass das gut und richtig ist und dass wir die Flussgebiete künftig einheitlich betrachten müssen.

Wir waren uns auch darin einig, dass Wasser ein Lebensmittel ist und ein grundlegender Schutz des Wassers notwendig ist. Es ist selbstverständlich, dass wir hier nicht bei null anfangen, Herr Kollege Hillebrand. Ich finde, das müssen wir hier nicht herausstellen. Es wäre ja schrecklich, wenn es anders gewesen wäre. Das hätte nämlich bedeutet, dass wir über Jahre und Jahrzehnte hinweg im Bereich des Wasserschutzes geschlafen hätten. Das war glücklicherweise nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Nur deswegen kann das Wasser in Baden-Württemberg so ausschauen, wie es wirklich aussieht. Das erkennen wir alle ausdrücklich an, und zwar alle Beteiligten.

Wir hätten uns aber bei der Umsetzung sowohl der Wasserrahmenrichtlinie als auch des Wasserhaushaltsgesetzes in Landesrecht nichtsdestotrotz gewünscht, dass das eine oder andere noch deutlicher formuliert worden wäre, beispielsweise dass die Zielsetzung, dass das Gesamtsystem betrachtet wird, durch das Einbeziehen der Feuchtgebiete und von Ähnlichem mehr schon in § 3 des Wassergesetzes deutlich wird. Wir hatten dazu im Ausschuss einen entsprechenden Antrag gestellt, damit das in § 3 des Gesetzes deutlicher wird.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Wir haben darauf verzichtet, den Antrag noch einmal einzubringen, weil das nur bedeutet hätte, dass wir hier das gleiche Abstimmungsergebnis noch einmal reproduzierten. Ich gebe gerne zu, dass das so der Fall gewesen wäre. Trotzdem wäre es gut gewesen, wenn es anders gewesen wäre. Es wäre auch gut gewesen, wenn die Beteiligungsrechte der Naturschutzverbände, die von den Naturschutzverbänden ausdrücklich eingefordert worden sind, in dem Gesetz besser verankert worden wären. Auch dazu hatten wir einen Antrag eingebracht, der von den Regierungsfractionen abgelehnt worden ist.

Nichtsdestotrotz geht das Gesetz in die richtige Richtung. Ich habe es in einem Zwischenruf auch schon gesagt. Deswegen werden wir dem Gesetz zustimmen.

Ich möchte aber noch etwas zum Hochwasserschutz sagen. Auch zum Hochwasserschutz unterstützen wir die Anträge der grünen Fraktion, weil die Anliegen, die die Grünen dazu eingebracht haben, richtig sind. Es kann nicht sein, dass wir in Überschwemmungsgebieten vorhandenes Grünland umpflügen dürfen. Das darf nicht passieren,

(Beifall bei der SPD)

(Regina Schmidt-Kühner)

weil wir wissen, dass Hochwasserschutz ordentlich durchgeführt werden und Grünland bestehen bleiben muss. Nichts anderes beinhalten die Anträge der Grünen. Darin steht, dass Grünland nicht umgepflügt werden soll. Ich denke, Sie sollten einfach, auch um der Wahrheit nahe zu kommen, die Anträge von den Oppositionsfraktionen manchmal genauer lesen, um das Anliegen besser zu verstehen.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Wir können uns an dieser Stelle doch einigen. Anträge sind nicht einfach deshalb schlecht, nur weil sie von der Opposition kommen. Manchmal hat man den Eindruck, dass eine Ablehnung in diesem Haus nur deswegen erfolgt.

(Abg. Fischer SPD: Schade, dass Herr Hauk gerade nicht da ist!)

Nichtsdestotrotz: Wir gehen mit diesem Gesetz anders um. Wir sagen: Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deswegen werden wir dem Gesetz auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um ein europaweit abgestimmtes systematisches Vorgehen zur Sicherung der Wasserqualität und zum Hochwasserschutz. Ohne Wasser kann kein Lebewesen auskommen. Nicht umsonst hat die UNO 2003 zum Jahr des Wassers erklärt und hat auch „Brot für die Welt“ seine gegenwärtig laufende Sammelaktion unter das Motto „Wasser“ gestellt.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Stellen Sie sich vor: Das ist sogar in Johannesburg behandelt worden! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Ich habe mich auf aktuelle Dinge bezogen.

Die EU-Richtlinie 2000/60 wird auch unsere europäischen Nachbarn binden. Das hat positive Auswirkungen auch auf Baden-Württemberg, wenn wir zum Beispiel die Kalisalzproblematik im Elsass und am Oberrhein betrachten, über die wir im Ausschuss kürzlich gesprochen haben. Diesbezüglich werden künftig auch für unsere Nachbarn engere Vorschriften gelten.

Erfreulicherweise hat die Landesregierung im Vorgriff auch Regelungen im Hinblick auf die vom Bund zu erwartende Novellierung zum Hochwasserschutz mit eingebaut. Herr Palmer, ich weiß: Die Grünen wollen da mehr.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Bund auch!)

Aber wir haben jetzt einmal das hineingeschrieben, was wir auch bundesweit für sinnvoll halten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie waren da nicht dabei! – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Woher wollen Sie das wissen?)

– Deshalb habe ich auch nicht „ich“, sondern „wir“ gesagt, Herr Caroli.

Positiv ist auch die Vorgehensweise, dass künftig Flussgebietseinheiten ganzheitlich betrachtet und bearbeitet werden, weil die verschiedensten Dinge zusammenwirken müssen, wenn man vernünftig vorgehen will.

Leider ist es heute notwendig, bei hochwassergefährdeten Flächen im Kernbereich direkte Verbote auszusprechen, weil unsere Gesellschaft die Naturverbundenheit und das Wissen unserer Altvorderen mehr und mehr verdrängt. In diesem Bereich würde ich mir eine Trendwende dringend wünschen. Dass Wasser nicht den Berg hinaufläuft, wissen wir. Das ist klar.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Noch fließt Wasser!)

Aber wahrzunehmen, dass wir Hochwasser eben nur sehr bedingt beeinflussen können, ist eine Notwendigkeit, die wieder weit mehr anerkannt werden muss. Um dieses Bewusstsein zu schärfen, ist es gut, dass bei der Aufstellung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme eine breite Beteiligung sowohl der Betroffenen als auch der Öffentlichkeit vorgesehen ist.

Nun zu den Anträgen der Grünen. Sie gehen wieder einmal von Ihrem altbekannten Standpunkt aus: „Wenn wir nur so viel wie möglich verbieten, ist die Welt in Ordnung.“ Aus unserer Sicht ist genau das Gegenteil der Fall. Wir müssen Bewusstsein schaffen und schärfen und ein verantwortliches Umgehen mit der Einzelsituation erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Genau dazu sind aber Entscheidungsspielräume und Freiräume notwendig, insbesondere auch was bereits bestehende Einrichtungen im Kernbereich betrifft. Es kann auch nicht sein, dass man Betrieben, die seit vielen Jahren bestehen – insbesondere Mühlenbetriebe sind da betroffen –, plötzlich gebietet, von jeglicher weiterer Entwicklung abzuweichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das hat sie schon im Ausschuss nicht verstanden!)

Da muss man mit Maß und Ziel gemeinsam vernünftige Regelungen finden.

Im Sinn der unter Punkt 1 der heutigen Tagesordnung geführten Debatte haben die Koalitionsfraktionen übrigens im Ausschuss noch eine Veränderung des Gesetzestextes eingefügt, die ausdrücklich das Erfordernis der Zustimmung des Landtags zu den Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen und zu deren Aktualisierung vorsieht.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Den vom Gemeindetag vorgebrachten Anliegen stehen wir positiv gegenüber. Allerdings müssen wir konkret noch die Umsetzung der Verwaltungsreform abwarten, bevor wir diese Punkte endgültig klären können. Es sind ja auch insgesamt lange Fristen zur Umsetzung des Gesetzes vorgese-

(Heiderose Berroth)

hen, sodass ein Vorgehen mit Maß und Ziel ermöglicht wird.

Ich erwarte vom Ministerium noch eine Aufstellung darüber – das werde ich künftig bei allen Gesetzesnovellierungen anmahnen –: Was fällt denn für dieses umfangreiche Gesetzeswerk – die Drucksache hat 69 Seiten – weg? Mir wurde gesagt, dass dadurch eine starke Vereinheitlichung und Systematisierung erreicht wird. Unter diesem Vorzeichen kann ich gerne zustimmen. Ich möchte aber wirklich im Konkreten wissen, was denn tatsächlich wegfällt.

Ich erwarte auch, dass für die Umsetzung kein zusätzliches staatliches Personal notwendig wird.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn speziell hierfür mehr Personal gebraucht wird, soll im Gegenzug Personal an anderer Stelle durch Umstrukturierung oder Wegfall von anderen Aufgaben abgebaut werden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich bitte auch darum, bei der Umsetzung streng darauf zu achten, dass sich zusätzliche Kosten für den Staat und für Private auf der niedrigstmöglichen Ebene bewegen.

Insgesamt werden wir dem Gesetzentwurf, so wie er jetzt vorliegt, zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen eine Debatte über das Selbstverständnis dieses hohen Hauses geführt. Wenn ich jetzt in die leeren Reihen des Plenarsaals blicke, stelle ich fest: In dem Moment, in dem unsere Kompetenzen wirklich betroffen sind – wir beschließen in wenigen Minuten ein Gesetz –, ist niemand da.

(Abg. Hillebrand CDU: Wir sind aber da!)

Ich nehme an, dass die Abgeordneten der Regierungsfractionen noch rechtzeitig nach der Rede des Ministers eintreffen werden. Aber diese Art des Selbstverständnisses

(Abg. Drautz FDP/DVP: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Grünen nicht so stark vertreten sind wie wir! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Das ist aber auch das erste Mal!)

– die FDP/DVP-Fraktion ist im Moment gut präsent; das gestehe ich zu – ist ausgesprochen ärgerlich. Ich füge gleich hinzu, meine Damen und Herren: Die Art und Weise, wie Sachfragen im Zusammenhang mit diesem Gesetz debattiert werden, ist ebenfalls ausgesprochen ärgerlich.

Ich gehe unmittelbar auf das ein, was der Kollege Hillebrand gesagt hat. Wir hatten auch im Ausschuss eine Diskussion darüber geführt, ob der Grünlandumbruch, das

heißt das Umpflügen von Wiesen zur ackerbaulichen Nutzung, in Überschwemmungsgebieten verboten oder grundsätzlich gestattet sein soll. Gegen ein Verbot wurde im Ausschuss angeführt, dass man den Bauern unmöglich verbieten könne, Ackerbau in Überschwemmungsgebieten zu betreiben. Das heißt: Von den Regierungsfractionen ist zu diesem Zeitpunkt nicht erkannt worden, dass unser Antrag nicht die vorhandenen Ackerbauflächen betrifft, sondern nur das Umwandeln vorhandener Wiesen in Ackerbauflächen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: So ist es! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Genau so ist es! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nachdem dieses Missverständnis geklärt war, ist von den Regierungsfractionen zu keinem Zeitpunkt ein Argument geliefert worden, warum es ermöglicht werden soll, in definierten Überschwemmungsgebieten, gesetzlich ausgewiesenen Überschwemmungsgebieten, die Erdkrume weiter umzupflügen und der Überschwemmung zugänglich zu machen, sodass die Erde weggeschwemmt wird.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Genau so ist es!)

Wenn Sie kein einziges Argument nachliefern, wenn Ihr einziges Argument, Herr Hillebrand, lautet, hier würde eine Entwicklung behindert, Sie aber diese Entwicklung nicht benennen können – und die einzige Entwicklung könnte doch wohl nur sein, dass viel Erde weggeschwemmt wird –, dann ist das eine Art des Umgangs mit Sachfragen im Zusammenhang mit einem Gesetz, das wir in Kürze verabschieden, die ich grandios ärgerlich finde und die hier wirklich thematisiert werden muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Sie haben schon eine besondere Art von Hybris! Das muss man schon feststellen! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Hillebrand CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Kollege Hauk, können Sie das erläutern?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Palmer, Sie wollten andeuten, dass Sie die Zwischenfrage des Herrn Abg. Hillebrand zulassen wollen.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wollte ich andeuten, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Hillebrand.

Abg. Hillebrand CDU: Herr Kollege Palmer, wo sehen Sie denn die Grenzen des Eigentums bzw. der Sozialpflichtigkeit des Eigentums bei der Frage des Umbruchverbots? Oder andersherum gefragt: Sind Sie der Auffassung, dass der Landwirt, der Wiesen bewirtschaftet, sie im weiten Überschwemmungsbereich auf alle Zeit so bewirtschaften muss? Oder sollte es ihm nicht auch einmal möglich sein, hier Ackerflächen anzulegen?

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Hillebrand, diese Frage fällt auf Sie zurück. Denn das Gesetz, das Sie nachher beschließen werden, enthält eine Regelung, nach der der Grünlandumbruch im Kernbereich von Gebieten, die bei einem zehnjährlichen Hochwasser überschwemmt werden, verboten ist. Das fällt vollständig auf Sie zurück.

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch nicht die Frage! Es geht um das hundertjährige!)

Die Differenz besteht doch nur darin, Herr Kollege Hauk, dass wir auch für Überschwemmungsgebiete, die das hundertjährige Hochwasser betreffen, zumindest eine Erlaubnis des Wasserwirtschaftsamts voraussetzen, mehr nicht.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Genau! Nur!)

Wir haben kein generelles Verbot vorgesehen, sondern lediglich eine Prüfung durch die Wasserwirtschaftsämter.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bürokratie ohne Ende! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Wenn Ihnen das schon zu viel ist, dann haben Sie einfach nicht verstanden, welche dramatische Entwicklung wir in den letzten Jahrzehnten bei den Hochwassern zu verzeichnen haben.

(Beifall bei den Grünen)

Zwischen zwei hundertjährigen Hochwassern liegen doch nur noch zehn Jahre, meine Damen und Herren.

Kommen wir noch zu drei weiteren Anträgen, die wir gestellt haben. Im Ausschuss haben wir über vorbeugenden Hochwasserschutz gesprochen. Unseren Antrag dazu bringen wir nicht wieder ein, weil die betreffenden Regelungen teilweise in anderen Gesetzen aufgenommen sind. Wir hätten es aber für sinnvoll gehalten, sie an dieser Stelle aufzuführen. Auch gehe ich nicht mehr auf das Thema „Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten“ ein.

Aber wir haben neben dem gerade debattierten Antrag zum Grünlandumbruch mit der Drucksache 13/2733-2 einen weiteren Antrag in das Verfahren eingebracht. Dieser Antrag beschäftigt sich mit der Frage, ob es zulässig sein soll, neue Baugebiete in Überschwemmungsgebieten auszuweisen.

(Abg. Fischer SPD: Genau!)

Meine Damen und Herren, wenn die von Ihnen vorgesehene Regelung darauf abzielt, neue Baugebiete, eine neue Bauleitplanung in Überschwemmungsgebieten zuzulassen, dann ist das schlicht und ergreifend hochgradig verantwortungslos.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fischer SPD: So ist es! – Abg. Hillebrand CDU: Falsch!)

Meine Damen und Herren, das wäre ein Gesetz mit einer kurzen Halbwertszeit, denn der Bund hat in seinem Hochwasserschutzgesetz, das bereits in der Anhörung ist, ein entsprechendes Verbot festgeschrieben. Sie werden dann eben in einem Jahr eine erneute Befassung mit dem Gesetz

durchführen müssen, weil Ihre Unvernunft von oben herab – leider ist es nur so möglich – korrigiert wird.

(Abg. Pauli CDU: Die kommunale Selbstverwaltung steht auf dem Spiel!)

Ich fasse zusammen: Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist unstrittig. Darüber gibt es keinen Dissens. Selbstverständlich würden wir diesem Teil des Gesetzes gerne zustimmen. Streit gibt es über den Hochwasserschutz. Sie haben die Zeichen der Zeit, die Zeichen zunehmender Bedrohung durch Hochwasserkatastrophen – ich erinnere an die Katastrophe letztes Jahr vor der Bundestagswahl – immer noch nicht erkannt. Insbesondere weil das Verhalten, das Sie hier an den Tag legen, ohne Argumente Verbesserungsvorschläge einfach abzuweisen, inakzeptabel ist, können wir dem Gesetz ohne eine inhaltliche Veränderung im dargestellten Sinne nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die politischen Leitlinien zu diesem Gesetz sind bei der Ersten Beratung schon geschildert worden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Zum Vermeiden von Wiederholungen will ich diese Leitlinien nicht noch einmal ansprechen. Vielmehr will ich mich auf das beziehen, was in der parlamentarischen Beratung, vor allem im Ausschuss für Umwelt und Verkehr, gesagt worden ist. Zum Zweiten will ich einen kurzen Ausblick in die Zukunft geben.

Zunächst einmal sind wir uns darin einig, dass wir die Wasserrahmenrichtlinie im Verhältnis 1 : 1 von europäischer Ebene in Landesrecht umsetzen. Bei dieser Gelegenheit will ich ergänzen: Was die Wasserrahmenrichtlinie auf europäischer Ebene darstellt, ist auf deutscher Seite durch unser Haus koordiniert worden. Wir haben also frühzeitig und auf der richtigen Ebene Einfluss genommen.

Zweitens: Was den Hochwasserschutz anbelangt, sind wir uns grundsätzlich einig. Es gibt eine gewisse Differenzierung zwischen dem, was die Grünen gerade vorgetragen haben, und unserer Haltung. Aber wir sind uns grundsätzlich einig, dass es in bestimmtem Umfang in Zukunft Bauverbote geben soll, dass es in bestimmtem Umfang auch ein Umbruchverbot geben soll und dass es in bestimmtem Umfang in Bezug auf wassergefährdende Stoffe zu strengeren Regelungen als bisher kommen soll. Der Unterschied besteht nur darin, dass wir in all diesen Fragen nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen, sondern differenzierte Lösungen gewählt haben.

Ich will Ihnen das am Beispiel des Kollisionsbereichs zwischen Landwirtschaft und Hochwasserschutz zeigen. Wenn wir nicht auf der ganzen Fläche eines hochwassergefährdeten Gebiets zu einem Umbruchverbot kommen wollen, dann ist das erstens aus quantitativen Gründen so gewählt.

(Minister Müller)

Beim zehnjährlichen Hochwasser ist die Wahrscheinlichkeit, dass etwas passiert, so hoch, dass wir hier wirklich zu einem Verbot kommen müssen. Bei einem hundertjährigen ist das Risiko schon sehr viel geringer. Also können hier andere Interessen eher überwiegen.

Aber es gibt auch einen praktischen Grund. Bei einem hundertjährigen Hochwasser, das weiter vom Fluss entfernt ist, ist die Fließgeschwindigkeit des Hochwassers sehr viel geringer. Also ist die Gefahr einer Erosion des Bodens geringer. Deshalb glauben wir – in der Abwägung der beiden Interessen –, dass wir nicht solch scharfe Regelungen brauchen, wie sie beispielsweise der Bund – zumindest das Bundesumweltministerium; das ist noch nicht mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium abgestimmt – vornehmen will.

Ähnlich ist es bei den Bauverboten. Wir haben in Zukunft ein sehr viel schärferes Bauverbot – auch was die Ausweisung von Baugebieten, also die Bauleitplanung, anbelangt –, als es in der Vergangenheit der Fall war. Aber ich kann nicht ausschließen, dass ich von einer Regel, die ich aufstelle, im Einzelfall auch einmal eine Ausnahme mache, in diesem Fall im Interesse der Gemeindeentwicklung.

Deswegen ist es interessant, dass unser Gesetz bei den Verbänden in der Tat ein hohes Maß an Zustimmung gefunden hat. Wir sind auf manchen Einwand der Verbände eingegangen und sind konsensorientiert vorgegangen – und zwar nicht auf der Basis des Nichtstuns; wir werden klare Akzentverschiebungen im Hochwasserschutz bekommen –, weil wir, wie gesagt, nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen wollen.

Was die Wasserrahmenrichtlinie anbelangt, meine Damen und Herren: Wir müssen uns ja sozusagen die unterschiedlichen Beurteilungsmaßstäbe ansehen – chemisch, physikalisch, morphologisch, ökologisch, biologisch –, und wir müssen uns die unterschiedlichen Nutzungen anschauen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Biologie, der Energiegewinnung – also Kleine Wasserkraft –, der Schifffahrt oder der Freizeitnutzung. Es ist schwierig, unter all dem ein Gleichgewicht herzustellen, und wir haben gerade im Interesse der Kleinen Wasserkraft, für die es ja auch hier in diesem Haus ganz prononcierte Fürsprecher gibt, einige klarstellende Formulierungen gewählt, die im Prinzip darauf hinauslaufen, dass man sagen kann: Durch dieses Gesetz und die Wasserrahmenrichtlinie wird sich der Spielraum für die Kleine Wasserkraft grundsätzlich nicht verändern.

Eine Veränderung hat es im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens gegeben, was die Zustimmungspflichtigkeit bezüglich der Bewirtschaftungspläne und der Maßnahmenprogramme anbelangt. Immerhin wird hier der Landtag insgesamt einer Aufgabe zustimmen müssen, die eigentlich fast eine Aufgabe der Exekutive ist. Aber wir wollten uns dem nicht entziehen und haben damit sichergestellt, dass das Parlament insgesamt an diesen Umsetzungsmaßnahmen beteiligt wird.

Zur Frage der Kollegin Berroth bezüglich der wegfallenden Normen: Das ist eine berechtigte Fragestellung. Wie in der Wasserrahmenrichtlinie selbst schon richtig vorausgesehen wurde, wird es in der Tat in einem ganz bestimmten Rhythmus einen Abbau von Normen geben. Das ist in Artikel 22

der Wasserrahmenrichtlinie auf europäischer Ebene schon angelegt. Auch bei uns wird es einen Wegfall geben, und zwar von vier Normen, nämlich der Oberflächenwasserqualitätsverordnung – man glaubt gar nicht, was es alles gibt –, der Fischgewässerverordnung, der Grundwasserverordnung und der Grundwasserqualitätsverordnung. Das alles wird im Laufe der Zeit neben einigen Verwaltungsvorschriften in der Tat mit diesem Gesetz wegfallen, sodass wir eine transparentere und übersichtlichere Normgebung bekommen, was ja kein Fehler ist.

Letzte Frage: Was bleibt zu tun? Zunächst einmal geht es um die Bestandsaufnahme. Die Wasserrahmenrichtlinie beinhaltet ja einen Rhythmus, nach dem wir zunächst einmal feststellen müssen: Wie ist die Lage? Zweitens müssen wir definieren: Was wollen wir tun? Drittens gibt es einen Zeitraum, innerhalb dessen das, was man sich vorgenommen hat, umzusetzen ist.

Die Gewässerbeurteilung wollen wir bereits Ende 2004/Anfang 2005 abschließen, und zwar auf der Basis einer so genannten Gewässerbeurteilungsverordnung. Das klingt jetzt auch wieder schrecklich bürokratisch – ist es vielleicht auch irgendwo ein Stück –, aber dahinter steckt immer wieder dasselbe Problem, nämlich das Ziel, Normen zu bekommen, die im Interesse einer Wettbewerbsneutralität möglichst einheitlich angewandt werden. Deswegen gibt es für diese Gewässerbeurteilungsverordnung einen Vorschlag der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser, an dem wir uns orientieren werden. Mir wäre übrigens eine europaweite Abstimmung auf diesem Gebiet noch lieber gewesen als eine bundeseinheitliche.

Bis 2009 werden wir die Maßnahmenpläne erarbeitet haben, und ab 2009 werden wir sie auf den unterschiedlichen Gebieten Unterhalt und Ausbau der Gewässer, Abwasserbeseitigung, naturnahe Gewässerentwicklung und – da wird es am ehesten Handlungsbedarf geben – Grundwasserschutz im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bodennutzung umzusetzen haben.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: So ist es!)

Summa summarum kann man aber noch einmal unterstreichen: Eingedenk der guten Situation, in der sich unsere Gewässer befinden, eingedenk dessen, was wir schon getan haben, und eingedenk dessen, was wir uns ohnehin bis 2009 vorgenommen haben, werden aus dieser Norm keine wesentlichen zusätzlichen Anforderungen an uns gestellt werden.

Andere werden nachziehen müssen, und das ist auch im Interesse der baden-württembergischen und der deutschen Wirtschaft nicht der größte Fehler.

Nur in einem Punkt sehe ich wirklich zusätzlichen Handlungsbedarf – der hat aber jetzt mit der Wasserrahmenrichtlinie nichts zu tun –: Das ist der Hochwasserschutz. Wir haben im Hochwasserschutz Aufgaben zu erfüllen: zum einen mit mehr Geld, zum Zweiten mit lokalen Konzepten – das ist alles in Bearbeitung: Hochwassergefahrenkarten und entsprechende Hochwasserpartnerschaften – und zum Dritten, was die Planung von Retentionsräumen anbelangt. Das ist ja eine sehr unpopuläre Geschichte.

(Minister Müller)

Ich will einfach noch einmal unterstreichen, was auf dem Spiel steht – gerade weil diese Maßnahmen vor Ort oft unpopulär sind. Sie sind genau in jenen Regionen unpopulär, in denen der Nutzen des Hochwasserschutzes nicht erkennbar wird, sondern nur die Lasten zu tragen sind. Aber man muss wissen, was auf dem Spiel steht.

Eine ganz einfache Betrachtung: Hätten wir eine ähnliche Niederschlagssituation im Einzugsgebiet von Baden-Württemberg – beispielsweise in den Alpen – gehabt wie seinerzeit beim Elbehochwasser, wo es ja ebenfalls in anderen Regionen geregnet hat als dort, wo sich das Hochwasser dann eingestellt hat – es hat in Tschechien geregnet, und in Deutschland gab es Hochwasser –, dann hätten wir am Rhein Schäden im Umfang von 6 Milliarden €, am Neckar zwischen 3 und 6 Milliarden € und an der Donau von 0,2 Milliarden € gehabt. Das, meine Damen und Herren, steht auf dem Spiel.

Deswegen hat sich der Landtag so klar zu den Hochwasserkonzepten, vor allem auch zum Integrierten Rheinprogramm bekannt – was auch dringend notwendig ist; das brauchen wir als politische Rückendeckung –, und deswegen müssen wir bei der weiteren Ausweitung von Retentionsräumen entschlossen und mutig handeln.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen, meine Damen und Herren: Ich meine, dass die Qualität der Anträge der Grünen – ich weiß nicht, inwieweit sich die SPD dem anschließen will – inhaltlich nicht so weit von unserer Philosophie und unserer Strategie abweicht,

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Dann kann man doch auch zustimmen!)

dass es nicht möglich sein sollte – das zum Schluss –, dass wir vielleicht, was mich freuen würde, tatsächlich zu einer einstimmigen Verabschiedung – notfalls geht es auch ohne Einstimmigkeit – kommen könnten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn Sie Argumente liefern!)

Das würde mich freuen. Ich glaube, dass wir mit diesem Gesetz sowohl der Gewässergüte als auch dem Hochwasserschutz eine weitere Bresche geschlagen haben und in ökologischer Hinsicht sowie für den Hochwasserschutz einen Fortschritt erreichen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Drucksache 13/2718. Der Ausschuss empfiehlt zwei Änderungen. Ich werde sie bei der entsprechenden Nummer mit aufrufen, ebenso die beiden Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Wassergesetzes für Baden-Württemberg

Wer den Nummern 1 bis 3 des Artikels 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Nummern 1 bis 3 sind einstimmig angenommen.

Ich rufe Nummer 4 des Artikels 1 auf und mache darauf aufmerksam, dass hierzu in der Beschlussempfehlung zwei Änderungen bei § 3 c vorgesehen sind.

Wer Nummer 4, also den §§ 3 b bis 3 g, in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Nummern 5 bis 18 auf. – Sie sind damit einverstanden. Wer den Nummern 5 bis 18 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Nummer 19 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2733-1, auf.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Nummer 19 in der vorliegenden Fassung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 19 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 20 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Nummer 21 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2733-2, auf.

Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über die Nummer 21 in der vorliegenden Fassung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nummer 21 wurde bei zahlreichen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nunmehr die Nummern 22 bis 41 auf. – Sie sind damit einverstanden. Wer den Nummern 22 bis 41 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die

Artikel 2 bis 5

auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Artikeln 2 bis 5 ist einstimmig zugestimmt worden.

(Stellv. Präsident Birzele)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 18. Dezember 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wer dem Gesetz im Ganzen in der

Schlus s a b s t i m m u n g

zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz wurde mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE – Kahlschlag im Schienenverkehr in Baden-Württemberg verhindern – Drucksache 13/2694

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

Dazu rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2754, und den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2755, auf.

Das Präsidium hat für die Begründung des Antrags Drucksache 13/2694 fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion als Redezeit festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

(Abg. Alfred Haas CDU: Zu einem bundespolitischen Thema!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier kam gerade der Einwand, es handle sich um ein bundespolitisches Thema.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Wie Sie wissen, rühmt sich das Land Baden-Württemberg sehr, dass es im Schienenverkehr seit 1996 große Fortschritte erzielt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schebesta CDU: Völlig zu Recht! – Abg. Fleischer CDU: Sehen Sie? So ist es!)

Also ist es ein landespolitisches Thema, wenn uns der Bund die Regionalisierungsmittel, mit denen diese Erfolge bewirkt werden, streichen sollte.

(Abg. Fleischer CDU: Richtig!)

Sind Sie damit einverstanden? – Sehr schön.

(Abg. Fleischer CDU: Aber das gilt für die anderen Themen genauso! Das ist der Bezug!)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis des Vermittlungsausschusses im Bereich des Verkehrs ist außerordentlich

unbefriedigend. Weil Herr Finanzminister Stratthaus gestern behauptet hat, die Bundesregierung habe dort massive Kürzungen vorgeschlagen und dem Land sei es gelungen, diese Kürzungen von 12 auf 2 % im Bereich des Schienenverkehrs zu reduzieren, möchte ich doch feststellen, dass es keinen Beschluss des Bundestags gibt, der im Vermittlungsausschuss verhandelt werden konnte, der solche Kürzungen vorsieht, sondern dass im Gegenteil die Vorschläge zu diesen Kürzungen, zum Subventionsabbau im Bereich des Schienenverkehrs von zwei Ministerpräsidenten – der eine rot, der andere schwarz – stammen und dass diese beiden Herren die Verantwortung für diese Diskussion tragen. Es ist also ganz im Gegenteil so, dass die rot-grüne Bundesregierung dieses Ansinnen nie eingebracht hat.

Man könnte natürlich auch argumentieren: Wenn die Kürzung nur 2 % statt 12 % beträgt, dann ist das Thema erledigt, und wir brauchen uns jetzt darüber nicht zu unterhalten. Wenn es so wäre, hätten wir heute auf die Beratung des Antrags verzichtet. Tatsache ist aber, meine Damen und Herren, dass das nicht die ganze Wahrheit ist. Die einmalige Kürzung um 2 % bezieht sich auf das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, auf die Regionalisierungsmittel und auf das Bundeseisenbahnvermögen. Allein dieser Eingriff macht bereits 250 Millionen € aus. Das ist ein erheblicher Betrag.

Darüber hinaus sind aber auch die Investitionen des Bundes in den Schienenverkehr, auch in den Schienennahverkehr, in erheblichem Umfang gefährdet. Es geht über drei Jahre hinweg um einen Betrag von 300 Millionen €, der bisher in der Öffentlichkeit kaum debattiert wurde. In diesem Bereich des Schienenverkehrs soll nämlich, wenn keine Änderungen vorgenommen werden – und ich möchte heute mit Ihnen darüber diskutieren, ob wir uns zu solchen Änderungen durchringen können –, das Koch-Steinbrück-Konzept zur Anwendung kommen. Das heißt, bei acht Positionen sollen über drei Jahre hinweg 4 % der Zuschüsse des Bundes gekürzt werden.

In der Summe würde das bedeuten, dass im Jahr 2006 550 Millionen € – das sind in alter Währung 1 Milliarde DM – weniger an Investitions- und Betriebskostenmitteln für die Schiene zur Verfügung stehen würden – alles dank einer großen Koalition von Schwarz und Rot namens Koch und Steinbrück.

Der Hintergrund – das ist heute Morgen gesagt worden; deshalb fasse ich mich kurz – ist einfach ein verfehelter Subventionsbegriff, der davon ausgeht, dass Investitionen in die Straße der Erfüllung des staatlichen Infrastrukturauftrags dienen, wohingegen Investitionen in den Schienenverkehr Zuschüsse an die DB Netz AG sind, die privatwirtschaftlich geführt wird. Wir lehnen diesen Subventionsbegriff ab.

Meine Damen und Herren, mir liegt eine Protokollnotiz, unterzeichnet von den Vorsitzenden der Fraktionen der SPD und der Grünen im Bundestag, Herrn Müntefering und Frau Sager, vor. In dieser Protokollnotiz, die ich Ihnen jetzt gerne vorstellen möchte, ist Folgendes festgehalten:

Im Rahmen der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses vom 16. 12. 2003 bezüglich der Umsetzung von

(Boris Palmer)

Koch/Steinbrück vereinbaren die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

1. Bei der Umsetzung der globalen Minderausgabe im Zusammenhang mit Koch/Steinbrück wird es keine haushaltsrelevanten Entscheidungen geben, die einseitig zulasten der Schienenbauinvestitionen (Darlehen und Zuschüsse) gehen. Es gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung von Straße und Schiene entsprechend dem Koalitionsvertrag. . . .

2. Die Koalitionspartner sorgen dafür, dass der Bund auch in den kommenden Jahren angemessen und auf hohem Niveau in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird. Dies ist auch aus Gründen der Mobilitätsicherung und Beschäftigungswirksamkeit unverzichtbar.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ja, also! Das ist doch prima!)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung beabsichtigt, das in dieser Hinsicht noch zu konkretisierende Ergebnis des Vermittlungsausschusses nach der gerade vorgelegten Protokollnotiz in einer Weise zu konkretisieren, dass der Bereich Straße ebenfalls zu Einsparungen herangezogen wird. Und unser Antrag, der Ihnen als Änderungsantrag zum ursprünglich formulierten Antrag vorliegt – wir konnten das exakte Ergebnis des Vermittlungsausschusses noch nicht kennen –, fordert von Ihnen ein, diesen Grundsatz der Gleichbehandlung von Straße und Schiene zu unterstützen, damit den Reden des Finanzministers entsprechende Taten folgen. Wir erwarten, dass die Landesregierung, die sich immer als Kämpferin für den Schienenverkehr profiliert – jedenfalls bei Reden hier im Haus –, im Bundesrat diese Konkretisierung mitträgt, dass sie entsprechende Einsparungen bei der Straße mitträgt und nicht mit dem Verweis auf die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss boykottiert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Angehöriger der Gruppe meiner Fraktion, die nach Ihrer Kategorisierung jenseits von gut und böse ist, nehme ich jetzt ohne Rücksicht auf Kabinettsdisziplin oder auf eigene Karrierewünsche – aufgrund meines Alters kann eine Karriere nicht mehr stattfinden –,

(Heiterkeit)

nur der Sache zugewandt, zu diesem Antrag der Grünen Stellung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gute Einführung!)

Herr Palmer, als Zweites stelle ich fest, dass zwischen dem, was Sie ausgeführt haben, und dem, was vorhin Ihr Fraktionsvorsitzender über die Berechtigung solcher Debatten

hier im Haus ausgeführt hat, ein diametraler Unterschied besteht.

(Beifall des Abg. Schebesta CDU)

Ihr Fraktionsvorsitzender hat hier mit erhobenem Zeigefinger gesagt: „Was können wir denn beim Vermittlungsausschuss ändern? Nichts! Und deswegen hat das hier nichts zu suchen.“

(Beifall des Abg. Schebesta CDU)

Sie picken sich jetzt einen Punkt – beinahe hätte ich gesagt: einen winzigen Punkt – aus den Ergebnissen des Vermittlungsausschusses heraus. Für diesen Punkt gilt genau das Gleiche, was Herr Kretschmann hier ausgeführt hat: Wir können hier beschließen, was wir wollen; wir können hier reden, was wir wollen, am Ergebnis des Vermittlungsausschusses ändern wir nichts mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Das ist falsch! – Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Redner meiner Fraktion haben jetzt schon mehrfach ausgeführt, dass man bei allen Bedenken und Wenn und Aber froh ist, dass im Vermittlungsausschuss ein Ergebnis zustande gekommen ist und dass wir letztlich hinter diesem Ergebnis stehen. Das lassen wir uns auch nicht durch so spitzfindige Anträge, wie Sie jetzt einen zu einem Punkt gestellt haben, wieder zerreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben selber einen Antrag gestellt, in dem wir zu den Ergebnissen, was die Regionalisierungsmittel anbetrifft, sagen, dass wir davon ausgehen, dass die 2 % nur im Jahr 2004 gekürzt werden und dass wir für die Beibehaltung der Dynamisierung, wie es wohl auch beschlossen ist, auf alter Grundlage sind.

Nun bringen Sie, Herr Kollege Palmer, plötzlich eine globale Minderausgabe beim Bund bei uns ins Gespräch. Teile dessen, was im Vermittlungsausschuss behandelt wurde, sind im Bundesrat zustimmungspflichtig. Aber der Haushalt des Bundes ist nicht zustimmungspflichtig, und die globale Minderausgabe ist ausschließlich ein Instrument des Bundes für den Bundeshaushalt. Deswegen werden wir einen Teufel tun

(Zurufe von der SPD: Was? – Heiterkeit)

– ich sage es noch einmal –,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nachfolgefrage!)

deswegen können Sie von uns verlangen, was Sie wollen; bei diesem Punkt gehen wir Ihnen nicht auf den Leim. Was Sie wollen, Herr Palmer, könnten Sie mit Ihren Abgeordneten beim Bund erreichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Dort geht es um die globale Minderausgabe. Aber offensichtlich haben Sie nicht den Mut oder, was weiß ich, nicht den Einfluss, um sich in der Koalition beim Bund durchzu-

(Scheuermann)

setzen. Dann wollen Sie von uns solche Lückenbüßeranträge hier im Landtag beschlossen haben. Ich kann nur sagen: Mit uns nicht!

Lassen Sie mich nun wenigstens noch ein paar Gedanken zu der Frage äußern, ob Regionalisierungsmittel Subventionen sind oder nicht. Zunächst einmal bekommen wir im Verhältnis des Bundes zum Land die Regionalisierungsmittel, weil der Bund eine Zuständigkeit für den Schienenpersonennahverkehr auf die Länder übertragen hat.

(Abg. Drexler SPD: Eine Aufgabe!)

Unisono reden wir in diesem Haus zum Beispiel bei dem Verhältnis des Landes zu den Gemeinden immer vom Konnexitätsprinzip. Hier haben wir einen Ausfluss des Konnexitätsprinzips, und auch wenn „Ministerpräsident Koch“ auf dem Papier steht, kann es nach meinem Dafürhalten im Verhältnis des Bundes zum Land überhaupt keine Subvention sein.

(Abg. Kaufmann SPD: Das ist richtig!)

Wenn wir da so weitermachen würden, käme irgendwann der Zeitpunkt, an dem die Länder sagen könnten: Jetzt geben wir die Zuständigkeit mangels Masse wieder zurück.

Schwieriger wird die Frage zu beantworten sein, wie denn das Verhältnis der Länder, die die Regionalisierungsmittel weiterverwenden, zu denjenigen ist, die die Mittel letztlich bekommen. Aber jetzt dürfen wir nicht alle Grundsätze, die wir hier immer hochhalten, über Bord werfen. Der öffentliche Personennahverkehr ist ausschließlich durch den Markt nicht wirtschaftlich zu regulieren und zu betreiben. Das ist doch der Grund, warum wir staatliches Geld in die Hand nehmen, um übergeordnete politische Ziele mit dem ÖPNV zu erreichen, die er, wenn er nur auf den Markt konzentriert wäre, überhaupt nicht erreichen könnte.

Ein letzter Gesichtspunkt: Meine sehr verehrten Damen und Herren, letztlich profitieren ja von diesen Regionalisierungsmitteln, die jetzt einige als Subventionen deklarieren wollen, private Unternehmen und bei uns in Baden-Württemberg auch zu einem großen oder nicht unerheblichen Teil rein mittelständische Unternehmen. Auch aus diesem Grund sehen wir gar nicht ein, uns auf die Argumentation einzulassen, wir hätten es mit Subventionen zu tun. Wir haben es vielmehr mit einem Betrag oder einer Maßnahme eigener Art zu tun. Auch wir wehren uns dagegen, dass man das als Subvention deklariert und damit praktisch schon in der Zukunft das Damoklesschwert darüber hängt: Wenn wir Subventionen abbauen, sind automatisch auch immer Regionalisierungsmittel dabei. Das halten wir politisch nicht für richtig. Im Gegenteil, wir halten das, was hinter den Regionalisierungsmitteln als politisches Ziel steht, für richtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! Das hat Spaß gemacht!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Scheuermann, gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Man sollte auch im Alter die Hoffnung nicht aufgeben. Gerade ältere Menschen sind zu vielem fähig.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Grünen – Heiterkeit – Abg. Zimmermann CDU: Wir werden es an geeigneter Stelle wiederholen!)

Das Wort erhält Herr Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute ein Thema auf der Tagesordnung, das sowohl bundes- als auch landespolitische Aspekte beinhaltet. Da es auch um den Schienenpersonennahverkehr in unserem Land geht, ist es richtig, dass dieses Thema auf der Tagesordnung steht.

Wir Verkehrspolitiker haben bedauert, dass bei der Diskussion über das Reformpaket der Bundesregierung und bei der Diskussion im Vermittlungsausschuss jeweils Steuererleichterungen, Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Arbeitsmarkt und anderes auf der Tagesordnung und auch im Mittelpunkt des medialen Interesses standen, dass aber das Thema Schienenverkehr in der Öffentlichkeit, meine ich, zu wenig registriert wurde. Es ist wichtig, dass wir uns noch einmal damit auseinander setzen.

Was den Antrag der Grünen zu diesem Punkt betrifft, muss ich sagen: Er wirft das Licht auf die richtige Problematik. Aber das, was uns in dem ursprünglichen Antrag empfohlen wurde, konnte man beileibe nicht nachvollziehen. Es ist auch nicht vermittelbar. Wenn alle Beteiligten hinter einem Reformpaket stehen – das war auch bei den Grünen der Fall –, dann können wir dieses Paket bei der Abstimmung im Bundesrat aufpacken und aufdröseln. Jetzt kann nicht jedes Bundesland kommen und sagen: „Aber in dem Punkt und in dem Punkt sind wir nicht einverstanden.“ Wir stehen hinter diesem Gesamtpaket und wollen, dass die Reformen im Sinne der Agenda 2010 des Bundeskanzlers vorankommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Sie haben nun einen Antrag nachgeschoben, der – wie auch Herr Kollege Scheuermann gesagt hat – auf eine globale Minderausgabe des Bundes Bezug nimmt, und auf die Protokollnotiz verwiesen, die mir ebenfalls vorliegt. Die Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und der Grünen haben sich darauf verständigt, dass diese einseitige Belastung der Schiene im Rahmen des Haushalts so nicht vollzogen werden soll. Herr Palmer, da haben wir doch genug Vertrauen in unsere Fraktionsvorsitzenden. Ich habe dieses Vertrauen auch in die Fraktionsvorsitzende der Grünen

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

und kann mir nicht vorstellen, dass diese Vereinbarung von uns nicht vollzogen werden kann. Dafür sind wir eigenständig verantwortlich.

(Abg. Göschel SPD: Da brauchen wir doch nicht die Schützenhilfe der CDU-Regierung!)

Diese Blöße geben wir uns nicht, dass wir die Landesregierung noch im Nachhinein auffordern müssten, das, was unsere Fraktionen beschlossen haben, noch einmal zu unterstützen. Das muss doch nicht sein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau!)

(Kaufmann)

Dafür sind unsere Abgeordneten im Bundestag originär zuständig.

(Abg. Göschel SPD: Da sind wir selbstbewusst!)

Da sind wir in der Verantwortung. Diese Verantwortung werden wir wahrnehmen, zumal wir dort auch über die ausreichende Mehrheit verfügen.

(Abg. Hillebrand CDU: Das ist die Frage!)

Insoweit tut es mir Leid, dass wir diesem Antrag der Grünen in dieser Form nicht zustimmen können.

In Ihrem Antrag wurde noch darauf hingewiesen, wie sich der Sachverhalt darstellt. Da hat sich mittlerweile etwas verbessert. Es gibt bei den Regionalisierungsmitteln jetzt „nur“ – das „nur“ sage ich in Anführungszeichen – eine zweiprozentige Kürzung. Für uns ist wichtig, dass es bei der Dynamisierung bleibt. Ich kann Ihnen versichern, dass auch unsere Verkehrspolitik in Berlin sich in diesem Sinne ausgesprochen haben. Wenn Sie noch einmal in die „Stuttgarter Zeitung“ von gestern schauen, dann sehen Sie, dass unsere verkehrspolitische Sprecherin sich dahin gehend geäußert hat, dass wir dieses Ergebnis des Vermittlungsausschusses zwar zur Kenntnis nehmen, aber bei der Umsetzung im Bundeshaushalt dafür Sorge tragen werden, dass es einen gerechten Ausgleich zwischen Schiene und Straße gibt, und dass wir keine einseitigen Kürzungen zu Lasten der Schiene vornehmen wollen. Das ist unsere Position, die wir auch hier im Landtag vertreten werden.

Meine Damen und Herren, kurzfristig ist jetzt noch ein Antrag der CDU-Fraktion vorgelegt worden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: CDU-FDP/DVP, bitte! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

– Das wäre mir fast nicht aufgefallen. Aber ich stelle fest, dass es so ist. Man sollte solche Anträge vielleicht etwas rechtzeitig einbringen.

Zu Ziffer 1:

Der Landtag von Baden-Württemberg begrüßt den im Vermittlungsausschuss gefundenen Kompromiss zum Vorziehen der Steuerreform;

Dazu kann ich sagen: Dem können wir durchaus zustimmen. Das wird von allen Seiten begrüßt. Wir wollen das Projekt vorantreiben.

Unter Ziffer 3 soll die Landesregierung ersucht werden,

... in geeigneter Weise bei den Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg, insbesondere bei denen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ...

usw. Das ist ein Schauantrag. Dem werden wir hier keine Bühne geben und werden ihn nicht unterstützen.

Meine Damen und Herren, worauf kommt es weiter an? Vorhin wurde gesagt, dass der Begriff „Subventionen für die Schiene“ so nicht zutrifft. Das ist richtig. Die Schiene darf nicht zum Subventionsempfänger werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man muss den Subventionsbegriff, der dem Koch-Steinbrück-Papier zugrunde liegt, kritisch hinterfragen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Regionalisierungsmittel und Ausgleichszahlungen sichern die wirtschaftlich äquivalente Vergütung der vom Staat gewollten Leistungen. Zahlungen an Unternehmungen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur dienen nicht zu deren Unterstützung, sondern sie erfüllen einen staatlichen Infrastrukturauftrag. Das Verdikt staatlicher Fehlsteuerungen oder falscher Ressourcenallokationen, dass mit Subventionen Mitnahmeeffekte verbunden sind, trifft hier nicht zu. Deshalb möchten wir diese Mittel weiterhin in diesem Sinne einsetzen und fordern das Land auf, durch mehr Konkurrenz bei der Vergabe, durch mehr Wettbewerb bei den Ausschreibungen im SPNV Kosteneinsparpotenziale zu nutzen, damit wir mit den verbliebenen Mitteln einen effizienten, qualitativ guten Schienennahverkehr im Land betreiben können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜ-NE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag der Grünen ist in einer Hinsicht bemerkenswert. Herr Minister, Herr Staatssekretär, ich denke, Sie haben es auch schon gemerkt. Ausdrücklich wird Ihnen von den Grünen schriftlich bestätigt, dass Ihre Bemühungen um die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs erfolgreich sind.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Dr. Glück FDP/DVP)

– Ja, ich denke, dazu können wir von unserer Fraktion klatschen, weil das so stimmt.

(Abg. Drexler SPD: Ein einsamer Klatscher!)

Dann geht es aber wieder in grüne Normalität über. Im Titel dieses Antrags wird von „Kahlschlag“ gesprochen. Das ist die übliche grüne Panikmache, die dem Ausmaß der Kürzungen, über die wir hier reden, überhaupt nicht gerecht wird.

Man fragt sich allerdings auch, Herr Palmer: Richtet sich der Antrag nun gegen Herrn Koch oder gegen Herrn Steinbrück?

(Abg. Drexler SPD: Gegen Herrn Koch!)

Je nachdem muss man ja sehen, wie man damit umgeht. Ich will ausdrücklich für die FDP/DVP bestätigen, dass auch wir davon ausgehen, dass es sich bei Regionalisierungsmitteln in keiner Weise um Subventionen handelt. Das ist ein Bund-Länder-Finanzausgleich als Gegenleistung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Fischer SPD: Das hat uns Scheuermann vorher erklärt!)

(Heiderose Berroth)

die der Bund bringt, weil das Land nachgewiesenermaßen Verkehrsleistungen wesentlich besser organisiert, als der Bund dies früher getan hat. Ich verweise deshalb ausdrücklich noch einmal auf den von unseren beiden Fraktionen vorgelegten Antrag, der davon ausgeht, dass es nur eine einmalige Kürzung gibt, um die wir wohl leider nicht herumkommen, dass man aber künftig wieder ungekürzt weiter dynamisiert und von der bisherigen Basis ausgeht.

(Abg. Drexler SPD: Was ist mit Ziffer 3 des Antrags? Zieht die doch zurück! – Abg. Dr. Caroli SPD: Ziffer 3 ist Unsinn! – Abg. Drexler SPD: Die könnt ihr zurückziehen! – Abg. Dr. Caroli SPD: Weg damit! – Abg. Drexler SPD: Also weg!)

– Dann müssen wir eine Auszeit nehmen, um das zu klären.

(Beifall bei der SPD)

Ich bekomme gerade das Signal von der CDU: Wir streichen die Ziffer 3.

(Abg. Drexler SPD: Gut!)

Es ist keine wesentliche Notwendigkeit, zumal ich Ihnen noch etwas dazu sagen kann. Herr Minister, ich muss mich noch entschuldigen. Während Ihrer Rede war ich kurze Zeit nicht an meinem Platz. Ich habe telefoniert und mich in Berlin aktuell erkundigt, wie es dort ausgegangen ist.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Donnerwetter!)

Ich will vorher aber noch die ganze Historie sagen. Interessant ist der Antrag der Grünen auch deshalb, weil das, was im Vermittlungsausschuss verhandelt wurde, aufgrund einer von der Bundeskoalition eingebrachten Basis erfolgte.

(Abg. Kaufmann SPD: Was heißt das? – Abg. Drexler SPD: Das kann man so nicht sagen!)

Herr Palmer geht also gegen das an, was die Bundestagsfraktionen von Rot-Grün eingebracht haben. Ich kann Ihnen aber erfreulicherweise mitteilen, dass wir jetzt etwas Besseres ausgehandelt haben als das, was Rot-Grün wollte,

(Abg. Kaufmann SPD: Das ist unzutreffend!)

nämlich dass eben die Kürzung und alles, was im Moment beschlossen wird, sich nur auf dieses Jahr bezieht und keine weiteren reichenden Dinge beschlossen werden, sondern dass man das in Ruhe macht. So haben wir das in unserem Antrag ja auch formuliert.

Bloß, was ich von dort auch noch gehört habe – das war für mich besonders interessant, Herr Palmer; da sollten Sie zuhören –: In der langen Vermittlungsausschusssnacht gab es keinen einzigen Antrag vonseiten der Grünen, auch nicht bezüglich der Regionalisierungsmittel.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ist das verwunderlich?)

Und da spielen Sie sich hier groß auf! Gucken Sie, dass Sie in Berlin Ihre Arbeit ordentlich machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb will ich hier zusammenfassend, wie es auch schon Herr Scheuermann getan hat, auf den ersten Tagesordnungspunkt verweisen, wo Sie behauptet haben, wir befassen uns viel zu viel mit Sachen, die uns nichts angingen. Dieser Antrag gehört wirklich dazu. Ich sage Ihnen eindeutig: Dieser Landtag ist nicht dazu da, halb gelegte „Bundes Eier“ auszubrüten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! Wir legen unsere Eier selbst!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

(Abg. Scheuermann CDU: Welche Eier werden jetzt gelegt?)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, diese Debatte zeigt, dass es doch möglich ist, miteinander zu reden und dabei zu Ergebnissen zu kommen.

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Abg. Fleischer CDU: Jetzt widerspricht er zum zweiten Mal seinem Fraktionsvorsitzenden!)

Ich räume auch ein, dass ich in dieser Debatte etwas dazu gelernt habe.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Beifall ist erwünscht, Frau Kollegin Lösch.

Ich will Ihnen das kurz ausführen:

Erstens, meine Damen und Herren und Frau Berroth: Zu dem Zeitpunkt, als wir diesen Antrag gestellt haben, ging es uns natürlich auch um die Abwehr einer drohenden Gefahr. Denn eine zwölfprozentige Kürzung der Regionalisierungsmittel – ich nehme an, dass wir uns darauf einigen können – hätte zu einer dramatischen Entwicklung geführt. Diese galt es zu verhindern. Zu dem Zeitpunkt der Antragstellung wussten wir natürlich nicht, dass es bei einer einmaligen Kürzung von 2 % bleibt.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich habe schon gesagt: Es ist beruhigend, dass dieser Kelch an uns vorübergegangen ist. Deswegen haben wir den Antrag ja auch entsprechend geändert.

Zweitens, meine Damen und Herren: Die Initiative zur Streichung von Subventionen im Bereich des Schienenverkehrs ging von zwei Landesministerpräsidenten aus. Ich hätte es für richtig gehalten, wenn sich der Landtag von Baden-Württemberg frühzeitig – nicht jetzt, Herr Scheuermann, zu dem Zeitpunkt, zu dem der Vermittlungsausschuss getagt hat – diesem Thema gewidmet und festgestellt hätte: Der Landtag von Baden-Württemberg hält es für falsch – so, wie sich die Redner aller Fraktionen jetzt geäußert haben –, Subventionen einseitig bei der Schiene zu definieren und zu streichen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag in der politischen Debatte gewesen. Wir haben diesen Beitrag jetzt gemeinsam erbracht.

(Beifall bei den Grünen)

Für diese Stellungnahmen bin ich Ihnen dankbar.

(Boris Palmer)

Drittens, Herr Scheuermann: Wir können noch etwas ändern. Im Vermittlungsausschuss ist eben nicht festgezurret worden, dass bei allen elf von Koch und Steinbrück genannten Punkten entsprechend gekürzt wird. Vielmehr gibt es da ungeklärte Fragen. Im Zuge dieser Nacht-und-Nebel-Aktion ist übrigens auch schlecht verhandelt worden. Jedenfalls hat es lange gedauert, bis man in Berlin überhaupt erfahren hat, was denn nun Sache ist. Auch deswegen war es nicht früher möglich, den Antrag zu korrigieren.

Da es aber so ist, dass die Bundestagsfraktionen – das wurde richtig ausgeführt – der Regierungskoalition in Berlin schon von selbst eine Initiative ergriffen haben, um die zunächst vorhandene Schieflage zu korrigieren, nehme ich das Argument auf, dass seitens des Landtags kein Ersuchen an die Landesregierung notwendig ist, und verzichte deswegen auf den unter Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2755 formulierten Teil.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Nichtsdestotrotz, meine Damen und Herren, halte ich aber das, was unter Abschnitt I formuliert ist, gerade im Sinne unserer gemeinsamen Diskussion weiter für notwendig. Wir sollten eine entsprechende Feststellung treffen, die an Ziffer 4 des Antrags der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP/DVP, Drucksache 13/2754, nahtlos angeschlossen werden könnte. Diesen Vorschlag unterbreite ich Ihnen jetzt – ich hoffe, dass Sie ihn unterstützen können –: Der Formulierung Ihrer Ziffer 4 soll der einfache Satz angefügt werden – die Ziffer, die die Ablehnung weiterer Kürzungen der Regionalisierungsmittel betrifft –:

Der Landtag von Baden-Württemberg lehnt es ab, im Rahmen des notwendigen Subventionsabbaus einseitig den Verkehrsträger Schiene zu belasten, aber den Straßen- und Luftverkehr von Kürzungen auszunehmen.

Meine Damen und Herren, wenn dies der politische Konsens ist – denn es ist keineswegs klar, dass die Initiative der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück keine künftigen Wirkungen zeigen wird; wir können wieder in solche Debatten kommen –, . . .

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Göschel?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: . . . wenn wir uns auf diesen inhaltlichen Punkt verständigen können, dann – so meine ich – wird diese Debatte auch Auswirkungen auf Berlin haben, die positivsten vor allem auf den Schienenverkehr.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Göschel, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Abg. Göschel SPD: Herr Kollege Palmer, sind Sie der Auffassung, dass wir die Schützenhilfe der Landesregierung brauchen, damit die Vereinbarung zwischen Herrn Muntefering und Frau Sager eingehalten werden kann?

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gute Frage!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Göschel, ich bin selbstverständlich wie Sie äußerst zuversichtlich, dass die beiden Regierungsfractionen dieses Problem selbst lösen können.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Dann ist der Antrag entbehrlich!)

Aber, Herr Kollege Göschel, ich darf zurückfragen: Sind Sie auch mit mir der Meinung, dass es gut wäre, den Herren Koch und Steinbrück ein entsprechendes Signal aus diesem Landtag zu senden, dass ihre Definition von Subventionen falsch ist und dass der Landtag die daraus resultierenden Kürzungen im Bereich des Schienenverkehrs für falsch hält? Darum geht es im Kern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth? – Bitte schön, Frau Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Palmer, waren Sie heute Morgen bei der Debatte zu Punkt 1 der Tagesordnung anwesend, und stimmen Sie mit mir überein, dass das, was Sie gerade verlangen, genau das ist, was Ihr Kollege und Fraktionsvorsitzender Kretschmann geißelt hat?

(Beifall der Abg. Johanna Lichy und Hillebrand CDU)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Kollegin Berroth, damit stimme ich natürlich überhaupt nicht überein. Denn in dieser Formulierung – verzeihen Sie; ich kann Ihnen das erläutern – ist nicht vom Bund die Rede, sondern wird der Grundsatz formuliert, Subventionsabbau nicht einseitig zu lasten der Schiene zu betreiben.

Frau Kollegin Berroth, das richtet sich natürlich direkt an die Landesregierung. Denn selbstverständlich kann die Landesregierung im Rahmen der Festlegung der Verteilung der Mittel beim GVFG zwischen Straße und Schiene die Kürzung, die jetzt durch den Bundesrat vorgenommen wurde, wieder zugunsten des öffentlichen Verkehrs korrigieren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das müssen wir nicht beschließen!)

Auch hier gibt es Handlungsspielraum.

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist abgelaufen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Glücklicherweise!)

Ich habe Ihnen erläutert, wie die Antragsbefassung nach meinem Wunsch fortgeführt werden sollte. Der Antrag der Regierungsfractionen – ohne oder mit Ziffer 3; Sie dürfen gerne auch bei unseren Abgeordneten werben; wir haben dafür großes Verständnis; das macht uns gar nichts – ist im Kern zustimmungsfähig. Abschnitt I unseres Änderungsantrags ist eine notwendige Ergänzung.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Mappus.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich will den Minister!)

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Debatte hier verfolgt, Herr Kollege Palmer, dann reibt man sich schon etwas verwundert die Augen. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, gibt es doch in Berlin eine rot-grüne Regierung und keine rot-schwarze. Wenn ich das richtig sehe, gibt es in Nordrhein-Westfalen unter Herrn Steinbrück auch eine rot-grüne Regierung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der hat ja nicht mal seinen Verkehrsminister gefragt!)

Insofern wäre es vielleicht sinnvoll, wenn Sie auf diesen Ebenen einmal diskutieren würden und nicht im Landtag von Baden-Württemberg. Sie sind hier auf der falschen Baustelle.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie hätten ja frühzeitig einmal die Gegenposition beziehen können! Warum haben Sie das nicht gemacht?)

Der zweite Punkt ist: Herr Palmer, das ist jetzt ein klassisches Eigentor. Wenn Sie nämlich dazwischenrufen: „Der hat nicht mal seinen Verkehrsminister gefragt!“, dann wäre es vielleicht einmal sinnvoll, in dieser Koalition zu diskutieren, wie man miteinander umgeht.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich sage Ihnen nur: Im baden-württembergischen Kabinett läuft das nicht so. Da wird mit den Ministern geredet und nicht über sie. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen ist von der SPD!)

Meine Damen und Herren, dass wir alle keinen Kahlschlag im Schienenverkehr in Baden-Württemberg wollen, dass wir diesen verhindern möchten, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. Aber klar ist auch, Herr Palmer, dass die Hilfe etwas spät kommt. Denn im Gegensatz zu den Grünen haben wir nicht nur früh erkannt, sondern auch früh artikuliert, welche Risiken mit dem Koch-Steinbrück-Papier zum so genannten Subventionsabbau – ich komme gleich noch darauf – verbunden sind. Der Ministerpräsident hat verschiedentlich öffentlich artikuliert, dass wir nichts, aber auch gar nichts von diesen Vorschlägen halten. Es ist schön, wenn der Landtag das unterstützt. Aber die Landesregierung vertritt das schon seit dem Moment des Erscheinens des Koch-Steinbrück-Papiers. Insofern sind Sie da ein bisschen spät dran.

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Seien wir ehrlich: Das Kardinalproblem in Berlin ist doch eigentlich etwas ganz anderes. Das Kardinalproblem besteht darin, dass wir dort einen Bundesverkehrsminister haben, den man offensichtlich in den eigenen Reihen nicht so wahnsinnig ernst nimmt.

(Widerspruch bei der SPD)

Denn jedes Mal, wenn irgendwoher Kürzungsvorschläge kommen, ist der Verkehrshaushalt die Abbruchbaustelle innerhalb des Bundeshaushalts. Man sollte vielleicht auch einmal darüber diskutieren, ob es da nicht noch andere Möglichkeiten gibt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Sagen Sie mal was zum Landesstraßenbau! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Meine Damen und Herren, nach unserer Überzeugung haben weder die Investitionsmittel des Bundes für die Schiene noch die Regionalisierungsmittel irgendetwas mit Subventionen zu tun. Es sind ex definitione keine Subventionen.

Im Übrigen geht es hier unseres Erachtens auch um die politische Glaubwürdigkeit. Damals wurde vereinbart – übrigens durch die Verhandlungsführer Teufel und Eichel; das nur einmal nebenbei –, dass die Regionalisierung stattfindet und dass die Mittel 1 : 1 auf die Länder übertragen werden und dann logischerweise auch die Aufgabe übertragen wird. Das, was jetzt läuft, bedeutet doch nichts anderes, als dass die Aufgabe bei den Ländern bleibt, die Mittel dafür aber gekürzt werden sollen. Das ist politisch mit Sicherheit nicht glaubwürdig.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Der gleiche Verhandlungspartner – deswegen habe ich es angeführt – namens Eichel, damals Ministerpräsident, der heute Bundesfinanzminister ist, vertritt heute eine völlig andere Auffassung über das, was er damals selber ausverhandelt hat. Das ist auch eine Tatsache, die man bei dieser Gelegenheit einmal beleuchten sollte.

Meine Damen und Herren, die Regionalisierungsmittel dienen der Finanzierung einer öffentlichen Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge. Ein Abbau dieser Mittel führt im Endeffekt zu einem schrittweisen Rückzug des Staates aus einer ihm obliegenden Aufgabe. Deshalb ist das mit uns nicht zu machen.

Jetzt gibt es aber ein anderes kleines Problem. Allmählich fragt man sich, was denn eigentlich stimmt. Gestern noch hatten wir die Information, dass die Regionalisierungsmittel, GVFG-Mittel und BEV-Mittel einmalig für ein Jahr um 2 % gekürzt werden. Ab 2005 werden diese 2 % praktisch wieder draufgesattelt, und darauf baut die Dynamisierung auf. Das war die Information gestern und noch heute Morgen.

Jetzt lese ich Ihnen einmal aus der Protokollerklärung der Bundesregierung den entscheidenden Satz vor. Ich zitiere:

Regionalisierungs-, GVFG- und BEV-Mittel werden in einem einmaligen Schritt ab 2004 um 2 % gekürzt.

Ab 2004! Das Wörtchen „ab“ macht eigentlich nur Sinn, wenn die Kürzung über 2004 hinausgeht. Sonst würde es heißen „im Jahr 2004“. Das heißt auf gut Deutsch, wir haben auf Zeit und Ewigkeit 2 % weniger, meine Damen und Herren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

(Staatssekretär Mappus)

Das ist die politische Realität. Das halte ich – ich sage das in aller Offenheit – für ein Unding, zumal vor dem Hintergrund dessen, was wir sonst immer diskutieren. Ich kann Sie nur bitten, in Berlin – da haben wir im Moment relativ wenig Einflussmöglichkeiten –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist doch zustimmungspflichtig! Dann haben Sie schlecht verhandelt!)

darauf hinzuwirken, dass die Kürzung so nicht stattfindet.

– Sie brauchen sich nicht hinter der Zustimmungspflichtigkeit zu verstecken, Herr Palmer. – Entschuldigung, das ist wirklich pervers. Da sitzen Grüne in der Bundesregierung, haben nichts zu sagen, marschieren in die Länder und sagen: Ihr müsst aber über den Bundesrat verhindern, was die Grünen nicht verhindert haben. Das ist doch unseriös.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen machen Sie es sich ziemlich einfach. Denn klar ist auch – das steht auch in dem Antrag –, was im Vermittlungsausschuss herausgekommen ist. Jedem von uns in diesem Haus wird irgendetwas an dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses nicht gefallen. Sie wissen doch ganz genau, dass es völlig unreal ist, das Ergebnis an einer einzigen Stelle wieder zu kippen.

Es ist auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit und der Verringerung von Politikverdrossenheit in diesem Land, ob dieser Kompromiss trägt oder ob man ihn an einzelnen Stellen wieder aufknöpfen möchte.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie sagen doch, man wisse gar nicht, was der Kompromiss sei!)

Das wissen Sie ganz genau. Deshalb ist es schlicht und ergreifend nicht in Ordnung, wie Sie hier argumentieren.

Damit wir das Ganze einmal mit konkreten Zahlen unterfüttern: Die Kürzung von 2 % bedeutet nur im Bereich der Regionalisierungsmittel – – Übrigens bin ich ohnehin gespannt, wie Sie das Bundeseisenbahnvermögen entsprechend reduzieren wollen. Dort sind die Pensionslasten für die Beamten geparkt, die Sie praktisch privatisiert haben. Kriegen die Beamten jetzt keine Pensionen mehr, oder wird alles gekürzt? Ich bin gespannt, wie das umsetzbar ist.

Bei den Regionalisierungsmitteln bekommen wir Jahr für Jahr 16 Millionen € weniger.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hätte ich gern verhindert!)

Diese 16 Millionen €, meine Damen und Herren, werden ihre Spuren hinterlassen. Im Klartext heißt das: Wir werden entweder im Bereich der Qualität, zum Beispiel was die Fahrzeugausrüstung angeht, oder im Bereich der Strecken Kürzungen vornehmen müssen. Es ist nicht mehr anders zu machen.

Herr Palmer, nachdem Sie immer von einer „Sparkasse“ gesprochen haben, die wir angelegt hätten, werden Sie sehr schnell, spätestens nach dem Rechnungsabschluss für das Jahr 2003 sehen, dass die Überschussmittel rapide abneh-

men. Allerspätestens in zwei Jahren gehen wir in den Minusbereich, wenn wir nicht entsprechende Kürzungsmaßnahmen einführen. Verschiedene angedachte und im Zweifel zugesagte Projekte werden so jetzt nicht mehr möglich sein. Das ist die Folge dieser Beschlüsse in Berlin.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Deswegen haben wir das jetzt beantragt! Dann hätten Sie mal anders verhandeln müssen!)

Man muss einmal betonen, dass das wie dargestellt kommen wird.

Jetzt zum Thema „Verschieben innerhalb des Haushalts“. Jetzt geistert die Nachricht durch die Gegend, der Bundeskanzler habe zugelassen, dass man das Ganze innerhalb des Verkehrsetats verschieben könne. Das ist das Thema Straße, das Sie vorhin angesprochen haben.

Einmal abgesehen davon, Herr Palmer, dass der Koalitionsvertrag, den Sie in Berlin abgeschlossen haben, auch in diesem Bereich wie an vielen Stellen nicht eingehalten wurde und wird – sonst wäre diese Formulierung überhaupt nicht möglich gewesen –, ist eines die Konsequenz: Nehmen wir einmal an, die Regionalisierungsmittel oder generell die Mittel für die Infrastruktur der Bahn werden nicht so stark gekürzt. Dafür gehen wir in den Straßenbau. Das hat folgende Konsequenz: Die Maut gibt es im Moment ohnehin nicht. Weil man aber davon ausgegangen ist, dass es die Maut gibt, hat man die jetzigen Haushaltsmittel schon runtergefahren und gekürzt. Das heißt, die ohnehin schon gekürzten Haushaltsmittel werden nochmals gekürzt.

Wenn das kommt, werden wir in Baden-Württemberg entweder bereits bestehende Baustellen künstlich verlängern müssen, oder es wird in dem einen oder anderen Fall sogar darum gehen, Baustellen einzustellen,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

von neuen Projekten ganz zu schweigen, von den berühmten Weltmeisterschaftsstrecken, die in der Sommerpause durch einzelne Abgeordnete der SPD großspurig angekündigt worden sind,

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Herr Mappus!)

die mit großer Wahrscheinlichkeit ohnehin nicht gebaut werden, ganz abgesehen. Wenn Sie das jetzt in den Straßenbauetat verschieben wollen, auch in Baden-Württemberg, ohne dass wir etwas ändern könnten – das wissen Sie –, wird das zu drastischen Konsequenzen führen. Das ist die Wahrheit. Deswegen müssen Sie sich entscheiden, was Sie wollen. Wenn Sie dann im Rahmen eines Vor-Ort-Projekts zum Beispiel in Bauschlott in der Nähe von Pforzheim aufkreuzen und ankündigen, die Ortsumgehung wäre ökologisch nicht sinnvoll, man brauche dort einen Tunnel – Klammer auf: Mehrkosten in Höhe von 400 %, Klammer zu –,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Quatsch!)

dann kann ich nur sagen: Sie müssen sich allmählich einmal überlegen, was Sie wollen und wie Sie Verkehrspolitik im Bund und in Baden-Württemberg machen wollen, und Sie

(Staatssekretär Mappus)

müssen vor allem einmal eine auch nur ansatzweise seriöse Finanzierung auf den Tisch legen. Da sind Sie gefragt und nicht wir.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es wird ja nichts anderes dabei herauskommen, als dass man morgen in Bundesrat und Bundestag dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses zustimmt. Das ist politisch nicht anders zu machen und ist unter dem Strich auch korrekt. Das machen wir auch. Aber klar ist auch eines: Sie müssen sich in Berlin irgendwann einmal entscheiden, was Sie im Rahmen der Verkehrspolitik wollen. Sie machen im Moment nicht das, was im Koalitionsvertrag von Rot-Grün drinsteht – das wissen Sie –, und Sie machen nicht das, was in puncto Finanzen angedacht wurde, nämlich dass man im Bundeshaushalt überall einigermaßen gleichmäßig kürzt, sondern der Verkehrshaushalt in Berlin ist zur Abbruchstelle geworden – mit allen Konsequenzen. Wenn Sie dies verhindern wollen, geht dies nicht über den Bundesrat, sondern nur in der Bundesregierung. Tun Sie es! Wir unterstützen Sie dabei.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Staatssekretär Mappus: Sehr gerne.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Staatssekretär Mappus, ich habe auch gerade mit Berlin gesprochen. Mir ist die Protokollnotiz der Bundesregierung vorgelesen worden. Sie lautet wie folgt:

2 % . . . ein einmaliger Schritt ab dem Jahr 2004 . . .

Es wäre besser gewesen, wenn man geschrieben hätte: „für das Jahr“. Aber aus der Formulierung „ein einmaliger Schritt ab dem“ wird eigentlich deutlich, dass das einmal abgezogen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Unruhe – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hören wir gern!)

Staatssekretär Mappus: Herr Drexler, Sie haben – wenn ich das einmal so sagen darf – gerade unnötigerweise Telefonkosten verursacht. Denn exakt das, was Sie gerade gesagt haben, habe ich vor zehn Minuten vorgelesen. Das ist die Protokollnotiz –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

– Natürlich! Also, für diejenigen unter Ihnen, die ein bisschen länger brauchen, trage ich es auch gern noch mal vor. Ich zitiere jetzt zum zweiten Mal, und es ist ganz einfach. Wenn Sie es nicht glauben, lesen Sie nachher das Protokoll. Da steht es drin. Ich lese es für Sie gern nochmals vor.

Überschrift:

Protokollerklärung der Bundesregierung

Jetzt kommt der entscheidende Satz:

Regionalisierungs-, GVFG- und BEV-Mittel werden in einem einmaligen Schritt

(Abg. Dr. Caroli SPD: Also!)

ab 2004 um 2 % gekürzt.

So! Dort heißt es „ab“, und jeder, der der deutschen Sprache mächtig ist, muss ja wohl zugeben, dass es, wenn es wirklich nur ein einmaliger Abzug wäre, „in“ heißen würde. Die Formulierung „ab“ heißt – das ist so sicher wie das Amen in der Kirche –, dass es immer –

(Abg. Dr. Caroli SPD: „Einmal“ ist einmal!)

– Ja, einmal wird das Niveau um 2 % heruntergefahren, und auf dieser Basis wird dynamisiert. Einmal 2 % herunter sind immer 2 % herunter. Wenn Sie die vier Grundrechenarten nicht beherrschen, dann können wir ausnahmsweise auch nichts dafür, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt dabei: Sie gehen mit jährlich 16 Millionen € hinein. Diejenigen unter Ihnen, die etwas gehobene Ansprüche an die Mathematik haben, wissen, dass man, wenn man von einem niedrigeren Niveau ausgehend 1,5 % Dynamisierung berechnet als von einem höheren, Jahr für Jahr eine immer größere Differenz hat. Deshalb sind es anfänglich 16 Millionen €, und über die Jahre werden es immer mehr. Uns werden deshalb in der Konsequenz über die Jahre hinweg verschiedene Projekte nicht mehr möglich sein.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Staatssekretär Mappus: Ja. Bei Herrn Palmer immer besonders gern.

(Abg. Blenke CDU: Herr Palmer will auch noch Nachhilfe!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Staatssekretär Mappus, wie würden Sie die Verhandlungsführung des Landes Baden-Württemberg bewerten, wenn sich jetzt herausstellt, dass für die nächsten Jahre ab 2005 offenbar nicht festgelegt ist, ob das Land Baden-Württemberg jährlich auf 15 Millionen € Regionalisierungsmittel verzichten muss oder nicht?

Staatssekretär Mappus: Erstens, Herr Kollege, freue ich mich, dass Sie im Gegensatz zum Kollegen Drexler begriffen haben, dass es offensichtlich immer 16 Millionen € sind.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sonst würde die Frage nämlich keinen Sinn machen. Also geben Sie es zu.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Beißen Sie nicht ins Mikrofon!)

(Staatssekretär Mappus)

Und zum Zweiten habe ich Sie ja schon vorhin darauf hingewiesen.

(Zuruf von der CDU: Herr Drexler telefoniert schon wieder! – Abg. Pfisterer CDU: Er ruft schon wieder an! – Heiterkeit – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Herr Drexler telefoniert schon wieder, jawohl.

(Heiterkeit – Zurufe von der SPD – Abg. Hauk CDU: Sollen wir die Sitzung unterbrechen, bis Herr Drexler wiederkommt? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wenn Sie etwas ruhiger sind, kann Herr Mappus fortfahren und muss nicht auf das Ergebnis des Telefonats warten.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Döpper CDU: Sehr gut! – Abg. Pfisterer CDU: Abhängig von Berlin! – Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Staatssekretär Mappus: Herr Landtagspräsident, ich bedanke mich ausdrücklich.

Wenn wir von dieser Basis ausgehen – und dem stimmen Sie ja zu –, ist das ein Gesamtpaket – ich habe vorhin darauf hingewiesen –, dem auch wir zustimmen werden, weil Sie nicht einen einzelnen Punkt herauslösen können. Aber tun Sie nicht so, Herr Palmer, als habe ausgerechnet bei den Regionalisierungsmitteln die Verhandlungsführung ausschließlich beim Land Baden-Württemberg gelegen. Sie wissen ganz genau, dass das nicht stimmt. Sie wissen auch, in welchem Teilsegment wir die Verhandlungsführung hatten. Ich kann nur sagen: Sie können das nicht immer am Vermittlungsausschuss festmachen. Sie sind in einer Regierung. Da gibt es einen Koalitionsvertrag.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Regierung hat nichts davon beschlossen! Das ist das Ergebnis von Bundesratsverhandlungen!)

Sie stimmen dem Gegenteil von dem zu, was im Koalitionsvertrag steht. Hier steht auch „Protokollerklärung der Bundesregierung“ und nicht „Protokollerklärung des Landes Baden-Württemberg“. Deshalb: Arbeiten Sie dort, wo Sie Einfluss haben. Da gibt es eine ganze Menge zu tun. Unsere Unterstützung haben Sie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Abg. Döpper CDU: Zugabe!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Mappus erlaubt eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Göschel. Bitte schön, Herr Göschel.

(Zuruf von der CDU: Haben Sie auch telefoniert?)

Abg. Göschel SPD: Herr Staatssekretär Mappus, sind Sie bereit, den nachfolgenden Satz zur Kenntnis zu nehmen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wenn er jetzt nicht bereit ist, das zur Kenntnis zu nehmen?)

und wie interpretieren Sie ihn? Ich zitiere:

Während bei den Zuschüssen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und beim Bundeseisenbahnvermögen eine jährliche Kürzung um 2 vom Hundert erfolgen soll, verbleibt es bei den Regionalisierungsmitteln bei einer einmaligen Kürzung in 2004.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Na also! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Drexler telefoniert noch!)

Wie interpretieren Sie die Formulierung „einmalige Kürzung in 2004“?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Staatssekretär Mappus: Herr Göschel, ist das eine Telefonnotiz oder eine Erklärung der Bundesregierung?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Göschel SPD: Ein schriftlich festgehaltenes Ergebnis!)

Meine Damen und Herren, es ist eigentlich ein sehr ernstes Thema. Ich kann nur sagen: Wenn ich der Protokollerklärung einer Bundesregierung nicht mehr glauben kann, sondern die Ergebnisse erläuternder Telefonate von verschiedenen SPD-Mitgliedern nach Berlin brauche, spricht das für sich, und man muss überhaupt nichts mehr dazu sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haufmann SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Tagesordnungspunkts.

(Abg. Blenke CDU: Herr Drexler kann wiederkommen!)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2754, abstimmen. Die Antragsteller haben Ziffer 3 dieses Änderungsantrags – der Landtag von Baden-Württemberg ersucht die Landesregierung, in geeigneter Weise bei den Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg, insbesondere bei denen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, für eine Zustimmung zu diesem Kompromiss im Bundestag zu werben – zurückgezogen. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Zuruf von der CDU: Hervorragend! – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich lasse nunmehr über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2755, abstimmen. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie Abschnitt II – die Landesregierung zu ersuchen, im Bundesrat Bemühungen zu unterstützen, die festgesetzte globale Minderausgabe im Rahmen der Umsetzung der Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück gleichmäßig allen Verkehrsträgern aufzuerlegen – zurückgezogen; es verbleibt also Ab-

(Stellv. Präsident Birzele)

schnitt I. Wer Abschnitt I dieses Änderungsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zuruf von der CDU: So viele?)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist auch der Antrag Drucksache 13/2694 erledigt.

Das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2755, aus folgenden Gründen abgelehnt: Dieser Antrag geht – so, wie wir ihn verstehen – davon aus, dass man bei der Schiene kürzen könne, wenn man auch bei der Straße und im Luftverkehr kürzen würde.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Wir sind der Meinung: Es ist schon schlimm genug, dass man bei der Schiene kürzt. Aber wir sind nicht dafür, daraus die Konsequenz zu ziehen, dass man dann auch bei der Straße und beim Luftverkehr kürzen müsste. Deswegen haben wir den Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich schließe mich für die FDP/DVP ausdrücklich den Ausführungen des Kollegen Scheuermann an.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:41 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen.

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/2691

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Caroli SPD – Abordnung des Leiters der Gewässerdirektion Lahr ins RP Karlsruhe

Herr Abg. Dr. Caroli, ich erteile Ihnen das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

(Das Handy eines Abgeordneten klingelt.)

– Wären Sie bitte so freundlich, die Handys hier im Saal auszuschalten.

Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Gründe der Abordnung des Leiters der Gewässerdirektion Lahr ins RP Karlsruhe vor?
- Inwieweit werden die von den Gewässerdirektionen vollzogenen Gewässerschutz- und Hochwasserschutzmaßnahmen mit der Landesregierung abgestimmt?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Der Leiter der Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein/Hochrhein mit Sitz in Lahr wurde mit Wirkung vom 2. Dezember 2003 auf eigenen Wunsch in das Regierungspräsidium Freiburg abgeordnet. Hintergrund der Abordnung sind in den Jahren 2002 und 2003 entstandene Budgetüberschreitungen in Höhe von insgesamt ca. 10,8 Millionen €, die vom Ministerium für Umwelt und Verkehr im Zusammenhang mit der Prüfung der Bilanz des Jahres 2002 festgestellt wurden.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wurden diese Mittel im Wesentlichen für zeitlich vorgezogene Maßnahmen verwendet. Das Ministerium für Umwelt und Verkehr hat die notwendigen Maßnahmen ergriffen, damit das Defizit im Jahr 2003 ausgeglichen werden kann.

Weitere Ermittlungen der Hintergründe und der Verantwortlichkeiten dauern noch an. Der Rechnungshof wurde unterrichtet. Das UVM hat die Überprüfung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer veranlasst.

Zu Frage b: Die vier Gewässerdirektionen stellen jährlich Wirtschaftspläne auf, die auch die wesentlichen großen Baumaßnahmen auflisten. Diese werden nachrichtlich in die Staatshaushaltspläne übernommen und können dort eingesehen werden. Im Rahmen der Fachführung gibt das Ministerium für Umwelt und Verkehr, soweit erforderlich, Prioritäten vor. Im Übrigen bewirtschaften die als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Gewässerdirektionen die ihnen vom UVM per Kassenanschlag zugewiesenen Haushaltsmittel im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung eigenverantwortlich. Eine Überprüfung durch das Ministerium für Umwelt und Verkehr erfolgt jeweils in den vorzulegenden Jahresbilanzen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Staatssekretär, sind parallel zu den geplanten bzw. vollzogenen personellen Veränderungen neue Standortüberlegungen für die Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein im Gange und, wenn ja, welche?

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Staatssekretär Mappus: Ich hatte ja ausgeführt, dass wir in diesem Fall so ermitteln, dass vollständig garantiert ist, dass alles auf die Tagesordnung kommt. Darüber hinaus sehe ich derzeit keine Notwendigkeit für irgendwelche Veränderungen, auch dann nicht, wenn sie über Medien von den einen oder anderen gefordert werden. Wir setzen im Gegensatz zu diesen anderen weiterhin auf eine sachliche Debatte in dieser Angelegenheit.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Staatssekretär, sind Auswirkungen auf den Vollzug des Integrierten Rheinprogramms zu erwarten, und wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang die von Ex-Staatssekretär Ruder CDU in der „Stuttgarter Zeitung“ geäußerten Vorwürfe?

Staatssekretär Mappus: Zunächst sind keine Auswirkungen auf das Integrierte Rheinprogramm zu erwarten. Es ist ja nicht so – jedenfalls nach jetzigem Kenntnisstand –, dass ein Schaden dergestalt entstanden wäre, dass Mittel verschwunden wären, sondern ich habe darauf hingewiesen, dass vorweg Mittel für geplante Projekte verausgabt wurden, die eigentlich erst zu einem späteren Zeitpunkt hätten durchgeführt werden dürfen. Insofern ist kein Vermögensschaden im eigentlichen Sinn entstanden. Dass das Ganze trotzdem nicht korrekt war, steht außer Frage.

Darüber hinaus wissen Sie, dass der Umwelt- und Verkehrsminister erreichen konnte, dass wir für den Hochwasserschutz zusätzliche Mittel bekommen. Das heißt, ich gehe nach dem heutigen Stand davon aus, dass wir beim IRP keine Einschränkungen haben werden.

Was die Äußerungen eines Ex-Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg angeht, glaube ich, dass sie in Umfang und Stil für sich selber sprechen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Fischer SPD: Oh!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Damit ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Fördersätze nach dem GVFG

Herr Abg. Palmer, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU zu Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo haben Sie denn heute das hübsche bunte Hemd?)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Abg. Boris Palmer!

(Abg. Wieser CDU: Ist das ein Adelsprädikat? – Minister Dr. Christoph Palmer: Ein Unterscheidungsmerkmal!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Hat die Landesregierung die angekündigte Entscheidung über die künftigen Fördersätze nach dem GVFG bereits getroffen, bzw. bis wann ist mit dieser Entscheidung zu rechnen?
- b) Wie werden sich die Kürzungen im Bereich des GVFG auf die Fördersätze für den öffentlichen Verkehr und den kommunalen Straßenbau im GVFG konkret auswirken?

(Abg. Wieser CDU: Aha!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Mappus.

(Abg. Wieser CDU: Was macht denn eigentlich der Minister?)

Staatssekretär Mappus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Boris Palmer GRÜNE setzt sich auf einen Abgeordnetenplatz der CDU. – Abg. Fischer SPD: Dass Herr Palmer jetzt so weit nach rechts rutscht, ist schon verdächtig! – Minister Dr. Christoph Palmer: Verwechseln Sie uns bitte nicht!)

Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Herrn Abg. Palmer wie folgt:

(Abg. Wieser CDU: Boris Palmer!)

Zu a: Nein. Allerdings wird das Ministerium für Umwelt und Verkehr in Kürze auf der Grundlage des gegenwärtigen Beratungsstands eine Anhörung der betroffenen Interessverbände durchführen. Mit einer Entscheidung ist im Frühjahr 2004 zu rechnen.

Zu b: Im Jahr 2004 werden infolge der Konsolidierung des Landeshaushalts erheblich weniger Fördermittel zur Verfügung stehen. Damit das bisherige Investitionsvolumen in etwa gehalten werden kann, müssen die derzeitigen GVFG-Fördersätze für Vorhaben des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus reduziert werden. Über die Höhe der künftigen Fördersätze wird derzeit noch beraten.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Palmer, eine Zusatzfrage.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Staatssekretär Mappus, ist beabsichtigt, die Fördersätze sowohl für den kommunalen Straßenbau als auch für den öffentlichen Personennahverkehr zu reduzieren?

Staatssekretär Mappus: Ich gehe nach heutigem Stand davon aus, dass wir in beiden Bereichen entsprechende Veränderungen vollziehen werden.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Danke schön.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Neuanschaffung von Forstmaschinen durch das Land

Herr Abg. Teßmer, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Teßmer SPD: Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass trotz anders lautender Auskünfte im forstlichen Bereich in letzter Zeit über Ersatzbeschaffungen hinaus in größerem Stil zusätzliche teure Maschinen angeschafft werden?
- b) Trifft es zu, dass die Forstämter nach einer Verfügung des zuständigen Ministeriums oder einer Forstdirektion angewiesen sind, Regiemaschinen anzuschaffen und einzusetzen, ohne dass deren Wirtschaftlichkeit besteht oder gar nachzuweisen ist?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung erteile ich Herrn Minister Stächele.

(Abg. Wieser CDU: Bei diesem Ministerium antwortet wenigstens der Minister!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zu Frage a: Wir haben bereits mit Schreiben vom 28. August zur Frage des Einsatzes solcher Regiemaschinen im Staatsforstbetrieb Stellung genommen und insbesondere auch zur Frage, was Ersatzbeschaffungen anbelangt. Über die damals – ich meine, auch im Ausschuss – erläuterten Ersatzbeschaffungen hinaus ist seit Oktober 2003 ein geleaster Harvester im Einsatz. Der Fahrer ist ein Mitarbeiter des Forstlichen Maschinenbetriebs Rasthalde. Diese geleaste Maschine ist dazu da, eine ältere regieeigene Maschine nach einer gewissen Übergangszeit – das sind meist ein bis zwei Jahre – ersetzen zu können. So weit zu Frage a.

(Abg. Wieser CDU: Sind Kinderkrankheiten der neuen Maschine dann wirklich ausgeschlossen?)

– Kinderkrankheiten kann es bei jedem neuen Gerät geben. Deswegen ist es ganz wichtig, dass man gründlich testet, ob diese Maschinen den betrieblichen Anforderungen entsprechen und das halten, was die Gewährleistung verspricht.

Zu Frage b: Die Beschaffung von Großmaschinen erfolgt durch die Forstdirektion in Absprache und im Einvernehmen mit dem Ministerium. Zugrunde gelegt werden natürlich Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Das ist gar keine Frage. Nur Maschinen, die wirklich wirtschaftlich sind, werden beschafft oder auch geleast. Da kommt es darauf an, dass eine entsprechende Auslastung vorliegt und dass die Maschine auch in besonderer Weise der notwendigen Flexibilität entspricht. Das sage ich generell zu der Frage nach der Beschaffung solcher Maschinen bzw. dem Leasen solcher Maschinen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Bitte?

(Abg. Teßmer SPD: Ich frage noch einmal nach!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Teßmer, eine Zusatzfrage. Bitte sehr.

Abg. Teßmer SPD: Das, was ich jetzt gehört habe, entspricht nicht dem, was man mir gesagt hat. Deswegen frage ich weiter: Wie erklären Sie sich und uns, dass trotz der Auskünfte vom August bei Neuanschaffungen die alten Maschinen genauso weiterlaufen wie zuvor, zum Teil sogar in noch größerem Umfang?

Zweite Zusatzfrage: Warum werden Landesforstmaschinen rücksichtslos zulasten der privaten Forstunternehmer eingesetzt, obwohl der Finanzminister in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts klar gesagt hat – ich zitiere –: „Der Staat hat sich als Arbeitgeber zurückzuhalten“?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Zunächst zur ersten Frage: Ich schlage vor, dass Sie genau benennen, was angeblich nicht mehr mit der Auskunft vom August dieses Jahres übereinstimmen soll, und dass Sie dann am besten auch gleich die Quelle benennen, durch die Sie da informiert wurden. Möglicherweise sind das Missverständnisse oder ist das Unkenntnis, die wir schnell ausräumen können. Fest steht, was ich Ihnen jetzt sage, dass mit Wirkung vom Oktober zusätzlich eine Maschine geleast wurde, die eine im Regiebetrieb eingesetzte Maschine ersetzen soll. Ich bin aber gern bereit, zu veranlassen, dass wir das noch einmal aufklären, sofern ein Dissens zu dem besteht, was im August gesagt wurde, und zu dem, was Ihnen gesagt wurde. Sofern dieser Dissens wirklich vorhanden ist, können wir das noch einmal aufklären. Vielleicht können wir das bilateral vornehmen.

Zum Zweiten: Auch das war Gegenstand der Beantwortung Ihrer Frage im August. Man muss sehen, dass der Anteil der Unternehmermaschinen bei der Holzaufarbeitung bei über 95 % liegt. Wir haben in Baden-Württemberg 150 Harvester im Einsatz. Die Landesforstverwaltung verfügt über fünf regieeigene und einen geleasten. Schon an diesen Zahlen sieht man, dass wir wirklich dem Grundsatz treu bleiben, dass die Privatunternehmer tätig sein sollen.

(Abg. Teßmer SPD: Es wird fast nichts mehr gegeben!)

Unsere Maschinen werden naturgemäß schwerpunktmäßig im Staatswald eingesetzt. Das heißt, von 500 000 Festmetern Holz sind dort bei 100 000 Festmetern Regiemaschinen im Einsatz. Das entspricht etwa 20 %. Im Kommunal- und Privatwald sind fast ausschließlich private Unternehmer tätig. Das ist die Wirklichkeit.

Dabei muss man wissen: Man hat natürlich gewisse Anforderungen an die Flexibilität und auch an den Ausgleich von Arbeitsspitzen. Da macht es schon Sinn, dass wir ein gewisses Quantum eigener Maschinen im Einsatz haben. Aber – nochmals gesagt – insgesamt kann man von einem Anteil von 95 % reden, der von Privatunternehmern durchgeführt wird. Es gibt einen größeren staatlichen Anteil beim Staatswald, aber überwiegend Privatunternehmer beim Kommunal- und Privatwald.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist aber regional sehr unterschiedlich! Das wissen Sie auch! – Gegenruf des Abg. Kiefl CDU: Das weiß er! – Abg. Wieser CDU: Der Minister weiß alles!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Minister, trifft es zu, dass in einem kleinen Stützpunktforstamt eine 13 Jahre alte Forstmaschine, die gerade einmal 6 000 Betriebsstunden auf dem Buckel hatte, was einer Jahresleistung von nur 1 200 Festmetern Rückevolumen entspricht, nicht durch eine Ersatzbeschaffung, nämlich einen Standardschlepper mit Seilwinde und einem kleinen Rückekran für 120 000 € ersetzt werden durfte,

(Abg. Röhm CDU: Was der alles wissen will!)

sondern nur die Genehmigung für eine weitaus größere Forstspezialmaschine mit Knicklenker und allerlei technischen Raffinessen für etwa 220 000 € erteilt wurde, obwohl schon die alte Maschine nicht ausgelastet werden konnte?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Verwaltungsreform! – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

– Das machen doch die Landräte!

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Lieber Kollege Haas, ich habe als Minister natürlich nicht sämtliche Details über Baumsägen im Kopf. Diesbezüglich kann ich Ihnen jetzt keine spontane Antwort geben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist schon klar!)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir diese Frage, die hochinteressant ist und mich höchstpersönlich interessiert, zustellen würden.

(Beifall der Abg. Wieser CDU und Hofer FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Aber ich bin Ihnen allen Ernstes dankbar. Geben Sie mir das herüber. Ich werde es prüfen lassen. Ich kann die Frage im Moment wirklich nicht aus dem Stand heraus – bitte sehen Sie mir das nach – im Detail beantworten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wozu sind Sie Minister? – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort für eine Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Minister, wenn Sie sagen, dass rund 95 % privat sind und nur 5 % Landesforst, können Sie uns erklären, warum diese 5 % noch notwendig sind?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Ich habe schon versucht, das anzudeuten bzw. anzureißen. Es gibt natürlich immer wieder Fragen der betrieblichen Flexibilität und des Ausgleichs von Arbeitsspitzen. Wir haben darüber hinaus auch die Entwicklung von Qualitätsstandards. Es geht auch um die Entwicklung von Techniken und Arbeitsverfahren. Wenn man Eigentümer von 320 000 Hektar Staatswald ist, dann ist es geradezu geboten, dass man zumindest in einem kleinen Bereich selbst Er-

fahrung sammeln und mit weiterentwickeln kann, was moderne Holzwirtschaft bedeutet.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Wenn wir in diesem hohen Grade Privatisierung haben, dann kann ich allen anderen Bereichen nur empfehlen: Geht hin und tut das Gleiche.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Damit ist diese Anfrage gründlich beantwortet.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Scheitern der Regierungskonferenz zum EU-Verfassungsentwurf

Frau Abg. Dr. Gräßle, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Auswirkungen auf den weiteren europäischen Prozess sieht die Landesregierung nach dem Scheitern der Regierungskonferenz vom vergangenen Wochenende?
- b) Wie bewertet die Landesregierung die Chancen, dass es doch noch zu einer Einigung über den europäischen Verfassungsentwurf kommen kann?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte namens der Landesregierung zu den Fragen a und b im Zusammenhang Stellung nehmen.

Die Landesregierung bedauert nachdrücklich das Scheitern der Regierungskonferenz am vergangenen Wochenende. Die große Chance, Europa mit 25 und mehr Mitgliedsstaaten handlungsfähig zu machen, ist vorläufig gescheitert. Der Europäische Rat hat der irischen Präsidentschaft keinen Auftrag erteilt, neu zu verhandeln, sondern die Präsidentschaft lediglich gebeten, die Möglichkeiten für weitere Entwicklungen auszuloten. Das heißt nicht viel. Auch die Schlussklärung des italienischen Vorsitzes sagt lediglich, dass es einen unbestreitbaren Verhandlungsbesitzstand gebe, ohne dessen Status oder Schicksal weiter zu präzisieren. Ein geringeres Ergebnis war für diesen Gipfel kaum denkbar gewesen.

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass das ehrgeizige europäische Projekt damit in einer schwierigen Situation, ja in einer ersten Krise ist. Die zentrale Frage lautet: Wie soll das Europa der 25 ab 1. Mai 2004 unter den Bedingungen von Nizza und den anderen Verträgen eigentlich funktionieren? Natürlich wird die Union weiterarbeiten. Aber die Er-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

gebnisse dieser Politik werden für die Menschen unbefriedigend sein, weil wir nicht die institutionellen Vorkehrungen haben, um Kompetenzausübung und Kompetenzabgrenzung befriedigend zu bewerkstelligen. Das Signal, das vom Gipfel ausging, ist verheerend, gerade im Erweiterungsjahr 2004.

Das Scheitern, Frau Kollegin Gräßle, hing in erster Linie an der Frage der doppelten Mehrheit. Wir halten es für richtig, dass die Bundesregierung in dieser entscheidenden Frage nicht nachgegeben hat und den Konventvorschlag verteidigte. Dieser trägt dem Grundgedanken der Union als einer Union der Staaten und als einer Union der Bürger Rechnung und war deshalb richtig.

Allerdings muss auch festgehalten werden, dass der Bruch des Stabilitätspakts durch Deutschland und Frankreich und die Verhinderung korrigierender Maßnahmen das Vertrauen in die großen Mitgliedsstaaten und gerade auch in die deutsche Politik massiv beschädigt hat. Jeder, der bei der Regierungskonferenz dabei war, hat spüren können, wie diese Entscheidung im ECOFIN-Rat – der Bruch des Stabilitätspakts – die gesamte Atmosphäre der Verhandlungen so beeinträchtigt hat, dass eine einseitige Schuldzuweisung an die Adresse Polens oder Spaniens für das Scheitern des Gipfels nicht zutreffend ist. Auch die Bundesregierung hat einen Gutteil Anteil am Scheitern der Regierungskonferenz, auch wenn sie diesen Anteil herunterspielen möchte.

Wie geht es nun weiter? Das primäre Ziel der deutschen Länder muss es bleiben, die Erfolge des Konvents zu erhalten. Die Regierungskonferenz hat darüber hinaus einige weitere Verbesserungen auf den Weg gebracht. Wir sollten uns deshalb bemühen, diesen Besitzstand – Konvent plus Ergebnis der Regierungskonferenz – in den nächsten Monaten zu erhalten.

Die Bundesregierung sollte jetzt alles dafür tun, dass der Verfassungsentwurf kein historisches Dokument wird oder nur noch als Steinbruch für vereinzelte Änderungen verwendet wird. Denn eines ist klar: Der Verfassungsentwurf muss in seinen wesentlichen Teilen als Gesamtwerk erhalten bleiben. Nur so kann das Ziel – Handlungsfähigkeit, Demokratie und Bürgernähe – erreicht werden.

Zu der Frage, in welchem zeitlichen Verlauf, in welcher zeitlichen Perspektive sich dieses Ziel umsetzen lässt, Frau Kollegin Gräßle, wage ich keine Prognose – vermutlich aber nicht im ersten Halbjahr 2004 vor der Europawahl. Personen, die mehr Kenntnis haben, gehen davon aus, dass die Diskussion über das Verfassungsdokument eher im zweiten Halbjahr 2004 oder im ersten Halbjahr 2005 wieder aufgenommen wird.

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Wieser.

Abg. Wieser CDU: Nachdem dieses Ergebnis unter der Verhandlungsführung des Bundeskanzlers so negativ war, frage ich Sie: Sehen Sie, Herr Minister, Möglichkeiten, dass unser baden-württembergisches Konventsmitglied, Ministerpräsident Teufel, noch wirken kann, um die Sache in die richtige Richtung zu bringen?

(Oh-Rufe von der SPD – Zu- und Gegenrufe von der SPD und der CDU – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort hat Herr Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Ich würde die Frage von Herrn Kollegen Wieser gern entpersonalisieren. Der Konvent hat in seiner Gesamtheit natürlich schon ein ganz herausragendes Dokument vorgelegt. Wir sind jetzt mit der klassischen Methode der Regierungskonferenz aufgelaufen. Der Konvent hatte mehr Sachverstand, mehr Kraft, mehr Mut zur Zukunft als die Regierungsvertreter. Der Konvent ist nicht gescheitert. Er hat ein einmütig verabschiedetes Dokument vorgelegt, auch dank der Mitwirkung unseres Ministerpräsidenten, das nun an nationalen Egoismen in der Regierungskonferenz zerrieben worden ist. Das ist für Europa höchst bedauerlich. Leider muss man feststellen – dem werden Sie nicht widersprechen können, weil dies auch in der Berichterstattung auf europäischer Ebene einheitlich so gesehen wird –, dass auch die deutsche Bundesregierung einen Gutteil Anteil an diesem Scheitern hat.

(Abg. Wieser CDU: Vielen Dank, Herr Minister!)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort zu einer Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, wie hätte denn die deutsche Bundesregierung der Forderung Polens nach einer besseren Berücksichtigung bei der Stimmengewichtung entsprechen sollen, ohne den Kern des Verfassungsentwurfs aufzugeben, nämlich das Prinzip der doppelten Mehrheit, das Sie gerade verteidigt haben?

(Abg. Fleischer CDU: Auf jeden Fall weniger arrogant!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Herr Kollege Fleischer sagt: „weniger arrogant“. Die Arroganz, mit der die Bundesrepublik Deutschland in der Regierungskonferenz gegenüber kleinen Mitgliedsstaaten und Beitrittsländern auftrat, war mit Händen zu greifen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Carla Bregenzer: Das sagen die Richtigen!)

Ein zweiter Punkt ist zu benennen, Herr Kollege Palmer, der mindestens ebenso wichtig ist. Das wäre der Verzicht gewesen, den Stabilitätspakt von Maastricht in dieser einseitigen Weise zu brechen. Das war keine parteipolitische Frage. Denn unabhängig von der Zugehörigkeit zu sozialistisch, liberal oder christdemokratisch geprägten Regierungen: In der Regierungskonferenz war in dem Augenblick das Scheitern angelegt, als Länder sagen konnten: „Es ist doch ohnehin egal, was wir abschließen. Die Großen, die Franzosen und die Deutschen, biegen sich europäisches Recht ohnehin so, wie sie es brauchen.“ Dieser Bruch des Stabilitätspakts von Maastricht ist der eigentliche Sündenfall, der das Konklave der Außenminister in Neapel Ende November überlagert hat.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

und damit das Scheitern in der Regierungskonferenz in Brüssel ausgelöst hat. Deshalb muss sich die Bundesregie-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

rung den Vorwurf gefallen lassen, dass sie durch ihr Handeln daran mitgewirkt hat, dass die Regierungskonferenz auf so dramatische Art fehlgeschlagen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zu einer Zusatzfrage erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Minister, die Auswirkungen dieses Scheiterns für die kommende Europawahl können, glaube ich, nicht dramatisch genug eingeschätzt werden. Was wird denn die Landesregierung von Baden-Württemberg angesichts des Scheiterns tun, um der Europamüdigkeit, der Abneigung der Bürger gegen Europa ein Stück entgegenzutreten?

(Unruhe)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Das, was in Brüssel geschehen ist, ist jedenfalls kein Rückenwind für das Erweiterungsjahr und das Europawahljahr 2004; das wird man nicht behaupten können. Wir werden uns, Frau Kollegin Gräßle, trotzdem nicht entmutigen lassen in dem Bemühen um eine hohe Wahlbeteiligung. Wir werden, wie auch bei den vorangehenden Wahlen, versuchen, mit dem Kuratorium der europäischen Bewegung, in dem alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte Baden-Württembergs vertreten sind, für gemeinsame Aktionen zu werben, um auf die Wahlbeteiligung positiv einzuwirken. Das reicht von den Gewerkschaften bis zu den Unternehmerverbänden, von den Kirchen bis zu den Jugendorganisationen. Es wird eine Vielzahl von gemeinsamen Initiativen und Aktivitäten besprochen. Wir werden dies dann endgültig am 26. Januar 2004 auf den Weg bringen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Strukturpolitische Begleitung des Rückbaus des Kernkraftwerks Obrigheim – Drucksache 13/1647

Zusätzlich rufe ich hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Ein Ausstieg ohne Einstieg – Wo bleibt das Konversionsprogramm des Bundes? –, Drucksache 13/2756, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung des Antrags Drucksache 13/1647 und fünf Minuten für die Aussprache, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn die Vorlage annähernd ein Jahr alt ist, kann sie nicht aktueller sein, als sie jetzt wirklich ist. In der Vorlage zeigt sich – Minister Palmer ist hinausgegangen –

(Abg. Wieser CDU: Er hört Sie!)

die Arroganz und auch die Unfähigkeit der Landesregierung, auf Anträge einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Alles, was die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag schreibt, ist klar gegliedert: Die EU macht nichts. Der Bund macht nichts. Die Region ist gefordert, Konzepte aufzuzeigen. Erst dann kann die Landesregierung reagieren. Das ist zunächst einmal „Thema verfehlt“, und es ist auch ein völlig falscher Ansatz. Wir wollten mit diesem Antrag eigentlich in Erfahrung bringen, was die Landesregierung tun kann, tun soll und tut, um den Rückbau des Kernkraftwerks Obrigheim strukturpolitisch zu begleiten.

(Abg. Wieser CDU: Wir wollen ja gar nicht zurückbauen!)

– Wir kommen nachher gleich dazu, Kollege Fleischer

(Zurufe: Wieser!)

– Entschuldigung –, Kollege Wieser.

(Abg. Fleischer CDU: Sie brauchen sich nicht zu entschuldigen! – Abg. Hofer FDP/DVP: Kollege Fleischer ist der gleichen Meinung!)

– Kein Problem.

Sie argumentieren mit Programmen zur Förderung von Sozialwohnungen. Meine Damen und Herren, wir wollen keine Sozialwohnungen in der Nähe des Standorts Obrigheim haben, sondern wir wollen an diesem Standort qualifizierte Arbeitsplätze für die dort vorhandenen qualifizierten Mitarbeiter haben. Ich sage Ihnen: Ich gehe davon aus, dass keiner der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kernkraftwerks Obrigheim eine Sozialwohnung braucht.

(Beifall bei der SPD)

Sie argumentieren mit der Modernisierung des Krankenhauses Mosbach.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Dazu kann man nur sagen: Thema verfehlt. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wenn Sie im Land moderne Krankenhäuser wollen, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, dass auch das Krankenhaus in Mosbach modernisiert wird. Das hat aber nichts mit der Konversion von Obrigheim zu tun.

(Abg. Gall SPD: Gar nichts!)

Sie argumentieren, meine Damen und Herren – da kann man noch einen gewissen Spaß, einen gewissen Witz finden –, mit Tourismusinfrastrukturprogrammen. Wenn Sie meinen, aus Obrigheim ein Freilichtmuseum machen zu sollen und dort aufzeigen zu sollen, welche Erfolge die rot-grüne Bundesregierung mit dem Ausstieg aus dem Atomprogramm gezeitigt hat, dann kann man durchaus in die Richtung Tourismus gehen. Denn ich könnte mir vorstellen, ein solches Freilichtmuseum würde aus der ganzen Bundesrepublik angefahren und über Jahre hinweg unsere Erfolge in Berlin aufzeigen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

(Knapp)

Der große Vorteil für Obrigheim ist allerdings, dass der Rückbau nicht so schnell geht, dass er eine gewisse Zeit dauert, sodass noch bis über das Jahr 2030 hinaus im Mittel etwa 200 Arbeitskräfte am Standort Obrigheim bleiben werden. Das heißt, Obrigheim hat das Glück, dass es langsamer geht.

(Abg. Wieser CDU: So ein Zynismus!)

Wenn Obrigheim auf die Landesregierung angewiesen wäre, dann wäre Obrigheim verlassen, Kollege Wieser.

(Abg. Wieser CDU: Dann würde das Kernkraftwerk weiterlaufen!)

– Darauf kommen wir nachher noch.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Kollege Wieser, es ist spannend, dass Sie das sagen. Wir kommen nachher noch zu Ihrem Antrag.

Sie müssen einfach einmal akzeptieren, dass der Atomkonsens von den Energieversorgungsunternehmen und der Bundesregierung unterschrieben wurde. Es ist also kein Druck ausgeübt worden, wie Sie es immer darstellen,

(Abg. Wieser und Abg. Fleischer CDU: Nein, überhaupt nicht!)

und es ist auch nicht ausgemacht worden, dass es Programme zur Konversion geben muss,

(Abg. Wieser CDU: Das habt ihr gern gemacht! –
Abg. Fleischer CDU: Das haben wir sogar ange-
regt!)

sondern es ist unter bestimmten Randbedingungen freiwillig unterschrieben worden. Das müssen Sie endlich einmal akzeptieren. Die Energieversorger im Land sind bereits weiter und überlegen, wie sie zukünftig ihre Energiestandorte sichern. Sie hingegen sagen immer noch: Wir wollen weiterhin nicht abschalten oder sogar neue Kernkraftwerke bauen.

Die EnBW hat die Weichen bereits gestellt; denn die EnBW wird alle Kernkraftwerke in einer gemeinsamen Gesellschaft zusammenfassen und wird den Sitz dieser gemeinsamen Gesellschaft in Obrigheim ansiedeln. Die EnBW sagt also bereits: Wir müssen am Standort Obrigheim etwas machen und ziehen dort die Kernkraftwerksgesellschaft zusammen. Das müssen Sie einfach einmal verstehen und akzeptieren.

Als Zweites müssen Sie akzeptieren, dass die EnBW nur 75 % des von ihr verkauften Stroms selbst produziert und 25 % zukaufen muss. Hochgerechnet haben wir in Baden-Württemberg einen Verlust von etwa 500 bis 700 Arbeitsplätzen, weil wir 25 % des Stroms zukaufen.

Kraftwerksplanungen müssen sein, brauchen eine bestimmte Zeit und haben einen langen Vorlauf. Daher muss man mit der EnBW reden und jetzt entscheiden, wie es in Obrigheim weitergeht und wie dort weiterhin Energie produziert werden kann.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Kein Mensch plant ein Kernkraftwerk im Moment! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Frau Schavan wollte doch ein Kernkraftwerk!)

– Wir sollten aber Obrigheim als ausgewiesenen Energiestandort belassen und dafür sorgen, dass auch die 25 %, die der EnBW als größtem Versorgungsunternehmen in Baden-Württemberg heute fehlen, in Baden-Württemberg produziert werden und damit Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich habe gerade gesagt, 500 bis 700 Arbeitsplätze fehlen uns allein in der Erzeugung. Die Verteilung ist ein anderes Thema. Jedwede Zukunftstechnologie, die wir bisher vorgeschlagen haben, wurde von Ihnen kategorisch abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines und nehme an, die Landesregierung wird nachher antworten, Herr Staatssekretär Mehrländer:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nicht nur die!)

Die beste strukturpolitische Maßnahme ist, dass wir in Obrigheim einen Mix an Energieerzeugung lassen, dass wir es dort ähnlich wie in Mannheim machen und konventionelle Kraftwerke mit Biomassekraftwerken zusammenspannen, also mit Kraftwerken der erneuerbaren Energien. Dann hat man den großen Vorteil, dass man in Obrigheim nicht nur der Struktur hilft, den Kraftwerksstandort erhält, sondern auch der Landwirtschaft hilft, wenn man standortnah anfallende Biomasse in Obrigheim in Energie umsetzt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Sehr richtig! Das täte der Landwirtschaft sehr gut! Das weiß sogar Herr Stächele!)

Sie von der CDU müssen die unsägliche Diskussion über den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken erst einmal öffentlich führen. Frau Schavan, Sie denken sogar über neue Standorte oder neue Kraftwerke nach. Bei der Bevölkerung müssen Sie das erst einmal durchbekommen. Das ist ein Thema und ist eine Diskussion, die völlig rückwärts gewandt sind.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Steinzeit!)

Solange die Landesregierung nicht damit aufhört, über eine weitere Kernenergienutzung zu diskutieren, ist es hirnerrig, zu glauben, dass ein Investor kommt. Im Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2756, steht etwas von möglichen Investoren. Wie soll denn jemand kommen, wenn darüber diskutiert wird, dass weitere Kernkraftwerke gebaut werden? Wie soll dort jemand in GuD-Kraftwerke, in Biomassekraftwerke oder auch in andere Energieerzeugungsarten investieren?

(Abg. Fleischer CDU: Was Sie haben, ist eine Mischung aus Utopie und Verantwortungslosigkeit, angereichert durch einen Schuss Populismus! Sie können halt nicht rechnen!)

– Kollege Fleischer, Sie fragen, wie man es ersetzen soll. Wir haben schon heute 25 % zu wenig Energieerzeugung in

(Knapp)

Baden-Württemberg. Zunächst einmal müssen wir das ersetzen. Dann müssen wir vielleicht einen Teil der Zwischenenergieerzeugung auf der Basis konventioneller Energieträger durchführen, und vor allem müssen wir massiv in die Nutzung erneuerbarer Energien einsteigen. Doch da versuchen Sie ja alles zu verhindern, was nur geht.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Gegenruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Während dieser Diskussion wird weder in konventionelle Energien noch in erneuerbare Energien investiert. Ich brauche Ihnen ja nicht alle Verhinderungsgesetze aufzuzählen. Sie führen alle Förderprogramme auf null zurück; Sie führen auch alles andere, was es gibt, zurück. Sie haben das Landesplanungsgesetz als Windkraftverhinderungsgesetz eingesetzt, Sie haben die Diskussion „Wir wollen keine Windenergienutzung, sondern Energie aus Biomasse und Wasser“ losgetreten.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Sie wissen aber alle so gut wie ich, dass der Ausbau der Wasserkraft begrenzt ist und dass wir auch bei der Biomasse langsam an die Grenzen kommen. Das heißt, Sie machen einfach die Augen zu vor jeglicher Realität.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, steht absolut still. Das haben wir ja auch bei den Haushaltsplanberatungen mitbekommen. Das bekommen wir ja auch tagtäglich in der Presse mit, dass sich nichts mehr bewegt und nichts nach vorn geht.

(Unruhe)

Ich sage Ihnen eines: Am besten ist das am Energiestandort Obrigheim und an der Begleitung des Energiestandorts Obrigheim in die Zukunft deutlich zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Thomas, heb dir noch Redezeit auf!)

Zum Schluss komme ich zu Ihrem Antrag: Wir bitten schon jetzt darum, über die Ziffern 1 und 2 getrennt abzustimmen. Denn für Ziffer 1 gilt ganz klar das, was ich bereits gesagt habe: Thema verfehlt. Sie fragen nach dem Bund, Sie fragen nicht, was das Land machen kann, und es gibt im Atomkonsens keine Ausgleichszahlungen, also auch keine Konversionsprogramme.

Die Ziffer 2, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, werden wir selbstverständlich unterstützen. Also bitte ich um getrennte Abstimmung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Am Schluss sind wir uns wieder einig!)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Genau so habe ich mir immer die Diskussion vorgestellt: Es gab zwei Handelnde, nämlich die

Bundesregierung und die Energieversorgungsunternehmen. Die haben eine Vereinbarung getroffen, und jetzt sollen Dritte diese Vereinbarung schuldnerisch einlösen. So kann das nicht funktionieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt ganz klar Verantwortliche, nämlich die beiden Partner, die die Vereinbarung getroffen haben. Ich will das jetzt gar nicht näher bewerten.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist auch besser so!)

Aber eines ist doch klar: dass wir uns politisch nicht über die Frage der Kernenergie einig sind.

(Abg. Teßmer SPD: Darum geht es hier aber nicht!)

Sie wollen aussteigen; wir sagen, sie ist notwendig, um auf Jahre, um nicht zu sagen, auf Jahrzehnte hinaus die notwendige Grundlast beim Strom zu erzeugen. Es ist ein Unterschied, Herr Kollege Knapp, ob wir Defizite in der Mittel- und Spitzenlast haben oder ob wir Defizite in der Grundlast haben.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

In der Grundlast haben wir derzeit keine Defizite, und deshalb wird kein Energieversorgungsunternehmen – jedenfalls ist mir keines bekannt, das das vorhat – derzeit in Mitteleuropa neue Kraftwerke im Grundlastbereich ohne maßgebliche Subventionen bauen, weil man Grundlastenergie, die aus Kernenergie erzeugt worden ist, billiger aus Nachbarländern beziehen kann. Das ist die Faktenlage.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich: Wer dieses Ausstiegsszenario veranstaltet, ist auch dazu verpflichtet, die Folgen zu mildern. Das ist eine Verantwortung, die Sie den Menschen und der Region schuldig sind.

(Abg. Teßmer SPD: Gilt das auch bei der Verwaltungsreform?)

Ich hätte mir gewünscht, dass auch Sie sich zu dieser Verantwortung bekennen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Föderalismus!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ja keinesfalls so, dass sich das Land Baden-Württemberg dieser Verantwortung, die wir generell für alle Regionen haben – und für Regionen, die unter Umständen in eine schwierige Situation geraten, erst recht –, entziehen wollte. Ich darf dazu Folgendes anführen – das ist ja zum Teil auch in der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag enthalten –: Im Bereich der Wirtschaftsförderung wurden in Obrigheim günstige Rahmenbedingungen im dortigen interkommunalen Gewerbegebiet geschaffen, und zwar mit maßgeblicher Unterstützung des Landes im Bereich der Ansiedlung interkommunaler Gewerbegebiete.

(Abg. Wieser CDU: Durch den Abg. Hauk ist das gekommen! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Oh, jetzt aber! – Heiterkeit des Abg. Knapp SPD)

(Hauk)

Die Gemeinde Obrigheim und weitere Nachbargemeinden wurden nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Folgen des Ausstiegs oder möglicher Ausstiegsszenarien in die Ziel-2-Kulisse der Europäischen Union aufgenommen.

Es wird in den nächsten Jahren darum gehen, dass wir gemeinsam versuchen, die Wirtschaftsinfrastruktur in dieser Region weiter zu verbessern und auszubauen. Aber bitte nehmen Sie doch Abschied von dem Gedanken, dass die Politik aktiv Arbeitsplätze schaffen würde. Wir müssen die richtigen Rahmenbedingungen und die richtige Infrastruktur schaffen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Knapp SPD: Richtig! – Abg. Göschel SPD: Warum tun Sie es nicht? – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

damit vor Ort Arbeitsplätze entstehen können. Sie haben mit Ihrem Ausstiegsszenario jedoch Rahmenbedingungen geschaffen, die einen ganzen Sektor von Arbeitsplätzen vernichten.

(Abg. Teßmer SPD: Ach, Quatsch! Sie sind nicht der, der entscheidet, was richtig ist!)

Auch das müssen Sie letztendlich erkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Wieser CDU: Wirtschaftswüste!)

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie das Thema – ich meine, man kann über vieles reden – Krankenhäuser und dergleichen etwas abtun, geht es aber im Kern darum, eine Region dort, wo sie regionales Wirtschaftsprofil entwickeln kann, weiter zu stärken. Wenn wir nun im Neckar-Odenwald-Kreis, in der Region um Mosbach, eine große Behinderteneinrichtung haben und dort ein Krankenhaus ist, dann ist ein Merkmal des Profils dieser Region der Faktor „Pflege von Behinderten, Betreuung von Behinderten und Gesundheit“. Dann ist es doch nur logisch, dass auch die Landesregierung versucht, dieses Profil in der Region zu stärken und auszubauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Unterschied zur Bundesregierung und zur SPD gab es bei den Grünen übrigens deutlich bessere Ansätze der Unterstützung, zumindest –

(Abg. Alfred Winkler SPD: Schmeichler! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Heuchler!)

– Entschuldigung, das ist wahr. Gehen Sie doch einfach einmal in die Gespräche vor Ort hinein! Dann können Sie manches sehr entspannt sehen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Hauk, Sie schweifen ab! – Abg. Wieser CDU zur SPD: Hospitieren Sie doch mal bei den Grünen!)

Bei den Grünen gab es deutlich verbesserte Ansätze der Unterstützung. Im Bereich der SPD wurde Verantwortung bisher nur zurückgewiesen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir, das Land und die Regierungsfractionen, stellen uns dieser Verantwortung, und wir werden auch alle Bestrebungen der Kommunen und der Wirtschaft, in und um Obrigheim entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen, unterstützen.

Aber bitte bekennen auch Sie sich zu Ihrer Verantwortung, die Sie angesichts Ihrer desaströsen Politik haben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Was? Was? – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

und unterstützen Sie uns in dem Bemühen, den Bund in diesem Fall mit in die Pflicht zu nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Alfred Winkler?

Abg. Hauk CDU: Aber gerne.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben jetzt mehrfach den Arbeitsplatzabbau angesprochen; dazu nur eine Frage: Haben Sie irgendwann – vielleicht im Fernsehen – schon einmal gehört, dass alternative Energien mehr Arbeitsplätze schaffen, als Sie uns jetzt vorwerfen, abzubauen?

(Abg. Zimmermann CDU: Das hören wir, aber feststellen können wir es nicht! – Gegenruf des Abg. Knapp SPD: Dann müsst ihr die Randbedingungen schaffen! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Winkler, das ist, glaube ich, nicht allein die Thematik.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei Ihnen gibt es nur schwarz oder weiß, Herr Hauk!)

Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass wir regenerative Energien fördern müssen.

(Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung, ich will jetzt nicht abschweifen, aber die Frage lautet doch: Wo und an welchem Standort?

(Abg. Fleischer CDU zur SPD: Das ist so!)

Wenn man regenerative Energien wie in diesem Fall die Gewinnung von Windenergie an Standorten mit Windgeschwindigkeiten unter fünf Metern pro Sekunde oder dort, wo das Landschaftsbild besonders beeinträchtigt wird, fördern will, dann gestehen Sie uns doch zumindest zu, dass man dies unter ökonomischen, volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten hinterfragt. Ich lehne Windenergie nicht grundsätzlich ab.

(Abg. Teßmer SPD: Sie befürworten sie aber auch nicht! – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Alfred Winkler SPD)

(Hauk)

Ich sage nur: nicht an jedem Standort, und erst recht nicht an jedem Standort in Baden-Württemberg. Was für regenerative Energien gilt –

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg hat –

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Entschuldigung, das Einspeisegesetz ist ein Kind der Regierung Helmut Kohl.

(Abg. Wieser CDU: So ist es! Kohl hat das gemacht! – Zurufe der Abg. Fleischer CDU und Alfred Winkler SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Hauk.

(Abg. Wieser CDU: Kohl hat das gemacht! Dr. Kohl!)

Abg. Hauk CDU: Das Einzige, was Sie verändert haben, ist die Höhe der Einspeisevergütung. Das hat in der Summe zu volkswirtschaftlich fehlgeleiteten Subventionen geführt. Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Aber er soll nicht von Arbeitsplatzabbau reden!)

Aber es ist doch gar keine Frage, dass wir dort, wo wir im Bereich der regenerativen Energien Stärken und Potenziale haben, beispielsweise in der Biomasse,

(Abg. Fleischer CDU: Große Wasserkraft!)

in der Geothermie – es gibt ja Versuche im Rheingraben und in Bad Urach – und im Bereich der Großen Wasserkraft, diese natürlich auch einsetzen und umsetzen wollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Herrn Abg. Knapp?

Abg. Hauk CDU: Ich hatte vorhin noch eine Redezeit von zwei Minuten. Jetzt habe ich keine mehr.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Abg. Hauk, können Sie grob skizzieren, was unter dem Einspeisegesetz der Regierung Kohl von 1991 bis Ende 1998 an Neubau von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien erfolgte und was ab 1999 unter dem Erneuerbare-Energien-Gesetz der rot-grünen Regierung innerhalb von drei Jahren erfolgte?

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Knapp, es geht um die Frage – da werden Sie mir zustimmen –: Wohin werden Subventionen gelenkt, und in welchem Umfang geschieht dies?

(Abg. Fleischer CDU: Das alles ist viel zu teuer!)

Jetzt, glaube ich, sind wir uns doch in einem einig.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nicht ausweichen!)

Sie korrigieren die Förderung doch in Teilen jetzt selber – zu Recht. Es ist eine, wie ich meine, noch nicht ausreichende Korrektur.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie weichen aus! Das war doch eine einfache Frage! Geben Sie doch eine einfache Antwort!)

Aber immerhin: Sie korrigieren zu Recht die Einspeisevergütungen, weil die Subventionen ein Stück weit fehlgeleitet sind. Das ist doch gar kein Thema.

Aber klar ist doch auch, dass bereits in den Vorjahren im Bereich der Biomasse und vor allem auch im Bereich der Kleinen Wasserkraft

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch keine Antwort! Das hat er doch gar nicht gefragt!)

– natürlich! – entsprechende Renovierungen erfolgt sind und Ersatzbauten etc. geschaffen wurden. Das Neue war, dass Wind- und Photovoltaikanlagen in einem solchen Umfang gefördert worden sind, dass es auch flächenhaft sichtbar geworden ist. Schauen Sie sich einmal die Zahlen an. Diese nehmen sich ja nach wie vor noch höchst bescheiden aus – zwar nicht, wenn Sie die installierte Leistung betrachten, weil die installierte Leistung der Stromerzeugung durch Windenergieanlagen jetzt bei 1 oder 2 % liegt, aber wenn Sie auch die Produktivität dieser installierten Leistung berücksichtigen. Denn dann liegt der Anteil bei weit unter 1 %. Und da reden Sie von einem großartigen Zubau! Das verstehe, wer will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: In Baden-Württemberg, weil Sie das blockieren!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Hofer, Sie wissen das hoffentlich besser! – Abg. Knapp SPD: Herr Hofer, sagen Sie etwas zur Subvention! – Abg. Fleischer CDU: Jetzt klatschen wir wieder!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Herrn Kollegen Hauk schon Recht geben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was?)

Der Antrag der SPD, die Begründung und auch die Art, wie Sie darüber diskutieren, zeugt schon von einer ganz schlichten Denkweise von Rot-Grün: „Wir haben für den Atomausstieg gesorgt; sorgt ihr nun dafür, dass daraus keine Nachteile entstehen, weder für die Energieversorgung noch

(Hofer)

für die Umwelt, noch für die Standorte der stillzulegenden Kernkraftwerke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Entwickelt nun entsprechende Konzepte. Das ist eure Aufgabe.“

Entsprechend dieser Einstellung gibt es auch keinerlei Konversionspläne oder Strategieggespräche der Bundesregierung zur Bewertung der Strukturfolgen des Atomausstiegs. Wir erlauben uns, dieses dennoch mit aller Freundlichkeit untertänigst von der Bundesregierung anzufordern.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Bei allem verständlichen Ärger der Betroffenen bleibt uns in der Tat nicht viel anderes übrig, als die negativen Auswirkungen dieser energiepolitischen Grundentscheidung der Bundesregierung für unser Land, so gut es geht, zu mindern. Das ist selbstverständlich unsere Aufgabe. Zu der stehen wir auch. Diese Auswirkungen gänzlich zu vermeiden kann keiner Konzeption gelingen.

Der Landesregierung liegt ein unter der Federführung von Herrn Professor Voß von der Universität Stuttgart erstelltes Energiegutachten vor. In diesem Gutachten kann man feststellen: Selbst bei vollständiger Ausschöpfung aller Energieeinsparpotenziale – alle Blütenräume gehen in Erfüllung – und aller Potenziale der erneuerbaren Energien einschließlich einer Substitution der Kernkraftwerke durch modernste Erdgas- und Dampfturbinenkraftwerke mit geringem CO₂-Ausstoß wird der CO₂-Ausstoß weiter steigen: bei Obrigheim um 1 Million Tonnen und, wenn Neckarwestheim stillgelegt wird, immer noch um weitere 2 Millionen Tonnen.

Wir haben das bei einem Energiesymposium des LVI in der vergangenen Woche bestätigt bekommen. Sie, Herr Witzel, haben dies, weil Sie eine ehrliche Haut sind, auch einge-räumt,

(Abg. Wieser CDU: Und gescheit ist er auch!)

allerdings mit dem Hinweis, dass dies nur vorübergehend der Fall sein werde.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das ist das Entscheidende!)

Meine Damen und Herren, man kann Konzepte schaffen für und gegen alles, notfalls auch gegen Energieversorgungsriesen, aber nicht gegen Adam Riese. Das geht nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Strompreise! Da muss man schon studiert haben, um darauf zu kommen!)

Die ausfallenden Strommengen einfach zu importieren geht ebenfalls nicht. Die Erfahrungen der Jahr-hunderthitze zeigen dies: Blackouts in verschiedenen Ländern, zuletzt in Italien. Atomstrom zu importieren wäre in der Tat widersinnig. Fehlende Versorgungssicherheit, Transportverluste und zu geringer Ausbauzustand der Netze kommen hinzu.

Euphorie ist ebenfalls fehl am Platze – das muss man ehrlich sagen –, wenn es darum geht, eine Umnutzung des Standorts Obrigheim ins Auge zu fassen. Die Stilllegung wird – da beißt die Maus keinen Faden ab – zu Strukturproblemen für die Region und vor allem für Obrigheim führen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Wieser CDU: Und daran ist die SPD schuld!)

Sie von Rot-Grün werden nicht umhinkönnen, dieses ehrlicherweise vor Ort auch Ihren Genossen und Freunden zu sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Und den Arbeitern!)

Natürlich ist es Aufgabe des Landes, jetzt, so gut es geht, zu helfen. Das machen wir in allen strukturschwachen Räumen, und wir machen das auch, wie überall, so, dass vernünftigerweise mit allen regionalen Akteuren – ich vermeide es jetzt, diese alle aufzuzählen – ein entsprechendes Entwicklungskonzept erarbeitet wird. Dann werden alle regionalen Akteure und insbesondere das Wirtschaftsministerium gemeinsam sehen müssen, wie man alle möglichen Förderprogramme, die vorhanden sind, dafür zentriert einsetzt. Das tun wir in vielen anderen strukturschwachen Räumen und ebenso in Obrigheim, und in diese Richtung geht unser Antrag. Wir werden uns zum Schluss vorweihnachtlich einig sein, und wenn diesem Antrag dann alle zustimmen, dann werden wir das auch so machen.

Es gibt bereits einen entsprechenden Arbeitskreis in Obrigheim unter Vorsitz des dortigen Bürgermeisters. Der wird von uns begleitet, und wir werden unsere Pflicht tun – im Gegensatz zur Bundesregierung bei dem, was wir von ihr verlangen.

(Abg. Capezzuto SPD: Oh!)

Letzter Punkt: Interessant ist, dass sich der Rückbau von Obrigheim über Jahrzehnte hinziehen wird; Sie haben das gesagt. Wenn es mit dem Nasslager nicht vorher gelingt, dann wird es bis zum Jahr 2042 dauern. 200 der 350 hoch qualifizierten Mitarbeiter werden weiter über Jahrzehnte hinweg beschäftigt sein; für den Rückbau kommen neue dazu. Also, arbeitsmarktpolitisch einigermaßen beruhigend: Es gibt mehr Mitarbeiter als vorher. Das ändert jedoch nichts daran – ich komme zum Schluss –, dass das Gewerbesteueraufkommen für Obrigheim

(Abg. Wieser CDU: Zusammenbricht!)

dramatisch sinken wird. Und da können Sie umwandeln, wie Sie wollen: Das, was sie hatten, bekommen sie nicht mehr. Wir werden versuchen, so gut es geht, umzuwandeln. Aber um eine gewisse Ehrlichkeit – sich vor Ort hinzustellen und zu sagen: „Das ist die Kehrseite der Medaille“ – werden Sie nicht herumkommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Rückbau der Kernkraftwerke in Deutschland – letzter Satz – wird eine gigantische Arbeit werden. Deutschland

(Hofer)

wird in den kommenden Jahren zur weltweit größten Abbruchbaustelle. Zweistellige Milliardenbeträge werden eingesetzt werden, bis aller Betonmüll zerhackt und alle Stahlteile blank gefräst und entsorgt sind. Dies mag zwar gut für das Bruttosozialprodukt sein, ist aber volkswirtschaftlich ebenso unsinnig wie die enorme Verschwendung,

(Abg. Wieser CDU: Wo bleibt der Cashflow?)

die darin besteht, Kraftwerke, die umweltfreundlich und sicher weiterzubetreiben sind, einfach stillzulegen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Oje, das haben wir in Tschernobyl gemerkt! Haben Sie die Bilder von den Kindern in Tschernobyl vergessen, Herr Hofer? – Gegenruf von der CDU – Abg. Wieser CDU: Die Palermo-Connection! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Wenn das Kernkraftwerk Obrigheim im Jahr 2005 vom Netz geht, . . .

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: . . . gehen in der Region um Obrigheim weder die Lichter aus, noch gehen dort wirtschaftspolitisch die Rollläden runter.

(Abg. Seimetz CDU: Woher will der das wissen? Der ist doch aus Freiburg!)

Denn auch nach einem Abschalten werden im Kraftwerk noch über längere Zeit hoch qualifizierte Mitarbeiter benötigt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Ja, der Bedarf an Arbeitskräften ist nach dem Abschalten für längere Zeit sogar eher höher als während des Kraftwerksbetriebs.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Stimmt!)

Das zeigt das Beispiel Stade, und das bestätigt jetzt auch noch einmal die Stellungnahme der Landesregierung.

Herr Hauk, es ist daher völlig verfehlt, wenn Sie hier herumpolemisieren, es würden Arbeitsplätze vernichtet.

(Abg. Hauk CDU: Ja, natürlich!)

Und, Herr Hofer, wenn Sie es jetzt so darstellen, als wären die Arbeiten für den Rückbau des Kraftwerks volkswirtschaftlich absolut unsinnig, dann liegen Sie damit neben der Sache.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Denn jedem verantwortungsbewussten Menschen und auch jedem Betreiber des Kraftwerks ist doch klar, dass das

Atomkraftwerk Obrigheim nicht ewig laufen kann. Es hat jetzt schon 35 Jahre auf dem Buckel. Ob es zwei Jahre früher oder später abgebaut wird, ist jetzt nicht die grundlegende Frage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: 15 weitere Jahre! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Deshalb: Lassen Sie uns ideologisch abrüsten und uns tatsächlich dem Thema dieser Debatte zuwenden, nämlich der Frage: Was kann strukturellpolitisch für die Zeit nach dem Abschalten des KWO getan werden?

Ich muss eines sagen – da gebe ich Herrn Knapp Recht –: Was die Landesregierung als Antwort bietet, ist unter aller Kanone.

(Abg. Teßmer SPD: Unter aller Sau!)

Ein Verweis auf die Wohnungsbauförderung und auf das Kreiskrankenhaus in Mosbach trifft das Problem nun wahrhaftig überhaupt nicht. Die zentrale Frage, Herr Hauk, ist doch: Bleibt Obrigheim als Kraftwerksstandort erhalten? Es ist natürlich klar – das wissen wir alle –, dass Entscheidungen für Kraftwerke nicht die Landesregierung trifft. Diese treffen vielmehr die Unternehmen.

Da wäre zunächst einmal die Frage: Was macht die EnBW? Die hat bisher noch nichts verlauten lassen. Die Verlegung der Geschäftsstelle, die Herr Knapp ansprach, ist möglicherweise ein Hinweis. Nach wie vor besteht die Gefahr, dass die EnBW den Kraftwerksstandort aufgibt und lieber Strom aus Frankreich importiert. Das ist eine Perspektive, der wir uns entgegenstellen müssen, und zwar, glaube ich, im gegenseitigen Einvernehmen und in großer Übereinkunft.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Die Option, die wir Grünen da haben, ist: Es könnte ein hoch effizientes GuD-Kraftwerk am Standort errichtet werden. In der Nähe von Mosbach wird ja eine Gaspipeline gebaut. Warum soll man diese Option nicht prüfen, zumal ja an diesem Kraftwerksstandort viel technische Infrastruktur vorhanden ist, zum Beispiel für die Einspeisung ins Netz usw.?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Solange es ein Nasslager ist! – Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Da sind auch die entsprechenden Facharbeiter vorhanden. Deshalb ist ein GuD-Kraftwerk am Standort Obrigheim eine Option, die wir ernsthaft verfolgen müssen.

Das heißt als Fazit: Es liegen gute Voraussetzungen für einen Erhalt des Kraftwerksstandorts Obrigheim vor.

Jetzt ist die Frage: Was hat die Landesregierung getan?

(Abg. Capezzuto und Abg. Teßmer SPD: Nichts!)

Die Antwort ist: Nichts.

(Dr. Witzel)

Ich darf jetzt einmal die schönen Worte aus dem Vorbericht zum Haushalt 2004 vorlesen. Da wird natürlich auch gesagt, die Firmen müssten entscheiden; aber dann heißt es – ich zitiere –:

Darüber hinaus wird die Landesregierung mit den Energieversorgern ständig im Gespräch bleiben, um rechtzeitig Lösungsmöglichkeiten für die Probleme erarbeiten zu können, die möglicherweise einer Investitionsentscheidung im Land entgegenstehen.

Damit will die Landesregierung verdeutlichen, dass sie sich darum kümmert.

Aber jetzt einmal ein paar Fragen dazu. Welche Gespräche wurden denn geführt, Herr Mehrländer?

(Abg. Capezzuto SPD: Dr. Mehrländer!)

Wurden nur mit der EnBW Gespräche geführt oder auch mit Konkurrenten? Wir haben einen liberalisierten Strommarkt. Wo sind die Lösungsmöglichkeiten?

(Abg. Capezzuto SPD: Wo sind sie denn?)

Lassen Sie mich vor allem einen Punkt ansprechen. Es wird gesagt: „Die Landesregierung bemühte sich rechtzeitig um Lösungsmöglichkeiten.“ Uns allen ist doch klar, dass der Bau eines Kraftwerks einen Vorlauf von mehreren Jahren braucht, und die Abschaltung steht in zwei Jahren an. Wo ist denn da die rechtzeitige Lösungsmöglichkeit?

(Abg. Capezzuto SPD: Ja wo?)

Hier hat die Landesregierung schlicht und einfach versagt und versäumt, das rechtzeitig auf die Schiene zu kriegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Hauk, ich muss jetzt noch einmal auf Sie zurückkommen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das brauchen Sie nicht! Das bringt eh nichts!)

Sie haben klare Rahmenbedingungen gefordert. Was Sie als CDU und als Landesregierung machen, ist nun gerade das Schlimmste. Sie stellen den Atomkonsens infrage und sagen: Wir wollen die Laufzeiten verlängern.

(Abg. Capezzuto SPD: Was?)

Können Sie sich denn vorstellen, dass ein Investor eine große Investition, ein neues Kraftwerk plant, wenn nicht einmal klar ist, wann das alte abgeschaltet wird? Deshalb: Treten Sie dafür ein, dass der Atomkonsens umgesetzt wird und dass das KWO wie vorgesehen vom Netz geht! Dann schaffen Sie Investitionssicherheit und klare Rahmenbedingungen.

(Abg. Capezzuto SPD: Genau! – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch schon beschlossen! – Abg. Wieser CDU: Die müssen noch gucken, wo das Geld herkommt!)

Meine Damen und Herren, wer den Ausstieg aus dem Atomkonsens fordert, verunsichert potenzielle Investoren.

Lassen Sie mich schließen, weil meine Redezeit zu Ende ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Schade!)

Fazit: Wir Grünen fordern die Landesregierung auf, den Atomkonsens, der zwischen der Bundesregierung und der Industrie geschlossen wurde, zu akzeptieren und nicht infrage zu stellen. Wir fordern die Landesregierung auch auf, sich in Gesprächen mit den EVUs für den Erhalt des Kraftwerksstandorts Obrigheim einzusetzen.

Abschließend ist noch eine Bemerkung notwendig. Sie fordern die Verantwortung des Bundes ein.

(Abg. Hauk CDU: Und der EnBW!)

Herr Hauk, Sie haben dies auch schon angedeutet. Wir Grünen stehen zu dieser Verantwortung. Als es konkrete Perspektiven für die Ansiedlung einer Photovoltaikfabrik gab, haben wir unsere Verbindungen nach Berlin genutzt, um das zu unterstützen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Letztendlich hat sich aber der Investor zurückgezogen, es mangelte weder an Unterstützung der Grünen in Berlin noch der Grünen hier. Wir stehen zu dieser Verantwortung, und zwar nicht nur heute, sondern auch in Zukunft.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Also! Da haben wir es! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich bin am Ende, Frau Präsidentin.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt hoffen wir, dass dort ein Kraftwerk hinkommt!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über die strukturpolitischen Konsequenzen aus energiepolitischen Grundsatzentscheidungen der Bundesregierung. Deswegen ist es schon höchst bedauerlich, dass die Bundesregierung bislang kein Konversationsprogramm vorgelegt hat

(Abg. Capezzuto SPD: Was für ein Programm?)

– Konversionsprogramm; Herr Abg. Capezzuto, ich danke Ihnen, dass Sie mir so gut zuhören –

(Zurufe von der SPD)

und bislang auch keine Strategiegespräche zur Bewältigung der Strukturfolgen des Ausstiegs angeregt und durchgeführt hat. Daher wird die Landesregierung Ziffer 1 des Antrags der Regierungsfractionen, Drucksache 13/2756, umsetzen.

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Wir werden in Berlin aktiv werden, damit auch die Bundesregierung selbst aktiv wird.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Fakt ist auch, dass uns die Erfahrungen während der Jahrhunderthitze im August, aber auch mit den Blackouts in den USA, im Vereinigten Königreich, in Skandinavien und zuletzt in Italien lehren,

(Abg. Capezzuto SPD: Daran waren aber die Franzosen schuld!)

dass an einer möglichst verbrauchsnahe Erzeugung kein Weg vorbeiführt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Das ist in der Diskussion dargestellt worden.

(Zurufe der Abg. Drexler und Capezzuto SPD)

Deswegen ist es schon wichtig – wenn wir unterstellen, dass es bei dem Ausstieg bleibt –, zu überlegen, ob dann, wenn der Bau der Gasleitung SEL von Lampertheim nach Burghausen abgeschlossen ist – das wird dann genau abzusehen sein –, der Bau einiger Gaskraftwerke – eines davon möglicherweise auch am Standort Obrigheim – infrage kommt. Denn diese Leitung läuft ja – das sieht man, wenn man sich die Pläne anschaut; sie befindet sich noch im Planfeststellungsverfahren – durch das Neckartal. Da gibt es durchaus Möglichkeiten. Das heißt, für das Wirtschaftsministerium ist in diesem Zusammenhang durchaus vorstellbar, Obrigheim als Energiestandort zu erhalten.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Haben Sie schon etwas in dieser Richtung getan?)

– Das Planfeststellungsverfahren läuft. Wenn ich das hier sage, dann bedeutet das, dass wir Überlegungen dazu haben. Aber alles zu seiner Zeit, Herr Abg. Witzel.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es gab massive Vorwürfe,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Zu Recht waren sie massiv!)

dass die Landesregierung nicht bereit sei, die Struktur- und Wirtschaftsförderungsprogramme wie bisher einzusetzen. Schauen Sie dazu in die Stellungnahme zu dem Antrag.

Zur Strukturpolitik gehört nicht nur Wirtschaftsförderung,

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

sondern dazu gehört auch Tourismuspolitik, dazu gehört der Bereich der Krankenhäuser, dazu gehören Straßen. Das alles gehört dazu.

(Abg. Capezzuto SPD: Zum Atomkraftwerk? Das kann nicht sein!)

Es ist erfreulich und auch wichtig, dass ein Arbeitskreis lokaler und regionaler Akteure unter Leitung von Bürger-

meister Lauer Lösungsansätze zur Bewältigung der Konversion prüft.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist kein Liberaler!)

Noch einmal: Dieses Konzept muss von den lokal und regional Verantwortlichen entwickelt werden – von den Kommunen, dem Landkreis, dem Regionalverband, der örtlichen IHK, der Handwerkskammer, der Arbeitsverwaltung. Warum? Weil sie am nächsten an den Problemen dran sind. Hier geht es auch um die praktische Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Außerdem – ich sage das so offen – wollen wir sie auch in die Verantwortung einbeziehen.

Wir, die Landesregierung, insbesondere das Wirtschaftsministerium, wollen uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Daher nehmen wir auch die Ziffer 2 des Antrags der Regierungsfractionen sehr ernst, werden sie umsetzen und Gespräche mit den Investoren führen. Wenn der Impuls noch fehlt, dann bin ich durchaus auch bereit, da einen Impuls zu geben,

(Abg. Fischer SPD: Einen Anstoß zu machen!)

damit sich die ganze Sache beschleunigt.

In diesem Zusammenhang ist auch wichtig – das ist auch gesagt worden –, dass der Rückbau noch lange Zeit in Anspruch nehmen wird und dass in dieser Zeit erfreulicherweise ungefähr 200 von den bisher 350 hoch qualifizierten Mitarbeitern beschäftigt sein werden. Höchstwahrscheinlich werden auch externe Kräfte dazukommen. Das heißt, von daher gesehen ist die Arbeitsplatzsituation gar nicht so schlecht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Natürlich, Herr Abg. Witzel, führen wir auch Gespräche mit der EnBW, die wir nicht immer in die Zeitung bringen. Der Minister plant demnächst – vielleicht sogar noch vor Weihnachten – auch ein Gespräch mit Herrn Claassen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Donnerwetter!)

Zum Schluss sage ich noch einmal: Die Städtebauförderung mit Finanzhilfen von 86 Millionen €, die in diesem Raum und damit auch im Odenwaldkreis durchgeführt wird, ist natürlich auch ein ganz wichtiger Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Ich brauche nur auf die bekannten Multiplikatorwirkungen aus diesem Programm hinzuweisen. Das Wirtschaftsförderungsprogramm der L-Bank wird dort eingesetzt. Es gibt dort ein interkommunales Gewerbegebiet, das wir gefördert haben. Immerhin sind dort schon vier Unternehmen angesiedelt. Natürlich ist auch die derzeit schwierige konjunkturelle Entwicklung mit maßgebend, aber das Gewerbegebiet steht da.

Zum Schluss: Einerseits müssen die lokalen und regionalen Akteure an einem Konzept arbeiten. Ich kann Ihnen versichern, die Landesregierung wird sich ihrer strukturpolitischen Verantwortung in keiner Weise entziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal muss man Sie, Herr Kollege Hauk, fragen, ob Sie eigentlich den kleinen, feinen Unterschied zwischen Förderalismus und Föderalismus kennen. Da fehlt nur ein „r“.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es ist ein gravierender Unterschied, ob man nach Förderung durch andere und nach Aktionen von anderen fragt oder ob man die Tatsache ernst nimmt, dass für die Energiestandorte und für die Energieversorgung in Baden-Württemberg auch die Landesregierung verantwortlich ist.

(Abg. Hauk CDU: Es gilt das so genannte Konnexitätsprinzip!)

Die Landesregierung ist auch dafür verantwortlich, dass das größte Energieversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg ordentlich arbeiten kann – unter guten Randbedingungen, die Sie schaffen können, aber im Moment nicht schaffen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Da muss man sagen: Ideologisch völlig verbohrt! Wenn das, was der Kollege Hofer und der Herr Staatssekretär gesagt haben, eintritt, wenn Sie dem wirklich Taten folgen lassen, dann ist es nicht schlecht. Dann können wir dem folgen und begleiten das positiv.

Ich hätte noch den Wunsch, Herr Staatssekretär, dass Sie bitte Ihrem Minister mitteilen: Wenn er mit der EnBW redet, dann bitte keine Pressekonferenz geben, denn sonst sind wir uns sicher, dass es nachher nicht funktioniert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Herr Hauk, das waren klare Worte!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2756, abstimmen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Getrennte Abstimmung!
– Abg. Knapp SPD: Getrennte Abstimmung!)

– Getrennte Abstimmung ist beantragt. Ich rufe Ziffer 1 des Antrags auf. Wer Ziffer 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Diese Ziffer ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Ziffer 2 des Antrags auf. Wer Ziffer 2 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Ziffer 2 ist einstimmig angenommen.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1647, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstim-

men? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe – Drucksache 13/1731

Das Wort in der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, es handelt sich um den letzten Tagesordnungspunkt in diesem Jahr. Ich bitte Sie, noch so lange Geduld zu haben und ruhig zu sein, bis er vollends abgehandelt ist.

(Abg. Walter GRÜNE: Das schaffen wir noch!)

Abg. Dr. Schüle CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der CDU-Fraktion befasst sich gezielt mit der Zukunft der Schwarzwaldhöfe in unserem Land. Die Landwirtschaft, insbesondere in den Höhengebieten des Schwarzwalds, steht im Mittelpunkt unserer heutigen Debatte.

Die Landwirtschaft insgesamt steht angesichts der EU-Agrarreform vor großen und noch schwierigeren Umbrüchen als bisher. Das gilt erst recht und in noch verschärftem Maß für die landwirtschaftlichen Betriebe im Schwarzwald. Das liegt vor allem an den Erschwernissen der Produktion – ich nenne die Stichworte Höhenlage und Topographie.

Fakt ist: Der Durchschnittsgewinn pro Betrieb liegt signifikant unter dem Ergebnis eines Durchschnittsbetriebs im nationalen und im baden-württembergischen Vergleich. Konkret: Der Durchschnittsgewinn 2002 der Betriebe in unserem Land beträgt 38 000 €; bei einem Höhengebietshof beträgt er 28 000 € und damit ein gutes Drittel weniger.

Die Rahmenbedingungen der EU werden sich für diese Betriebe nach der Reform nicht verbessern, sondern sie werden die Situation verschärfen. Mit der vollständigen Entkopplung von der Produktion, wie von der EU vorgeschlagen, wird sich der bürokratische Aufwand für die Betriebe noch weiter erhöhen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, der Stenografische Dienst kann nicht mehr weiterarbeiten, wenn hier ein solcher Geräuschpegel herrscht. Bitte nehmen Sie wenigstens darauf Rücksicht, und führen Sie Ihre Gespräche draußen.

Abg. Dr. Schüle CDU: Vielen Dank. – Die drastische Senkung der Erzeugermarktpreise für Milch wird ebenfalls für eine ganze Anzahl von Betrieben das wirtschaftliche Aus bedeuten können. Entscheidend ist deshalb, dass wir den Spielraum, den uns die EU gelassen hat, auf nationaler Ebene maximal nutzen. Deswegen war es konsequent und richtig, dass es das Land Baden-Württemberg mit dem Vorschlag einer bundeseinheitlichen Prämie von 2005 bis 2012

(Dr. Schüle)

– noch differenziert nach Ackerland, Grünland und einer betriebsbezogenen Tierprämie – den Betrieben ermöglicht, die Zeit zu nutzen, um sich auf diese Erfordernisse umzustellen. Das gilt ganz besonders für die familienbezogenen Betriebe im Schwarzwald.

Baden-Württemberg war federführend und hat – das war nicht einfach – zusammen mit den Vertretern der großen norddeutschen Flächenstaaten einen Kompromiss erarbeitet. Federführend war hierbei unser Landwirtschaftsminister Willi Stächele, dem ich an dieser Stelle sehr herzlich danken möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, dass die Bundesregierung signalisiert hat, diese Vorschläge mitzutragen. Deshalb sind wir in diesem Bereich zuversichtlich. Aber es wird für diese Betriebe dennoch schwierig genug, und weitere Einschnitte können wir uns beim besten Willen nicht leisten.

Im Vermittlungsausschuss waren ja auch die Vorschläge von Finanzminister Eichel in der Diskussion – Kürzung der Bundeszuschüsse für landwirtschaftliche Krankenkassen. Eine Umsetzung dieses Vorschlags hätte sich für das Land Baden-Württemberg mit einem Minus von 30 Millionen € ausgewirkt. Weitere Einschnitte im Steuerrecht hätten sich ebenfalls mit 30 Millionen € ausgewirkt. Diese Vorschläge sind jetzt vom Tisch. CDU, FDP/DVP, SPD und Grüne haben gemeinsam die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es nicht zu diesen weiteren Einschnitten kommt. Denn wenn sie noch dazukämen, würde genau in diesen Gebieten, über die wir jetzt debattieren – unsere Höfe im Schwarzwald –, ein großer Flurschaden entstehen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir werden im Land Baden-Württemberg dafür kämpfen, dass wir auch bei der gegenwärtig schwierigen Haushaltslage die Kernprogramme – EU-kofinanziert; ich nenne MEKA als Beispiel – halten können und in dieser Hinsicht Verlässlichkeit bieten können.

(Abg. Teßmer SPD: Da wird ja auch gekürzt!)

Abschließend ein klares Wort zum Thema Subventionen, weil ja die durch die EU kofinanzierten Programme des Landes oft im Zusammenhang damit angeführt werden: „Wir brauchen doch allgemein einen Subventionsabbau.“ Meine Damen und Herren, richtig ist: Die Arbeitsplätze auf diesen Höfen sind unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht konkurrenzfähig. Es geht aber im Kern um die Frage, ob wir aus übergeordneten Gesichtspunkten die Unterstützungsleistungen für Landschaftspflege auch in Zukunft leisten wollen und leisten können.

Hier ist von Bedeutung, dass diese Betriebe die Landschaft im Schwarzwald bisher offen gehalten und es damit ermöglicht haben, eine erstklassige Tourismuslandschaft zu erhalten. Wer sich im Hochschwarzwald, im Schwarzwald auskennt, weiß: Jeder zweite Arbeitsplatz hängt vom Touris-

mus ab, und der Tourismus wiederum hängt davon ab, ob wir es schaffen, dieses Landschaftsbild auch in Zukunft zu erhalten.

Deswegen: Es geht bei diesem Thema nicht nur um die Zukunft von einzelnen Betrieben. Vielmehr geht es auch um einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in dieser Region. Das sollten diejenigen, die allgemein über Subventionspolitik sprechen, auch dazusagen. Ehrlichkeit bei dieser Debatte! Wer hier sagt, die Subventionen müssten abgebaut werden, muss gleichzeitig dazusagen, dass dies zum Aus fast aller Betriebe in dieser Region führen würde.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und bitte alle Fraktionen in diesem Haus, sich für diese landwirtschaftlichen Betriebe einzusetzen, die besonderen Schwierigkeiten in diesen Betrieben zu sehen und deswegen auf nationaler Ebene und auf Landesebene dafür zu kämpfen, dass wir die Mittel für diese Betriebe auch in Zukunft erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas.

(Beifall bei der SPD)

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Der Minister, meine Damen und meine Herren, ist voller Erwartung, was ich ihm jetzt an Beratung bieten werde.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Walter GRÜNE: Und das noch unentgeltlich!)

Dazu zählt natürlich – das muss ich ganz deutlich voranstellen; denn das Thema heißt „Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe“ –, dass die CDU-FDP/DVP-geführte Landesregierung, bislang jedenfalls, empfohlen hat, das Bergbauernprogramm – das ist für uns im Schwarzwald ein ganz wichtiges Programm – um 17 Millionen € zu kürzen.

(Unruhe bei der SPD – Zurufe von der SPD – Abg. Kiefl CDU: Das stimmt aber nicht!)

Die Stellungnahme zum Antrag ist wohl sehr sorgfältig erarbeitet worden – davon gehe ich aus, Herr Minister –, und aus ihr ist zu entnehmen, dass für die Förderung der Landwirte bei uns im Schwarzwald keine speziellen Haushaltsmittel des Landes – zum Beispiel für Steillagenprogramme und Ähnliches – ausgewiesen sind.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das läuft dann anders. Die Landkreise – zum Beispiel der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, wo ich im Kreistag bin – müssen 522 000 € bereitstellen, um über Steillagenprogramme und alles Mögliche die Freihaltung der Landschaft für den Tourismus zu gewährleisten.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist ja unglaublich!)

Genau den gleichen Betrag zahlen die Gemeinden dazu. Dann kann man sich natürlich, Herr Minister, über das

(Gustav-Adolf Haas)

Land bewegen und sagen: Wir von der Landesregierung begrüßen, dass die Landschaft frei gehalten wird. Wenn das andere bezahlen und andere machen, ist das eine wunderbare Veranstaltung. Ich habe dem schon öfter beigewohnt, wenn die Minister der Landesregierung – ganz egal, wie sie geheißen haben – diese Botschaften verbreiteten.

(Abg. Capezzuto SPD: Das macht man aber nicht!)

Angesprochen worden ist, dass die Einnahmesituation im Schwarzwald sehr stark rückläufig ist. Die Zahl der Höfe hat sich gewaltig reduziert. Eine ganz erhebliche Zahl von Vollerwerbsbetrieben wurde zu Nebenerwerbsbetrieben. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche im Schwarzwald reduzierte sich von 45 680 Hektar um 9,31 % auf 42 540 Hektar. Jetzt könnte ich das Ganze noch so weiterführen.

Vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum wurde über die Landwirtschaftsämter im Schwarzwald eine Beratung durchgeführt, bei der es über Jahre hinweg hieß, man solle die Zahl der Milchkühe reduzieren, man solle sie mit Tiermehl füttern, damit die einzelnen Tiere eine höhere Milchleistung hätten. Aus der Antwort zu einer früheren Landtagsanfrage von mir ist zu erfahren, dass dies auch funktioniert habe. Wie ist dies aber im Grunde genommen gewesen? Die Milchleistung ist bei 5 200 Kilogramm je Kuh geblieben, obwohl bis zu 7 500 Kilogramm je Kuh gestattet waren. Ursache ist, dass den Landwirten im Schwarzwald über Jahre hinweg empfohlen wurde, Kraftfutter, zum Beispiel Tiermehl, zu verfüttern,

(Zurufe von der SPD: Was?)

um bei reduzierter Tierzahl die gleiche Menge an Milch je Betrieb zu produzieren, da dies wirtschaftlicher sei.

Jetzt kommt's: Wessen Hund oder Katze verendet war, konnte das Tier bei einer Sammelstelle abliefern und erhielt es sechs Wochen später, wie in Höchenschwand geschehen, in einer Tüte zur Verfütterung als Tiermehl wieder zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Diese Praxis der Tiermehlverwertung, meine Damen und meine Herren, wurde in der Regel von den Schwarzwälder Bauern nicht angenommen. Das war das große Glück. Deshalb gab es im Schwarzwald auch nur eine sehr geringe Zahl an BSE-Fällen.

(Beifall bei der SPD)

Eine andere Geschichte, die auch noch erwähnenswert ist:

(Abg. Capezzuto SPD: Langsam erzählen!)

Die damalige CDU-geführte Landesregierung hat sich für die betriebsbezogene Milchquotenregelung eingesetzt, was zur Folge hatte, dass mich die Landwirte 1998/1999 anriefen und sagten: „Herr Haas, wir haben die Milchquote ausgeschöpft. Wir müssen die überschüssige Milch wegschütten oder bei Lieferung an die Breisgaumilch Strafe zahlen.“ Aber zur selben Zeit, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, war in der Zeitung zu lesen, dass die Breisgaumilch Milch im Elsass dazukaufen musste, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Das war damals die Entscheidung für die

falsche Milchquotenregelung. Das ging also auf Sie und die Situation von damals zurück.

Der Zeit wegen möchte ich alles in einem Durchgang machen, weil sonst vielleicht das Interesse erlahmt. In der Landtagsdrucksache und der Stellungnahme der Landesregierung steht ganz klar, dass früher der Wald die Sparkasse der Bauern war. Das war auch so.

Mitte der Achtzigerjahre hatten wir eine Diskussion darüber, dass der Wald krank wird. Von der Landesregierung wurde das damals bestritten. Der aus der Sicht des MLR unselige Herr Forstrat Röder im Münstertal, der zu Recht auf das Kranksein des Waldes hingewiesen hatte, wurde irgendwohin versetzt, wo er unauffällig seiner Tätigkeit und seiner Ausbildung nachgehen konnte.

(Zuruf von der SPD: Oberschwaben!)

– Ich wollte es nicht sagen, aber da kam er hin.

(Heiterkeit)

Presse vom 12. Dezember 2003:

Der Wald steht krank und leidend.

Das war dieser Tage in der Presse zu lesen. Das ist, glaube ich, unbestritten.

Nun möchte ich eine positive Anerkennung aussprechen. Seinerzeit, nach „Lothar“, war es richtig, Herr Minister, die Holzlagerung in dem Maße durchzuführen, wie es bei uns geschah, auch damit die Preise nicht einbrachen. Das war eine positive Geschichte.

Meine Damen, meine Herren, mir ist unverständlich – ich habe dazu einmal einen Antrag gestellt –, weshalb die Landesregierung eigentlich in der Werbung nur PEFC-Holz verwendet und im Internet darstellt, statt auch für FSC-Holz eine bessere Beratung durchzuführen. Der Waldbauer draußen im Schwarzwald leidet, meine Damen und Herren.

Die Förderprogramme, die die Landesregierung aufgelegt hat, sind zum Teil richtig, aber im Ansatz zu gering. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen.

Die Landwirtschaftsverwaltungen klagen darüber, dass es zu viel Formalismus gebe. Ich habe mir einmal aufschreiben lassen, was alles dazugehört. Aus Zeitgründen – meine Sprechzeit ist zu Ende – will ich das gar nicht erst vortragen.

In letzter Zeit hat mich Folgendes tief getroffen: Ein Landwirt in Wittnau bei Freiburg, dessen Hof schon 150 Jahre dort steht und abgebrannt war, benötigte eine Baugenehmigung. Am 2. Dezember 2003 hat er mit der Baugenehmigung durch eine Anweisung des Landwirtschaftsamts Freiburg über die Baugenehmigungsbehörde beim Landratsamt die Verfügung bekommen – Sie müssen einmal aufpassen, was ich jetzt sage –, eine Kuhstallabluftanlage, eine Wäschereianlage, zu beschaffen, um die Nachbarschaft, die zum Teil auch mit landwirtschaftlichen Betrieben besetzt ist, mit der gereinigten, gewaschenen Abluft zu bedenken. Ungläubiges Staunen! Wahrscheinlich fällt es denjenigen, die um den Hof herum wohnen, sehr schwer, die gewasche-

(Gustav-Adolf Haas)

ne Abluft aus dem Stall des einen und die ungewaschene Abluft, die aus dem Stall des anderen kommt, zu unterscheiden.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Nun habe ich eine Bitte an den Minister. Herr Minister, ich würde Ihnen das gerne auch schriftlich zustellen. Ich habe dem Landwirt versprochen, dass Sie ein offenes Herz für ihn haben. Er wohnt am Fuße des Schwarzwaldes. Führen Sie sich den Vorfall zu Gemüte, und machen Sie dem Blödsinn ein Ende!

Nachdem die Zusammenarbeit zwischen Baugenehmigungsbehörde und Landwirtschaftsamt schon so klappt, obwohl die Fachbehörden noch getrennt sind, frage ich: Was wird erst dann, wenn die Verwaltungsreform hinter uns liegt und alles unter einem Dach ist? Dann wird es wahrscheinlich noch schlimmer.

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass die Kollegen in Berlin die Landwirtschaftspolitik mit der gleichen Verve verteidigen wie Herr Haas, um die Fördermittel für die Zukunft zu erhalten. Im letzten Jahr wurden unglücklicherweise vonseiten des Bundes 100 Millionen € gekürzt. Wir befürchten, dass diese Kürzung noch nicht die letzte war.

Meine Damen und Herren, ich komme aus einem schönen Schwarzwaldkreis, dem Kur- und Bäderkreis Calw. Was wäre der Schwarzwald ohne Schwarzwaldhöfe? Wir brauchen diese Höfe zur Landschafts- und Kulturpflege.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich darf um mehr Ruhe bitten, meine Damen und Herren.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Meine Damen und Herren, die Höfe stehen zurzeit vor großen existenziellen Problemen –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

das kann man gar nicht anders sagen –, weil im Schwarzwald vornehmlich Milchwirtschaft betrieben wird und weil noch nicht genau bekannt ist, ob die Entscheidungen in Europa so aussehen, dass zukünftig tatsächlich Standorte hier vor Ort erhalten werden können.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Absenkung der Investitionspreise und die Erhöhung der – –

(Abg. Capezzuto SPD: Was für Preise?)

– Also, für Sie, Mario, noch einmal ganz persönlich: Die Interventionspreise werden abgesenkt, und die Quoten werden erhöht.

Dies ist für unsere Höfe eine schlichte Katastrophe, weil sie überhaupt nicht mehr in der Lage sind, für so wenig Geld zu produzieren. Damit kommen die größten Probleme auf die betroffenen Menschen und die Höfe zu.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Lösung für die Zukunft der Schwarzwaldhöfe

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

und eine Antwort auf die Frage, ob diese auch noch weiterhin, in den nachfolgenden Generationen, bewirtschaftet werden können. Wenn wir, meine Damen und Herren, keine Lösung finden,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie ist Ihre Lösung für die Höfe?)

werden wir uns über kurz oder lang darauf konzentrieren müssen bzw. uns fragen müssen, ob die Kreise oder die Gemeinden die Landschaftspflege übernehmen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Ein großes Problem!)

Die FDP wirbt auf Bundes- und Landesebene seit langem für die Einführung einer Kulturlandschaftsprämie, die sowohl standortbedingte Nachteile als auch Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit in ökologischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht ausgleicht.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die FDP/DVP wird alles daransetzen, dass in Baden-Württemberg eine flächendeckende Landwirtschaft zu auskömmlichen Bedingungen möglich ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie wollen Sie das denn machen?)

In Baden-Württemberg haben wir eine Vielzahl von Förderprogrammen, die in der Antwort der Landesregierung ausführlich beschrieben sind. Ich möchte hier nur das Beispiel MEKA anführen, wo das Fördervolumen von 19,8 Millionen € im Jahr 1999 auf 32,4 Millionen € im Jahr 2002 angestiegen ist. Mit dem MEKA-Programm haben wir eine hervorragende Möglichkeit, die Betriebe in benachteiligten Gebieten unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte zu sichern. Wichtig war es, dass wir in diesem Programm die Grünlandförderung verstärkt haben. Dies ist gerade für unsere Schwarzwaldhöfe von herausragender Bedeutung.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, obwohl an allen Ecken und Enden des Haushalts gespart werden musste, können wir sagen – und wir sind froh darüber –, dass die Landwirtschaft davon ausgenommen werden konnte, zumal in weiten Teilen – –

(Beate Fauser)

(Unruhe bei der SPD – Zurufe von der SPD: Was?
– Lachen des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

– Ja, ja, ja. Wie das mit den 17 Millionen aussieht, wird Ihnen, lieber Gustav-Adolf, der Herr Minister gleich genau erklären.

Meine Damen und Herren, wichtig für die Landwirtschaft und die Schwarzwaldhöfe ist natürlich auch der Privatwald. Hier ist es gelungen, die Folgen des Orkans „Lothar“ einigermaßen zu verkraften. Aber wir müssen auch feststellen: Die Einnahmen, die die Landwirte bisher in diesem Bereich erzielt haben, sind in großen Teilen zurückgegangen.

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum ist darauf angewiesen, dass die Politik für diesen Raum, für die Menschen dort ganz besonders eintritt. Wir brauchen erhöhte Investitionsförderungen, wir brauchen Bildung und zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten für die Landwirte, und ich bin mir sicher, dass die Landespolitik diesen Auftrag auch zukünftig ernst nimmt. Denn unser ländlicher Raum ist ein Raum von hoher Lebensqualität. Der Tourismus wurde bereits ausführlich angesprochen. Ohne eine Kulturlandschaft kann der Tourismus im Schwarzwald nicht fortgesetzt werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir brauchen eine Offenhaltung der Kulturlandschaft, und hier bedingt das eine das andere. Ich hoffe, dass es uns gemeinsam gelingt, Lösungen zu erarbeiten.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Sie haben aber keine vorgeschlagen!)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schüle hat hier einen der wesentlichen Punkte angesprochen, um die es künftig gehen wird, wenn wir uns über Agrarpolitik unterhalten, nämlich die Frage, wie es mit den Subventionen weitergehen soll. Wird die Gesellschaft bereit sein, weiterhin entsprechende Mittel in die Landwirtschaft zu geben?

Ich glaube, es stellt sich vor allem die Frage: Was wird die Landwirtschaft leisten? Wofür gibt es diese so genannten Subventionen? Wenn man wie in der Vergangenheit die Höhe der Subventionen nach der produzierten Menge bemisst – ob man sie dann braucht oder nicht, Stichwort Butterberg –, wird es sicher nicht mehr gesellschaftlich akzeptiert werden, dass so viel Geld in die Landwirtschaft fließt.

Wenn wir aber von dem Ansatz ausgehen, der auch auf EU-Ebene oder von Frau Künast verfolgt wird und der auch hier, beispielsweise mit dem MEKA, verfolgt wird, dass nämlich Gelder, die in die Landwirtschaft fließen, mit dem Erbringen gesellschaftlicher Leistungen verbunden sind, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Ich glaube, insbesondere Mittelgebirgslandschaften wie der Schwarzwald werden andernfalls zukünftig keine Landwirtschaft mehr haben.

Schon in der Vergangenheit, meine Damen und Herren, waren nicht nur Nebenerwerbsbetriebe, sondern auch Haupterwerbslandwirte in den Mittelgebirgen auf Einkommenskombinationen angewiesen. Was hier zu Recht von meiner Vorrednerin und meinen Vorrednern angesprochen wurde, nämlich das Offenhalten und die Pflege der Landschaft, wäre nicht möglich, wenn in diesen Gebieten nicht weiterhin Landwirtschaft betrieben würde.

Das Problem war nur, dass das Bearbeiten von Grünland in den vergangenen Jahrzehnten nicht entsprechend honoriert wurde. Das war ein Übereinkommen, das auf EU-Ebene verfolgt wurde, und das war auch die Politik, die CDU und FDP im Bund über Jahrzehnte verfolgt haben. Es war insbesondere – da muss man ehrlich sein – die Politik des Bundesbauernverbands. Auch er hat keinen großen Wert darauf gelegt, dass Grünland entsprechend gefördert wird.

(Abg. Kiefl CDU: Wir schon!)

Man muss anerkennend sagen: Entgegen dem Trend, den es auch in der damals von CDU und FDP geführten Bundesregierung gab, hat die Landesregierung das MEKA eingeführt.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr richtig! Sehr gut! – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Damit hat sie sozusagen eine Grünlandförderung durch die Hintertür geschaffen. Das war der richtige Ansatz. Deswegen wurde er – bis zum heutigen Tag – auch von meiner Fraktion unterstützt.

Wir haben das Problem, Herr Kollege Kübler, dass 90 % der Förderung in der so genannten ersten Säule stecken – da werden Direktprämien gezahlt –, und nur 10 % betreffen die zweite Säule. Wenn das nicht geändert wird – und deswegen ist der Ansatz, der jetzt auf EU-Ebene verfolgt wird, der richtige –, heißt das, dass die Grünlandbetriebe in Zukunft kaum mehr überlebensfähig sein werden.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Herr Kollege Schüle, es ist ja auch richtig, dass man einen Parteifreund und Fraktionskollegen immer lobt. Aber Sie verzeihen mir sicher, wenn ich noch einmal darauf hinweise, dass in Brüssel eine andere verhandelt hat. Ich weiß, das ist die böse Tante Renate; die mögt ihr nicht besonders.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nein!)

Aber sie hat in Brüssel verhandelt, und dass dabei jetzt viel Gutes herausgekommen ist, hat man vor allem ihr zu verdanken.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Nach all der Kritik, die hier in diesem Hause schon an ihr geäußert wurde, wäre auch das vielleicht einmal ein Wort der Anerkennung wert.

Meine Damen und Herren, es soll jetzt eine gerechtere Prämienverteilung geben. Ich habe es schon gesagt: Das ist der richtige Ansatz.

(Walter)

Sie haben das Kombinationsmodell angesprochen. Bis spätestens 2012 wird es hoffentlich so sein, dass Ackerland und Grünland gleichgestellt sind. Das ist der richtige Weg; ihn müssen wir weiterverfolgen.

Es ist klar, dass wir die derzeitige Prämienverteilung nicht radikal verändern können. Auch deswegen ist es gut, fließende Übergänge zu haben. Gleichzeitig ist es aber notwendig, meine Damen und Herren, dass wir die Gelder, die jetzt durch die so genannte Modulation in der zweiten Säule vorhanden sind, richtig verwenden.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wie viel Bürokratie haben wir da! Wie viel Bürokratie entsteht da?)

– Glauben Sie, dass es eine Landwirtschaftsförderung ohne Bürokratie gibt? Dann haben Sie sich mit diesem Thema noch nicht beschäftigt. Das ist schlichtweg nicht möglich.

Meine Damen und Herren, jetzt können schon bestehende Modulationsmaßnahmen der zweiten Säule, etwa die Beweidungsprämie, genutzt werden, um landwirtschaftlichen Betrieben, die Milchvieh- und Mutterkuhhaltung betreiben, besonders in benachteiligten Gebieten, weitere Prämien zukommen zu lassen. Ich möchte das Land auffordern, diese Möglichkeit, die es seit einem Jahr gibt und die von Baden-Württemberg bisher nicht genutzt wird, in den nächsten Jahren zu nutzen.

Darüber hinaus sollte man gerade in Mittelgebirgslagen, wo die Betriebe schon seit langer Zeit nicht mehr von der reinen Agrarproduktion leben, auch die anderen Möglichkeiten der zweiten Säule nutzen. Es ist begrüßenswert – auch das, Herr Schüle, muss man einmal zur Kenntnis nehmen –, dass beispielsweise Investitionen in den „Urlaub auf dem Bauernhof“ oder in den Hofladen durch Änderung der Förderrichtlinien der Gemeinschaftsaufgabe ermöglicht wurden. Ich denke, auch hier wird das Richtige getan. Auch davon profitiert Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich noch –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Walter GRÜNE: Ich komme jetzt zum Schluss.

Herr Kollege Schüle hat gefordert, dass es hier einen Konsens darüber geben müsse, dass vielleicht nicht die bisherige Zahl dieser Höfe, aber dass die bewirtschaftete Fläche möglichst im jetzigen Umfang erhalten bleibt. Ich glaube, diesen Konsens gibt es in diesem Haus. Deswegen lohnt es sich auch nicht, darüber einen Streit anzufangen. Vielmehr sollten wir möglichst an einem Strang ziehen und versuchen, möglichst viele der Gelder, die es da gibt, nach Baden-Württemberg zu holen.

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Deswegen ist es auch nicht richtig, dass man Programme wie „Regionen Aktiv“ und all das, was in Berlin angestoßen

wird, ablehnt oder dass darüber nicht richtig beraten wird. Das Forum der Schwarzwaldbauern hat mich darauf hingewiesen, dass über viele Dinge wie beispielsweise Erzeugergenossenschaften, die man bilden kann, in den Landwirtschaftsämtern nicht richtig informiert wird. Auch das sollte man ändern. Denn das Geld ist da, und dann sollte man es auch im Interesse der Landschaft und der Bauern nutzen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die Kuh vom Eis!
– Heiterkeit)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich für die Anfrage danken.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Rech CDU: Das ist eine gute Einleitung! Ein bisschen heuchlerisch, aber gut!)

Sie gibt Gelegenheit, noch einmal darauf hinzuweisen, vor welchen großen Problemen und Herausforderungen unsere Landwirtschaft steht, insbesondere dort, wo die Probleme massiv drücken: im strukturschwachen Bereich wie etwa dem Schwarzwald.

Ich will zum Zweiten dafür danken, dass sich, soweit ich gehört habe, die Redner aller Fraktionen grundsätzlich zu dem bekannt haben, was uns wertvoll und wichtig ist, nämlich der Schwarzwald,

(Abg. Fischer SPD: Mit seinen Bauernhöfen!)

wie er als Kulturlandschaft über die Jahrhunderte gepflegt wurde und erhalten geblieben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: So ist es! – Abg. Rech CDU: Und wie er vom Minister durchwandert wird!)

Andererseits – das hat die Debatte gezeigt – können wir auch dann, wenn weihnachtliche Stimmung einkehrt, nicht ganz unseren Blick von den Problemen abwenden, die es da gibt.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja, gewaltige Probleme!)

Meine Damen und Herren, wir wissen zu genau: Landwirtschaft insgesamt hat immer das Problem, denen, die dort tätig sind und dort verbleiben wollen, noch einigermaßen Einkommen und Existenz zu sichern. Die Formel lautet: so weit wie möglich durch landwirtschaftliche Wertschöpfung mit Verkauf am Markt; soweit dies nicht möglich ist, Bezahlung der Pflegeleistung an der Landschaft oder aber auch grundsätzlich Existenzsicherung durch den Staat, weil man sich hier in Baden-Württemberg zu einer Nahrungsmittelproduktion auf unseren guten Böden bekennt. Das ist die Formel.

(Minister Stächele)

Die Formel wird natürlich dort brüchig, wo die Wertschöpfung insgesamt nicht das hergibt, was man sich für die Bäuerinnen und Bauern, die da tätig sind, durchaus erhoffen würde. Zu diesen Gebieten gehört eine strukturschwache Gegend wie der Schwarzwald.

Wir haben in Baden-Württemberg – das sei dankbar erwähnt im Hinblick auf all die, die vor uns Agrarpolitik gemacht haben – auch dank guter Wirtschafts- und Haushaltssituation eine ganz wertvolle, vielschichtige Förderkulisse aufbauen können. Es ist beispielhaft, was hier in Baden-Württemberg diesbezüglich getan wurde. Sie kennen all die Instrumente, die wir eingesetzt haben, die in Brüssel zum Teil genehmigt werden mussten, aber die insgesamt ein komplettes Bild ergeben. Es ist ein politischer Wille erkennbar, die Landwirtschaft in Baden-Württemberg auch für die Zukunft zu sichern.

Da gibt es jetzt natürlich in der Tat einige Fragezeichen, die zum Teil in den Redebeiträgen bereits zum Ausdruck gekommen sind. Ich habe schon mehrfach hier betont und kann immer wieder nur darauf hinweisen, dass das, was an Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik ins Haus steht, zu einem echten Paradigmenwechsel führen wird.

Herr Kollege Walter, wir diskutieren ja oft kontrovers über diese Fragen, auch die Fraktionen der CDU, der FDP/DVP und der SPD. Wir wollen uns ja nicht grundsätzlich und wollten uns nie dagegen stemmen, weil das, was uns von der Welthandelsrunde aufs Auge gedrückt wird, für ein Außenhandelsland wie die Bundesrepublik Deutschland auch von größtem Vorteil ist. Das heißt, wenn man jetzt von Brüssel aus sagt: „Ihr dürft nicht mehr die Produktion fördern; ihr müsst entkoppeln“, dann nehmen wir dies an. Nicht zuletzt unter der Federführung von Baden-Württemberg ist ja ein Kombimodell entstanden, mit dem wir durchaus in der Lage wären, auch in der Zukunft bei veränderten Rahmenbedingungen Landwirtschaft in Baden-Württemberg zu halten – allerdings mit unterschiedlichen Marktzulüssen –, mit einem deutlichen Markenzeichen für Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft.

Da beginnt es natürlich, etwas problematisch zu werden, lieber Herr Kollege Walter. Ich kann das Lob in Richtung Berlin, in Richtung der Kollegin Künast, nicht ganz teilen.

(Abg. Teßmer SPD: Oh doch! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie wissen, dass ich aus nobler Zurückhaltung da ganz manierlich mit der Kollegin umgehe. Aber schauen Sie: Was uns –

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Herr Teßmer, hören Sie gut zu. Denn wir brauchen hier wirklich die Allianz aller, die es ehrlich mit der Landwirtschaft meinen. Was uns ganz große Sorge bereitet – und damit bin ich beim Themenfeld Schwarzwald –: Wenn Cross Compliance –

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja!)

das ist der Mindeststandard, der zukünftig gilt – so, wie es im Moment erkennbar ist, umgesetzt wird, dann wird die in

Deutschland geradezu einmalige Grünlandprämie in Baden-Württemberg, sprich im Schwarzwald, nicht mehr ausbezahlt werden können. Und das sind pro Hektar 90 €.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ja!)

Jetzt nehmen Sie diesen Betrieben, deren Einkommen sowieso im untersten Bereich liegt

(Abg. Seimetz CDU: Unglaublich!)

und sich bisher aus verschiedenen Stützsäulen zusammengefügt hat, einmal die Grünlandprämie weg. Dann sehen Sie, was dabei herauskommt.

Das Zweite – wiederum ganz zurückhaltend; ich weiß, ich soll mit der Kollegin ordentlich umgehen –:

(Abg. Rech CDU: Ja! Aber nicht mit jeder!)

Das, was bei der Milchwirtschaft herausgekommen ist, ist hundsmiserabel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Oh!)

Das bedeutet für die baden-württembergischen Bauern einen Einkommensverlust in der Größenordnung von 70 Millionen € pro Jahr.

(Zurufe der Abg. Kübler und Fleischer CDU)

Jetzt sagen Sie mir einmal, wie die Milchwirtschaft im Schwarzwald, die dort ein zentrales Standbein ist, überhaupt noch eine Existenzmöglichkeit erkennen kann, wenn der Milchpreis nach unten saust und überhaupt keine Einkommen an dieser Front mehr erwartet werden können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn es uns um die Landwirte in Baden-Württemberg ernst ist, müssen wir ja schonungslos darlegen, was in Brüssel und durch Frau Künast gänzlich schief gelaufen ist. Das ist der Punkt, und deswegen müssen wir uns Sorgen machen.

(Abg. Walter GRÜNE: Sitzt die da allein drin? Was habt denn ihr verhandelt? – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Wer war denn von euch dabei?)

Die Flucht aus den bäuerlichen Betrieben im Schwarzwald ist sowieso groß genug. Unsere Tourismusgemeinden klagen, es drohe Verwilderung und Verbuschung und keiner sei mehr bereit, die Kulturlandschaft so, wie es notwendig ist, für unsere Tourismuslandschaft zu erhalten.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist nicht das heutige Thema! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Also kurzum: Ich bin bereit, Cross Compliance so, wie es sich im Moment darstellt – ich lasse mich gern von Besseren überzeugen –

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch eine EU-weite Sache!)

(Minister Stächele)

Aber im Moment ist die Grünlandprämie infrage gestellt. Das ist ein ganz problematischer Punkt, gerade für unsere Schwarzwaldlandschaft.

(Abg. Wieser CDU: Danke, Herr Minister!)

Ich will jetzt ganz geschwind noch etwas sagen. Im Großen und Ganzen will ich nicht wiederholen, was richtigerweise schon gesagt worden ist. Aber auch wenn zum Advent ein paar Märchen gehören, lieber Herr Kollege Haas, sollten wir dennoch nicht übertreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Stickelberger SPD: Das macht er nie! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das wäre das erste Mal! – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Wenn Sie hier behaupten – das war sicherlich nicht vorsätzlich; er hat es einfach nicht gewusst –

(Zurufe von der CDU – Abg. Fischer SPD: Seien Sie vorsichtig, damit er sich nicht mehr zu Wort meldet!)

– Nein, nein, wirklich.

(Zurufe von der SPD – Abg. Wieser CDU: Geben Sie ihm noch einmal eine Chance!)

– Er bekommt noch eine Chance, ja. Wenn er hier behauptet, die Ausgleichszulage sei gestrichen worden, so stimmt das nicht. Sie ist nur anders etatisiert,

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Oh! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

ganz einfach deswegen, weil es uns gelungen ist, EU-Komplementärmittel dazuzugewinnen. Ist das jetzt verstanden worden, Kollege Haas?

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich habe die Vorlage noch nicht gelesen! – Abg. Teßmer SPD: Das ist ein Taschenspielertrick! Das ist eine ganz andere Zeit!)

– Nein, nein. Schauen Sie in den Haushalt. Ein Blick in den Haushalt erspart viele Zweifel und unsägliche unrichtige Aussagen hier am Rednerpult.

(Unruhe)

Aber ich nehme Ihnen das nicht übel. Nein, Kolleginnen und Kollegen, das soll man nicht übel nehmen, denn der Haushalt ist schwierig zu lesen.

(Abg. Teßmer SPD: Auch für Minister! – Abg. Walter GRÜNE: Aber das mit Cross Compliance ist auch schwierig!)

Und es kann durchaus sein, weil von einem Jahr zum anderen haushaltstechnische Veränderungen vollzogen werden, dass man nicht gleich erkennen kann, dass Baden-Württemberg, im Besonderen auch für die Ausgleichszulage, entsprechende Komplementärmittel der Europäischen Union gewinnen konnte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Wir werden es nachprüfen, Herr Minister!)

Das Zweite: Lieber Herr Kollege Haas – und wenn ich „lieber“ sage, dann meine ich das auch so –:

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das hoffe ich!)

Es ist in Baden-Württemberg von unserer Beratung noch niemals empfohlen worden, Tiermehl an Rinder zu verfüttern

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Da sind Sie nicht informiert!)

oder einen überhöhten Kraftfuttereinsatz vorzunehmen. Wenn das anders sein sollte, müssen Sie mir das belegen. Ich gehe jede Wette ein, dass das amtlicherseits nie empfohlen wurde.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber beim HQZ war Tiermehl viele Jahre erlaubt!)

Dann kommt noch das Dritte, zu dem ich vielleicht auch einen Satz sage, weil das immer wieder herumgeistert. Meine Damen und Herren, die Milchquote hat Vor- und Nachteile.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das kann man sagen!)

Ich habe den Bauernverbänden ausdrücklich anheim gestellt, ob man die Begrenzung auf die Regierungsbezirke nicht fallen lassen sollte. Die Antwort von beiden Bauernverbänden ist eindeutig, wohl wissend um die Abwägung der unterschiedlichen Gesichtspunkte.

(Abg. Teßmer SPD: Das kommt darauf an, wo man wohnt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer SPD: Doch, die Württemberger sind dafür!)

Im Interesse der Milchbauern und der Sicherung des Milchpreises brauchen wir auch in der Zukunft die Kontingentierung. Das Zweite ist: Man will auch künftig zunächst an den regierungsbezirksbezogenen Grenzen festhalten. Das heißt also, der Wunsch der Bauernschaft ist eindeutig, dass wir daran festhalten.

Wenn man aber daran festhält, muss man auch in Kauf nehmen, dass die Kontingentierung im Einzelfall aufgrund von entsprechenden Marktzwängen tatsächlich da und dort einmal zu einem Ungleichgewicht führt.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Aber ich kann nicht das eine wollen und auf der anderen Seite dann klagen, wenn da und dort einmal Korrekturen notwendig sind.

(Abg. Teßmer SPD: Das hat Herr Haas gar nicht gefragt!)

Im Interesse der Milchwirtschaft bleiben die Milchquoten bestehen. Ich kann nur hoffen, dass es uns über Brüssel bzw. über die Bundesregierung auch gelingt, die Milchquoten über das Jahr 2007 hinaus zu halten.

(Minister Stächele)

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist unumstritten! –
Abg. Teßmer SPD: Das hat am Samstag anders ge-
heißen!)

Denn ansonsten würde unsere Milchwirtschaft überhaupt
keine Zukunft mehr erkennen.

(Abg. Walter GRÜNE: Wir haben schon mehrmals
betont, dass das unumstritten ist!)

Meine Damen und Herren, die Bekenntnisse zum Schwarz-
wald tun gut. Gehen Sie hin, und tun Sie Gutes. Der eine
oder andere hat noch keinen Weihnachtsbaum gekauft. Ich
will nicht gleich zum Zweitbaum raten, der mittlerweile
auch schon gängig geworden ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg.
Walter GRÜNE: Der kommt dann aus Polen!)

Aber lassen Sie sich mit einer Zahl überzeugen: In Einzel-
fällen ist der Verkauf der Weihnachtsbäume immerhin auf
bis zu 20 % des Betriebsumsatzes angewachsen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist klar! Da muss man
aber nach Stuttgart fahren und nicht nach Karlsru-
he!)

Der Jahresbedarf Baden-Württembergs beträgt immerhin
3 Millionen Bäume. Deren Marktwert beträgt 30 Millio-
nen €. 1 Million dieser Bäume wird in Baden-Württemberg
produziert bzw. geliefert, das heißt, 2 Millionen kommen
noch immer aus anderen Ländern. Wir sollten Sorge dafür

tragen, dass wir beim Kauf von Weihnachtsbäumen auf das
Baden-Württemberg-Markenzeichen schauen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Ich kann Ihnen sagen: Weihnachten wird dann doppelt so
schön.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen
und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Damit ist die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Druck-
sache 13/1731, erledigt und die Tagesordnung abgeschlos-
sen.

Dies war die letzte Plenarsitzung vor den Weihnachtsferien
und in diesem Jahr.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass das Präsidium jetzt
unmittelbar im Anschluss im Eugen-Bolz-Saal tagt.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen und Ihren Fa-
milien ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute zum
neuen Jahr.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 28. Januar 2004,
um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall im ganzen Haus)

Schluss: 15:48 Uhr